



Overkill im Informationskrieg



Der Journalist Ulrich Heyden hat seit 2014 mehrmals den Donbass besucht und berichtet vom längsten Krieg Europas, der bereits vor dem russischen Angriff begann.

von Ulrich Heyden

ab Seite 4

Ein Werkzeug des Informationskriegs



Im Westen werden immer neue Organisationen zur „Bekämpfung der Desinformation“ gegründet. Die Herrschaft über den Diskurs in den NATO-Staaten ist zentrales Element der US-Strategie, um ihre Vorherrschaft zu zementieren, schreibt

Caitlin Johnstone

▶ SEITE 13

Die Story um den „Biden-Laptop“



Über zwei Jahre und flächendeckend haben die US-Qualitätsmedien Fake-News verbreitet: Die E-mails auf Hunter Bidens Laptop seien russische Desinformation. Jetzt stellt auch die New York Times fest: Die E-mails sind echt. Glenn Greenwald

▶ SEITE 26

Der Sinn und Zweck der Arbeit



Es gibt neue Ideen für die Zukunft unserer Gesellschaft – bessere, als den „Great Reset“ der globalen Oligarchie. In unserer Utopie-Reihe stellen wir sie zur Diskussion. Den Auftakt bildet ein Vorschlag zur Neuordnung der Arbeitswelt von

Darwin Dante

▶ SEITE 40



Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerkprojekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung, die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaui, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Dirk Pohlmann

ViSdPR: Dirk Pohlmann, c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Telefon: +49 176 579 12 654 E-Mail: redaktion@free21.org

Lizen: CC BY-NC-ND 4.0.

Alle Artikel auf Free21.org können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte auf Seite 1 dieses Magazins:

Bild 1: ©Shoof.

Bild 2: Gemeinfrei

Bild 3: pixel2013, Pixabay License

Bild 4: Anlehnung an das 35-Stunden-Woche Logo der IG Metall, gemeinfrei.

KRIEG

4 Die Waffen sprechen wieder

Von seinen Besuchen im Donbass seit 2014 und dem längsten Krieg Europas seit 1945, der bereits vor vor dem russischen Angriff im Februar 2022 begann, *berichtet der Journalist Ulrich Heyden.*

MEDIEN

13 Die westliche Gesellschaft als Werkzeug des US-Informationskriegs

Unter Führung der USA werden im Westen immer neue Organisationen zur „Bekämpfung der Desinformation“ gegründet. Die Herrschaft über den Diskurs in den NATO-Staaten ist zentrales Element der US-Strategie, um ihre Vorherrschaft zu zementieren, *schreibt Caitlin Johnstone.*

26 Die Story um den „Biden-Laptop“ stimmt...

Über zwei Jahre und flächendeckend haben die US-Qualitätsmedien Fake-News verbreitet: Die E-mails auf Hunter Bidens Laptop seien russische Desinformation. Ein von ihm verfasster Artikel dazu wurde in seinem eigenen Magazin „The Intercept“ zensuriert. Jetzt steht fest: Die E-mails sind echt. *Von Glenn Greenwald*



GESCHICHTE

16 Der einsame Tod des Mannes, der die Welt gerettet hat

Am 26. September 1983 traf Oberstleutnant Stanislaw Petrow die einsame Entscheidung, dass fünf Alarmpfeile des sowjetischen Frühwarnsystems für Atomraketenabschüsse der USA ein Fehler sein mussten. Mit dieser Entscheidung rettete er die Welt. Anerkennung erhielt er nur wenig, *berichtet Leo Ensel.*

GEOPOLITIK

18 Das ultimative Ziel der USA ist nicht Russland – es ist China

Die neue Nationale Verteidigungsstrategie der USA bezeichnet nicht Russland, sondern China als die größte strategische Gefahr für die USA. Warum Russland dennoch weiter in Visier genommen wird, *erklärt Caitlin Johnstone*

35 Der deutsche Bundespräsident auf dem Feldherrnhügel

Bundespräsident Steinmeier, dessen Amt die Möglichkeit bietet, sich als Vermittler und Brückenbauer anzubieten, hat diese Chance im Ukrainekrieg nicht ergriffen. Im Gegenteil, *resümiert Wolfgang Effenberger.*

GEOPOLITIK & WIRTSCHAFT

30 Der Dollar frisst den Euro

Der US-Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson beschreibt den Ukrainekrieg als Operation der USA, um die Eurozone von Russland und China wirtschaftlich abzukoppeln. Ein Vorgang, der vor allem der deutschen Volkswirtschaft immens schaden wird. *Von Michael Hudson*

FRIEDEN & AKTIVISMUS

21 Solidarität bilden gegen Polens heuchlerische Flüchtlingspolitik

Ukrainische Flüchtlinge werden an der polnischen Grenze mit heißem Tee, Mitleid und Bussen begrüßt. Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien stoßen auf Tränengas, Stacheldraht und Abschiebetrupps der Polizei. *Ein Bericht der Grupa Granica*

INNENPOLITIK

33 Strafanzeige gegen Graf Lambsdorff, Frank Plasberg und Anton Hofreiter

Der bekannte Hamburger Anwalt Dr. Rolf Geffken hat Strafanzeige wegen Volksverhetzung unter anderem gegen den Bundestagsabgeordneten Graf Lambsdorff erstattet, der die Ostermarschierer als „Fünfte Kolonne Wladimir Putins, politisch und militärisch“ bezeichnet hat. *Von Rolf Geffken*

UTOPIE

40 Der Zweck der Arbeit im historischen und volkswirtschaftlichen Kontext

Es gibt sie tatsächlich: Neue Ideen für die Zukunft unserer Gesellschaft. In unserer neuen Reihe „Utopie“ stellen wir Entwürfe jenseits des gruseligen Great Reset der globalen Oligarchie vor und zur Diskussion. Den Auftakt bildet ein Vorschlag zur Neuordnung der Arbeitswelt *von Darwin Dante*

Kriegsziel: Regime Change

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit drei Monaten gibt es Krieg in der Ukraine. Er wäre vermeidbar gewesen, hätte es den Willen zum Frieden gegeben, den Versuch des Verstehens, die Suche nach einem gemeinsamen Weg.

Die Lösung wäre einfach gewesen. Michail Gorbatschow, Olof Palme, Willy Brandt und Egon Bahr hatten sie gemeinsam definiert: Das gemeinsame Haus Europa, gemeinsame Sicherheitspolitik, die Einsicht, dass im Atomzeitalter jeder Krieg der Großmächte zum Atomkrieg werden kann, den niemand gewinnen wird.

Die Chance zum Frieden, die 1989 bestand, ist jetzt zerstört. Der Krieg in der Ukraine ist ein Stellvertreterkrieg, in dem sich die NATO als Werkzeug des Machtstaates USA mit Russland anlegt, um den Endsieg im Kalten Krieg zu erringen. Russland hat angegriffen, aber dieser Angriff hat eine Vorgeschichte, eine lange Kette von Provokationen.

Das Ziel der USA, es ist nicht am 24. Februar 2022 entstanden, hat Präsident Biden benannt: Regime Change in Russland. Prägnant ausgedrückt: Ein Abnutzungskrieg des Typs Afghanistan 1979, der zu etwas führen soll, dass man Jelzin 2.0 nennen kann, nämlich die feindliche Übernahme Russlands durch Einsetzen eines gefügigen Statthalters.

Eine neutrale Ukraine, die kein Mitglied der NATO wäre, sondern eine Pufferzone zwischen Russland und den NATO-Staaten, die ihre verfeindeten Volksgruppen mit einer Schweizer Lösung (weitgehender Autonomie) hätte zusammenhalten können, die Handel nach Ost und West zum Nutzen aller hätte betreiben können, wäre möglich gewesen.

Auf dem World Economic Forum Ende Mai 2022 hat Henry Kissinger, einer der Staatsmänner, der die oben skizzierte Lösung vorgeschlagen hatte, jetzt gemahnt, dass es wohl nur die Wahl zwischen der Teilung der Ukraine und einem großen Krieg gibt. Er wird wahrscheinlich wieder nicht gehört werden, denn statt der

alten, weiß(s)en Realpolitiker regieren jetzt Angehörige der Woke-Kultur, denen die Furcht vor dem Atomkrieg zu fehlen scheint.

Die Medien des Westens, die einst so viel Aufhebens um die Ausdrucksfreiheit machten, solange es die Sowjetunion als Gegenbild gab, agieren jetzt als Propaganda-Instrumente an der Heimatfront – die deutschen Medien, als wären wir Kriegspartei. Pluralität, die Interessen aller Konfliktparteien darzustellen – was journalistische Pflicht ist – wird zum Verrat deklariert, der geahndet werden muss, in der Öffentlichkeit, aber auch juristisch und geheimdienstlich. Die Feindsender RT und Sputnik wurden bereits vor Beginn des Konfliktes abgeschaltet, kritische Stimmen aus den eigenen Ländern wie KenFM, Consortiumnews oder Mintpressnews in den sozialen Medien und Plattformen entmonetarisiert oder gleich abgeschaltet, ihren dissidenten Unternehmensführern kündigung Paypal und Banken die Konten.

Wir haben uns an das Argument gewöhnt, dass Facebook, Twitter, YouTube oder auch Google private Firmen sind, die wie die Besitzer eines Cafés Hausverbot erteilen können. Aber sind sie nicht eher Telefongesellschaften vergleichbar, die sich nicht darum zu kümmern haben, was an den Apparaten gesprochen wird, wie Clarence Thomas, Richter am Obersten Gerichtshof der USA, 2021 kommentierte? Und darf der Staat seine Zensurdrecksarbeit an willige Helfer in den IT-Konzernen delegieren, um seine Hände in Unschuld waschen zu können? Welche Gesellschaftsordnung sollen diese Methoden ermöglichen?

Wir leben in finsternen Zeiten. Das ist das Leitthema dieser Ausgabe von Free21. Ich wünsche Ihnen trotzdem einen schönen Sommer und verabschiede mich mit dem Gruß, den sich die Deutschen am Ende des 2. Weltkrieges zuraunten: „Bleib übrig!“
*Ihr Dirk Pohlmann,
Chefredakteur Free21*



Free21 wird international! Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an translate@free21.org



Dieser Text wurde zuerst am 07.04.2022 auf [www.rubikon.news](https://www.rubikon.news/artikel/die-waffen-sprechen-wieder) unter der URL <https://www.rubikon.news/artikel/die-waffen-sprechen-wieder> veröffentlicht.
Lizenz: Ulrich Heyden, Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0



Symbolbild mit Buchcover von „Der längste Krieg in Europa seit 1945“ von Ulrich Heyden.

Die Waffen sprechen wieder

Der Bürgerkrieg im Donbass ist „der längste Krieg in Europa seit 1945“. Auszug aus dem gleichnamigen Buch von Ulrich Heyden.

Autor: Ulrich Heyden

Jahrgang 1954, ist seit 1992 freier Korrespondent in Moskau. Er arbeitet für den Freitag, Telepolis und RT Deutsch. Von 2001 bis 2014 war er Korrespondent der Sächsischen Zeitung. Parallel arbeitete er für einen Pool deutschsprachiger Zeitungen, unter anderem für die Salzburger Nachrichten, Die Presse, Aargauer Zeitung, Südostschweiz, Mittelbayerische Zeitung, Südkurier. Er ist Mitautor des Buches „Opposition gegen das System Putin“, Autor des Buches „Ein Krieg der Oligarchen. Das Tauziehen um die Ukraine“ und Co-Regisseur des Films „Lauffeuer“ über den Brand im Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014. Er kommentiert in russischen Fernseh- und Radio-Sendungen politische Ereignisse in Deutschland. Weitere Informationen unter www.ulrich-heyden.de



Dieses Buch handelt vom Krieg im Donbass, der 2014 begann. Es berichtet von Menschen, deren Dörfer und Städte von der ukrainischen Armee und rechtsradikalen Freiwilligenbataillonen beschossen werden, von Kindern, die am Geräusch erkennen, um was für eine Granate oder Rakete es sich handelt und woher geschossen wird, von freiwilligen Kämpfern, die sich an der „Kontaklinie“ tief in die Erde eingegraben haben und gelegentlich auch zurückschießen. Der Autor hat die international nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk seit 2014 mehrmals besucht. Er analysiert, warum der Konflikt in der Südostukraine entstand — wo der Anteil der Russischsprachigen ukraineweit am höchsten ist — und warum das Waffenstillstandsabkommen „Minsk 2“ immer wieder gebrochen wurde. Das Fazit des Autors: Die Ukraine könnte als neutrales Land zwischen Russland und dem Westen in Frieden leben. Jeder Versuch, das Land auf eine Seite zu ziehen, wird es zerreißen. Exklusivabdruck aus „Der längste Krieg in Europa seit 1945: Augenzeugenberichte aus dem Donbass“.

Einleitung

Dass es in der Ostukraine seit April 2014 einen Krieg gibt, darüber hatten die großen Medien in Deutschland die letzten Jahre nur spärlich berichtet. So war die Öffentlichkeit in Deutschland schockiert, als Russlands Präsident Wladimir Putin am 24. Februar 2022 den Beginn einer „militärischen Spezialoperation“ in der Ukraine bekannt gab. Das Ziel dieser Operation sei — so der Kremlchef — „der Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk“ und die „Demilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“.

Diese Begründung war nach Meinung der deutschen Medien hanebüchen. Im Grunde gehe es Wladimir Putin nur um den Wiederaufbau eines russischen Imperiums. Auch andere osteuropäische Länder könnten jetzt Opfer russischer Aggression werden. Dass Russland monatelang erfolglos mit Vertretern der USA, Frankreich, Deutschland und der NATO über Sicherheitsgarantien und eine Absage bezüglich eines NATO-Beitritts der Ukraine verhandelt hatten, war plötzlich

vergessen. Ob es richtig war, Russland Sicherheitsgarantien zu verweigern, stand weder vor noch nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine zur Debatte.

Die Öffentlichkeit im Westen hat nicht mit dem russischen Einmarsch gerechnet. Zwar hatte die Bild-Zeitung schon am 3. Dezember 2021 getitelt „Putins geheimer Angriffsplan für die Ukraine“ [1] und eine Grafik veröffentlicht, die faktisch das zeigte, was dann am 24. Februar 2022 wirklich begann, aber die Drohungen des US-Präsidenten mit „nie dagewesenen Sanktionen“ gegen Russland im Falle eines Angriffes auf die Ukraine, hatten wohl viele Menschen glauben lassen, dass der Kreml dieses Risiko nicht eingehen werde.



Screenshot Twitter

Ratlose Russlandfreunde

Wladimir Putin, sein Sprecher Dmitri Peskow und der russische Außenminister Sergej Lawrow hatten in den Monaten vor dem 24. Februar 2022 immer wieder erklärt, Russland werde nicht — wie von westlichen Geheimdiensten und Medien behauptet — in die Ukraine einmarschieren.

Als dann der Kremlchef am 24. Februar 2022 die „Spezialoperation“ bekannt gab, fühlten sich nicht wenige Russlandfreunde in Deutschland getäuscht und ratlos. Sie erklärten, sie müssten jetzt ihr Verhältnis zur russischen Politik überprüfen oder sie zogen sich aus der Öffentlichkeit zurück.

Doch war es wirklich eine Täuschung? Der stellvertretende Leiter der russischen Präsidentschaftsverwaltung Dmitri Kosak hatte bereits am 8. April 2021 er-

klärt, dass wenn Kiew Kriegshandlungen im Donbass aufnehme, sei das „der Anfang vom Ende“ für die Ukraine. Russland sei in diesem Fall gezwungen, seine Bürger zu schützen. 600.000 Bewohner des Donbass hatten zu diesem Zeitpunkt bereits einen russischen Pass.

Am 21. April 2021 erklärte Wladimir Putin in seiner Rede vor der Föderalen Versammlung, dass wenn in der Ukraine „eine rote Linie überschritten wird, die wir selbst festlegen, wird die Antwort asymmetrisch, schnell und hart sein“.

Am 21. Dezember 2021 erklärte der Kremlchef: „Natürlich, werden wir — wie ich schon bemerkt habe — in dem Fall, dass die westlichen Kollegen eine klare aggressive Linie fortsetzen, adäquate militär-technische Maßnahmen ergreifen, auf unfreundliche Schritte werden wir hart reagieren“ [2].

Dass die Russlandfreunde in Deutschland in Debatten ausschließlich Russlands friedliche Absichten hervorhoben, war angesichts der antirussischen Kriegshysterie in den deutschen Medien verständig, aber nicht weitsichtig.

Russland hatte schon 1999 im Tschetschenienkrieg gezeigt, dass es bei Gefahr für seine staatliche Souveränität — damals ging es um von arabischen Staaten finanzierten islamischen Fundamentalismus in Tschetschenien und eine Ausbreitung des Separatismus in Russland — militärisch zuschlägt.

Statt Fakten, Stimmungsmache

Nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine spielten die großen Medien in Deutschland keine gute Rolle. Sie heizten die Stimmung gegen Russland weiter auf, indem sie unterstellten, Russland werde möglicherweise weitere osteuropäische Länder überfallen. Von Diplomatie war keine Rede mehr, nur noch von Aufrüstung. In Deutschland lebende Russen waren das erste Mal seit dem Kalten Krieg wieder mit verächtlichen Äußerungen im Alltag konfrontiert.

Die Situation wurde von den Medien auch falsch gewichtet. Es wurde behauptet,

in der Ukraine habe der „erste Krieg in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg“ begonnen. Tatsächlich war es die NATO — unter Beteiligung der deutschen Luftwaffe —, die 1999 im Kosovokrieg Ziele in Serbien bombardierte. Das war der erste Krieg in Europa seit 1945.

Auch verschwiegen die deutschen Politiker und großen Medien, dass der Krieg in der Ukraine nicht 2022 begann, sondern bereits 2014. Im Februar 2014 fand in Kiew — angeführt von rechtsradikalen, militanten Gruppen — ein Staatsstreich statt. Der amtierende Präsident Viktor Janukowitsch wurde unter Morddrohungen aus Kiew verjagt.

Zwei Monate später, am 14. April 2014, schickte der geschäftsführende nicht-gewählte ukrainische Präsident Aleksandr Turtschinow Truppen in den Donbass. Sie sollten im Rahmen einer „Antiterroristischen Operation“ die Separatisten aus Regierungsgebäuden in Donezk und Lugansk vertreiben.

Diese „Operation“ kostete bis heute 14.000 Menschen das Leben. 5.000 Menschen starben in der Volksrepublik Donezk, 4.000 in der Volksrepublik Lugansk und 5.000 Menschen in dem von Kiew kontrollierten Teil des Donbass [3].

Ich habe mit den Menschen im Donbass gesprochen

Dieses Buch handelt von dem nun schon acht Jahre andauernden Krieg im Donbass. Es handelt von Menschen, deren Dörfer und Städte von der ukrainischen Armee und rechtsradikalen Freiwilligenbataillonen beschossen wurden, von Kindern, die am Geräusch erkennen, um was für eine Granate oder Rakete es sich handelt und woher geschossen wird, von freiwilligen Kämpfern, die sich an der „Kontaktlinie“ zur Zentralukraine tief in die Erde eingegraben haben und gelegentlich auch zurückschießen. Mein Buch handelt auch von Ärzten, die direkt an der Demarkationslinie in einem Krankenhaus arbeiten, ungeachtet des Geschützdonners, der immer wieder von der ukrainischen Seite herüberhallt.

Ich habe den Bewohnern der Volksrepubliken zugehört, wo sie sich auch gerade befanden, in Schulen und Kinder-

gärten, auf Straßen, in von Geschossen zerlöchernten Häusern, an den Grenzübergängen zur Ukraine oder in den Amtsstuben von Lugansk und Donezk.

Warum ich dieses Buch geschrieben habe? Weil die großen deutschen Medien über den Krieg im Donbass nur aus der Sichtweise Kiews berichten.

Im vorliegenden Buch habe ich meine Reportagen, Interviews und Analysen aus dem Donbass zusammengefasst. Einige davon sind bereits bei Telepolis, den NachDenkSeiten, Der Freitag, Rubikon, Neues Deutschland, Die Wochenzeitung und RT DE veröffentlicht. Einiges liegt das erste Mal in gedruckter Form vor. Die schon veröffentlichten Texte wurden vom Autor zum Teil gekürzt.

Niemand, der aus den Volksrepubliken berichtet

In Deutschland ist es seit 2014 aufgrund einer einseitigen Medienberichterstattung nicht mehr möglich, sich eine auf Fakten beruhende, eigene Meinung über den Konflikt im Donbass zu bilden. Es fehlt die Faktenbasis.

Die deutschen Chefredakteure schicken seit 2014 keine Journalisten mehr in die Volksrepubliken. Nur bei den Wahlen im November 2018 waren deutsche Fernsehjournalisten in Donezk und Lugansk. Deutsche Journalisten und Politiker besuchten im Donbass immer nur die ukrainische Seite vor der „Kontaktlinie“. Von dort schauten sie hinüber in „feindliches Gebiet“, in das Gebiet „der von Russland unterstützten Separatisten“. Das erinnert an die Zeit der deutschen Teilung, wo man von Aussichtsplattformen in Westberlin nach Ostberlin schauen konnte.

Man schaut, versteht aber nichts. Denn man weiß nicht, wie die Menschen in den Volksrepubliken leben. Bis auf die beiden Bundestagsabgeordneten der Partei Die Linke Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko sowie Gunnar Lindemann von der AfD hat kein einziger deutscher Politiker der großen deutschen Parteien jemals die Volksrepubliken besucht und dort mit den Menschen gesprochen.

Die Menschen in den Volksrepubliken scheinen so etwas wie Aussätzige zu sein. Denn es ist vonseiten des Auswärtigen Amtes noch nicht mal erwünscht, dass



Bundestagsabgeordneter von Die Linke, Andrej Hunko. Foto: Jan Kühn, CC BY-SA 4.0

humanitäre Hilfe aus Deutschland über Russland an die Volksrepubliken geliefert wird. Durch die Ukraine wollen deutsche Bürgerinitiativen wie „Zukunft Donbass“ und „Friedensbrücke e. V.“ ihre humanitäre Hilfe mit Lastwagen nicht schicken. Das ist ihnen wegen der ukrainischen Nationalisten, die schon mal Transporte anhalten, zu gefährlich.

Hysterische Reaktionen auf humanitäre Hilfe

Als die Bundestagsabgeordneten der Partei Die Linke, Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko, im Februar 2015 mit einem Kleinbus und vier Kleinlastern humanitäre Hilfe für Krankenhäuser in die Volksrepublik Donezk brachten [4], verurteilte der Berliner Tagesspiegel die Reise in scharfem Ton [5]. Die Abgeordneten, so das Blatt, hätten sich mit dem „Warlord“ Aleksandr Sachartschenko — damals Leiter der Volksrepublik Donezk — fotografieren lassen. Sachartschenko habe sich schlecht über Juden geäußert, behauptete der Tagesspiegel ohne stichhaltigen Beweis.

Während viele Menschen in den Volksrepubliken in von ukrainischen Geschossen beschädigten Häusern leben, hatten deutsche Intellektuelle, die sich der Post-Maidan-Regierung verbunden fühlen, seit 2014 nichts Besseres zu tun, als jeden Deutschen, der aus den Volksrepub-

liken berichtete, Hilfe dorthin organisierte oder die Kiewer Regierung kritisierte, im Internet und in den Medien als „Putinfreund“, „Nationalisten“ und „Antisemiten“ zu brandmarken.

Lebenslanger Bann für Kiew-Kritiker

Die „Beweise“ für diese Behauptungen hatten die Anhänger der ukrainischen Regierung mühsam aus zum Teil viele Jahre alten Internetbeiträgen zusammengeklaut. Richtigstellungen und ein Fehlereingeständnis von Seiten des wegen „Antisemitismus“ beschuldigten ukrainischen Journalisten Ruslan Kotsaba wurden von den Anhängern der Kiewer Regierung in Deutschland ins Lächerliche gezogen. Es wurde schnell klar: Linksgrüne Ukrainefreunde in Deutschland versuchten die Kritiker der Kiewer Regierung in Deutschland mit einem lebenslangen Bann zu belegen.

Ein Lichtblick in dieser aufgeheizten Stimmung war eine am 11. Juni 2018 von der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke in Berlin organisierte Konferenz mit dem Titel „Menschenrechte und Medienfreiheit in der Ukraine“. Auf dieser Konferenz wurde sachlich und anhand von Fakten diskutiert. Die fast vier Stunden dauernde Konferenz tagte mit mehr als hundert Teilnehmern im Paul-Löbe-Haus, einem Nebengebäude des Bundestages.

Es sprachen die Bundestagsabgeordneten der Partei Die Linke, Andrej Hunko, Heike Hänsel, Zaklin Nastic und Stefan Liebich, die ukrainische Aktivistin Jelena Bondarenko, der ukrainische Journalist Ruslan Kotsaba, der Kiewer Menschenrechtsanwalt Walentin Rybin und viele andere. Sie berichteten mit konkreten Beispielen über die Repressionen gegen Andersdenkende in der Ukraine. Ich hielt einen Beitrag zur Verfolgung von Journalisten in der Ukraine [6].

Die großen deutschen Medien berichteten trotz hochkarätiger Besetzung nicht über die Veranstaltung. Berichte gab es aber bei RT DE, Telepolis [7] und der Verdi-Journalisten-Zeitung „Menschen machen Medien“ [8]. Die junge Welt interviewte den Konferenzteilnehmer Le-

onid Koschara [9], der bis zum Staatsstreich 2014 Außenminister der Ukraine war.

Eine komplette Video-Aufzeichnung der Konferenz ist bis heute im Internet abrufbar [10]. Aber leider gibt es keine schriftliche Broschüre mit den Konferenzbeiträgen. Und es gibt auch bis heute keine deutschsprachige Dokumentation über alle Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen der Medienfreiheit in der Ukraine. So ist es für Menschen, die weder Russisch noch Ukrainisch können, enorm schwer, sich ein Bild von den wirklichen Zuständen in der Ukraine zu machen und sich mit Faktenwissen an Diskussionen zu beteiligen.

Man muss kein Anhänger von Wladimir Putin sein, um festzustellen, dass Rechtsextremismus und Ultrationalismus in der Ukraine von staatlichen Stellen gefördert werden und einen starken Einfluss auf die Gesellschaft haben.

Es gibt viele Beispiele, mit denen man diese These belegen kann. Die für mich eindeutigsten Beispiele sind der bis heute nicht von staatlichen ukrainischen Stellen geahndete Brandanschlag auf das Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014 und die schon acht Jahre dauernde „Anti-Terror-Operation“ im Donbass.

Ukraine verhängt Informationssperre

Erschwert wird der Informationszugang auch dadurch, dass die ukrainische Regierung 2014 eine Informationssperre über die Volksrepubliken verhängte. Man kann von der Ukraine aus zwar in die Volksrepubliken fahren, muss sich dann aber darauf gefasst machen, dass man auf der ukrainischen Website Mirotworets (Friedensstifter) gelistet wird.

Die Website Mirotworets wurde auf Initiative von Anton Geraschenko — seit 2019 stellvertretender Innenminister der Ukraine — geschaffen, um Journalisten, denen man eine Nähe zu den Separatisten unterstellt, als „Feinde der Ukraine“ an den Pranger zu stellen. Auf Mirotworets sind Tausende Journalisten,



Im Inneren des Gewerkschaftshauses in Odessa nach dem Feuer - Foto: Lsimon , CC BY-SA 4.0

Politiker und einfache Bürger mit Adressen gelistet.

Ich war seit 2014 oft in den Volksrepubliken. Bei meinen Reisen in den Donbass habe ich nicht nach russischen Panzern und russischen Militärberatern gesucht. Aber natürlich habe ich immer dann, wenn ich einen Panzer oder anderes militärisches Gerät sah, meine Begleiter gefragt, woher das Gerät ist. Und sie sagten immer: „Das ist von den Ukrainern erbeutet.“ Ich hatte keinen Grund an dieser Aussage zu zweifeln. Dass es im Donbass russische Militärberater gibt, ist vorstellbar, lässt sich aber nicht beweisen.

Dass 2014/15 viele Russen als Freiwillige mit der Waffe in der Hand die Volksrepubliken mit verteidigten, hat selbst der russische Präsident Wladimir Putin nicht bestritten. Diese Freiwilligen seien „dem Ruf ihres Herzens gefolgt“, so der Kremlchef. Es handele sich nicht um russische Truppen. Nichtsdestotrotz behaupteten deutsche Medien und Politiker seit 2014 immer wieder ohne Belege, in den Volksrepubliken seien offizielle russische Truppen stationiert.

Die Falschdarstellungen deutscher Medien

Die wichtigsten Falschdarstellungen über die Ukraine in den deutschen Medien sind meiner Meinung nach Folgende:

Von den deutschen Medien wird konsequent verschwiegen, dass die Ukraine ein multinationaler Staat ist. Bei der Volkszählung 2001 nannten 67 Prozent Ukrainisch und 29 Prozent der Befragten Russisch ihre Muttersprache [11].

Verschwiegen wird auch die Zwangskrainisierung der russischen Bevölkerung in der Ukraine nach 2014. Seit Januar 2021 darf in der Ukraine im öffentlichen Raum nur noch Ukrainisch gesprochen werden. Russischunterricht gibt es nur noch bis zur vierten Klasse.

Die deutschen Medien und Politiker übernehmen immer mehr die neue ukrainische Geschichtsschreibung, nach der die Hungersnot (ukrainisch: Holodomor) in der Ukraine Anfang der 1930er-Jahre ein Mittel von Stalin war, die ukrainische Bevölkerung wie bei einem Völkermord zu vernichten. Im Februar 2022 legte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock Blumen am Holodomor-Denkmal in Kiew ab. Dabei ist in der Geschichtswissenschaft allgemein bekannt, dass es in der Zeit nach der Zwangskollektivierung schwere Hungersnöte nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Südrussland und im sowjetischen Kasachstan gab.

Warum, so frage ich, hat bis heute kein einziger deutscher Politiker Blumen am

Gewerkschaftshaus von Odessa niedergelegt, wo am 2. Mai 2014, nachdem ukrainische Ultranationalisten Feuer gelegt hatten, 42 Regierungskritiker starben?

Der einzige Bundestagsabgeordnete, der in Odessa mit Angehörigen der im Gewerkschaftshaus Umgekommenen gesprochen hat, war Andrej Hunko von der Partei Die Linke, der Odessa 2014 mehrmals besuchte [12]. Warum wurde er von keinem deutschen Fernsehsender eingeladen, um als Augenzeuge über seine Gespräche mit den Angehörigen und die schleppenden Untersuchungen zum Brand zu berichten?

Frank-Walter Steinmeier, der Odessa Ende Mai 2014 — damals als Außenminister — besuchte und angeblich einen Kranz am Gewerkschaftshaus niederlegen wollte [13], nahm von seinem Vorhaben Abstand, nachdem Igor Paliza, der Vorsitzende der Gebietsverwaltung von Odessa, ihm davon abgeraten hatte. Eine Kranzniederlegung könne neue Unruhen auslösen, hatte Paliza gewarnt.

Sowjetführer vergrößerten die Ukraine

Deutsche Medien und Politiker verschwiegen, dass der Ukraine, die bis zur Oktoberrevolution zum Russischen Kaiserreich gehörte, von sowjetischen Führern Territorien angegliedert wurden. 1922 wurden vom sowjetischen Russland auf Initiative von Lenin der Sowjetischen Ukrainischen Republik Teile des Donbass abgetreten, die früher zum russischen Zarenreich gehörten.

Im Westen bekam die Ukraine 1939 durch den Hitler-Stalin-Pakt von Polen die Gebiete Lwiv, Iwano-Frankiwsk und Ternopil. Im Süden bekam die Ukraine 1954 — auf Anweisung von Sowjetführer Nikita Chruschtschow — die Krim geschenkt.

Als die Post-Maidan-Regierung im Februar 2014, einen Tag nach dem Staatsstreich, der russischen Sprache — in den Gebieten mit hohem russischen Bevölkerungsanteil — den Status einer zweiten offiziellen Sprache — neben dem Ukrainischen — entzog, war das der Auslöser für den „russischen Frühling“ in der Südostukraine.

Im russischsprachigen Südosten der Ukraine hatte sich schon seit der Orangen Revolution 2005 und den Zwangsukrainisierungsmaßnahmen unter Präsident Viktor Juschtschenko Unzufriedenheit unter den russischsprachigen Ukrainern angestaut. Während des „russischen Frühlings“ wurden dann in Charkow, Donezk und Lugansk offizielle Gebäude besetzt. Doch den Grund für diese Besetzungen verschwiegen die großen deutschen Medien.

Der Donbass als Bindeglied zwischen Sowjetrussland und der bäuerlichen Ukraine

Dass es am 7. April 2014 zur Gründung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk kam, hatte nicht nur aktuelle politische Gründe, sondern auch historische Wurzeln. Der Donbass war seit Beginn des 17. Jahrhunderts das zentrale russische Industrie- und Bergbaugebiet. Aus ganz Russland — und später der Sowjetunion — kamen Arbeitskräfte verschiedener Nationalitäten in den Donbass. Russisch war die Sprache, welche die verschiedenen Nationalitäten im Donbass — Russen, Ukrainer, Tataren, Griechen und Moldauer — verband.

Die Ukraine — beziehungsweise ihre politische Führung — wollte sich nach der Oktoberrevolution 1917 aus dem russischen Staat lösen und schloss mit Deutschland und Österreich-Ungarn am 9. Februar 1918 einen Separatfrieden ab, den sogenannten „Brotfrieden“. Deutschland und Österreich hofften, dass man in der Ukraine dringend benötigte Lebensmittel eintreiben könne.

Eine Woche nach Abschluss des Separatfriedens zogen deutsche und österreichische Truppen — insgesamt 500.000 Mann — in die Ukraine ein. Doch wegen der politisch und wirtschaftlich chaotischen Zustände in der Ukraine konnte nur ein Teil der erhofften Lebensmittellieferungen eingetrieben werden. Ende 1918 zogen die deutschen Truppen aus der Ukraine wieder ab.

Bereits vor dem deutschen Einmarsch wurde am 28. Januar 1918 in der ostukrainischen Stadt Charkow als Gegengewicht gegen eine antisowjetische Ukraine die sowjetische „Donezk-Kriworosch-Republik“ gegründet. Das Gebiet dieser Republik umfasste große Teile der Ost-Ukraine, wie Charkow, Donezk, Lugansk und Cherson.

Im Februar 1919 wurde die Donezk-Kriworosch-Republik auf Initiative Lenins aufgelöst. Die Sowjetmacht in der



Grenzen der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik in den Jahren 1917-1928, Foto: Hellerick, CC BY-SA 4.0

Ukraine werde — so offenbar das Kalkül von Lenin — nur auf sicheren Beinen stehen, wenn das Industriezentrum Donbass, das sprachlich und wirtschaftlich mit Russland eng verbunden war, zur „Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik“ gehört. Der proletarische-prorusische Donbass sollte — so offenbar der Plan von Lenin — Bindeglied zwischen der bäuerlichen Ukraine und Sowjetrußland werden.

Bundeswehr sitzt im ukrainischen Verteidigungsministerium

Bereits vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine wurde überdeutlich: Deutschland ist im ukrainischen Bürgerkrieg Konfliktpartei. Die großen deutschen Medien und die deutsche Politik schweigen zur Verfolgung der Opposition in der Ukraine, zum Brand des Gewerkschaftshauses in Odessa, zu den Morden an Oppositionellen und zur Abschaltung von vier oppositionellen ukrainischen Fernsehkanälen 2021.

Berlin schickte massiv Finanzhilfe in die Ukraine, ohne diese an irgendwelche Bedingungen zu knüpfen. Seit 2014 wurden von Deutschland 1,8 Milliarden US-Dollar an Wirtschaftshilfen bereitgestellt und „Programme zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit und zur Korruptionsbekämpfung in der Ukraine unterstützt“, wie es in einer Stellungnahme der Bundesregierung heißt. „Als Mitglied der Europäischen Union und als deren größter Beitragszahler hat Deutschland die ukrainische Regierung seit 2014 mit 17 Milliarden Euro finanziell unterstützt.“ Weit fortgeschritten ist die Verzahnung zwischen der Bundeswehr und dem ukrainischen Militär.

Der ukrainische Botschafter in Deutschland Andrej Melnik erklärte am 6. Februar 2022 in der ARD-Sendung Anne Will überraschend:

„Das deutsche Verteidigungsministerium hat seine strategischen Berater in unserem Verteidigungsministerium seit Jahren sitzen und arbeiten, und die deutsche Seite ist bestens informiert, was wir brauchen und was wir nicht brauchen.“



So unterstützt Deutschland die Ukraine

- Entwicklungszusammenarbeit**
 für eine starke Wirtschaft und Zivilgesellschaft, neue Infrastruktur und Wohnungen, humanitäre Hilfe
 z. B. Minenräumung
- Diplomatische Anstrengungen**
 besonders im Normandie-Format mit der Ukraine, Russland und Frankreich
- Unterstützung durch die Bundeswehr**
 vor allem durch Ausbildung, Beratung und Sanitätsleistungen
- Maßnahmen zur Stabilisierung**
 z. B. Konflikt-Monitoring, Friedensmediation, zivilgesellschaftliche Konfliktbearbeitung und Zivilschutz

Foto: Bundesregierung

Mit seiner Äußerung wollte Melnik klarstellen, dass Deutschland sehr genau wisse, was die Ukraine außer Helmen an militärischem Gerät brauche. Melnik zeigte mit seiner provokativen Äußerung, dass er nicht nur als Diplomat unterwegs ist, sondern auch als Antreiber, welcher der Bundesregierung Nachhilfeunterricht in antirussischer Politik gibt.

Bisher galt es als offenes Geheimnis, dass Berater aus den USA und Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdiensts CIA in den ukrainischen Regierungsinstitutionen sitzen. Dass aber die Bundeswehr „strategische Berater“ im ukrainischen Verteidigungsministerium sitzen hat, ist eine Neuigkeit, welche die Bundesregierung wohl gerne unter den Teppich gekehrt hätte.

Werden Asow-Kämpfer in deutschen Krankenhäusern gesund gepflegt?

Wie weit die militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr und der ukrainischen Streitkräfte bis zum Einmarsch der russischen Truppen schon gediehen war, konnte man auf der Website der Bundesregierung nachlesen:

„Innerhalb der militärischen Unterstützung leistet auch die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag zur militärischen Ausbildung und Beratung in der Ukraine.

Diese Form der Unterstützung ermöglicht einen intensiven Erfahrungsaustausch. Bisher konnten insgesamt 551 ukrainische Soldaten und Soldatinnen ihre Ausbildung in Deutschland erfolgreich beenden“ [14].

Von dem intensiven Erfahrungsaustausch profitiert auch die strategische Planung der Bundeswehr. Die Erfahrungen der ukrainischen Soldaten, die gegen Separatisten kämpfen, die vermutlich russische Berater haben, sind für die Strategen der Bundeswehr und der NATO von höchstem Wert.

Weiter heißt es in einer Mitteilung der Bundesregierung: „Weitere militärische Unterstützung leistet Deutschland in Form von Sanitätsleistungen.“ Exakte Zahlen nannte das Internetportal ntv: „Seit 2019 unterstützt Deutschland daneben den Ausbau des ukrainischen Sanitätsdienstes. Derzeit finanziert Berlin ein Feldlazarett im Wert von 5,3 Millionen Euro. Zudem wurden seit 2014 insgesamt 149 verletzte Sicherheitskräfte aus der Ukraine in deutschen Krankenhäusern behandelt“ [15].

Die aufwendige Verlegung von ukrainischen Soldaten mit einem hochmodernen Lazarettflugzeug der Bundeswehr nach Deutschland und die Weiterverteilung der verwundeten Ukrainer auf deutsche Krankenhäuser stieß 2018 zu Recht auf Kritik des Bundestagsabgeordneten der Partei Die Linke, Alexander Neu, damals Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages.

Neu fragte 2018 in einem Gespräch mit der Deutschen Welle, ob die Hilfe für die ukrainischen Soldaten unparteiisch ist „oder stellt sie eine Solidarmaßnahme für das Putsch-Regime in Kiew dar? Warum werden keine verletzten ostukrainischen Zivilisten, die es zu Tausenden gibt, behandelt?“

Neu wollte in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung unter anderem wissen, welche der nach Deutschland ausgeflogenen Ukrainer, „in den offiziellen Streitkräften“ dienten und „wie viele in den paramilitärischen Bataillonen wie dem faschistischen Asow-Bataillon“. Nach Recherchen des Fernsehmagazins Fakt waren in den vergangenen Jahren unter den ausgeflogenen Verletzten auch Kämpfer des rechtsradikalen Regiments Asow [16].

Keine großen deutschen Hilfsorganisationen in den „Volksrepubliken“

Auch finanzielle Hilfen für die Infrastruktur im Donbass strich die Bundesregierung vor dem russischen Einmarsch gerne groß heraus. Doch es wird verschwiegen, dass diese Hilfen nur dem von der Ukraine kontrollierten Nordteil des Donbass zu Gute kam.

Im Dezember 2017 meldeten deutsche Medien, Deutschland unterstütze die Ostukraine mit 2,5 Millionen Euro „Weihnachtshilfe“. Die deutsche Botschaft in Kiew teilte auf ihrer Website mit, dass das Geld an die „Caritas Ukraine“ gehen soll, die dann „in den Gebieten Donezk und Lugansk“ humanitäre Hilfe leisten soll. Doch damit war nur der Nordteil der Gebiete Donezk und Lugansk gemeint, die unter Kontrolle von Kiew stehen.

Keine der großen deutschen Hilfsorganisation — weder der deutsche Caritasverband noch das Deutsche Rote Kreuz — sind in Donezk und Lugansk tätig. Die Menschen in dem Teil der „Ostukraine“, der nicht unter Kontrolle von Kiew steht, bekommen auch keinerlei humanitäre Hilfe vom deutschen Staat. Nur einige deutsche privat organisierte Hilfsorganisationen, wie die Berliner „Friedensbrücke Kriegsofferhilfe e. V.“

und das Thüringer Aktionsbündnis „Zukunft Donbass“ organisieren seit 2014 humanitäre Hilfslieferungen in die Volksrepubliken.

Das deutsche Außenministerium sieht diese mit deutschen Spendengeldern finanzierten Hilfslieferungen äußerst kritisch. Raissa Steinigk vom Aktionsbündnis „Zukunft Donbass“ berichtete mir im Jahr 2017, sie sei vom deutschen Außenministerium angerufen worden. Man habe ihr gesagt, dass sich die ukrainische Botschaft beim deutschen Außenministerium beschwert hat. Das, was „Zukunft Donbass“ tue, sei „illegal“, so die Anruferin aus dem deutschen Außenministerium.

Deutsche Parlamentarier gegen humanitäre Hilfe für Lugansk und Donezk

Jeder Transport mit einem Zwanzigtonner, der, organisiert von der Initiative „Zukunft Donbass“, ausrangierte Krankenhausausstattung aus Deutschland nach Lugansk bringt, kostet 4.000 Euro.

Um die humanitäre Aktion bekannter zu machen und mehr Spender zu gewinnen, hatte Raissa Steinigk 2017 Thüringer Bundestagsabgeordnete angeschrieben. Doch keiner der Angeschriebenen machte eine Hilfszusage. Einige Bundestagsabgeordnete hätten ihr ungeschminkt erklärt, sie würden die Hilfsaktion nach Lugansk nicht unterstützen, da Russland der Urheber des Krieges im Donbass sei. Andere Abgeordnete reagierten mit Ausflüchten.

In ihrem Brief an den Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Albert Weiler bat Raissa Steinigk nicht nur um Unterstützung. Sie äußerte auch Kritik:

„Wir, das Aktionsbündnis ‚Zukunft Donbass‘ und die Mitstreiter sind satt über Lippenbekenntnisse und die ‚Unmacht‘ der deutschen Politiker und freuen uns über die wachsenden Aktivitäten der Kirche in Deutschland.“

Weiler reagierte verärgert. Er antwortete Steinigk: „In Ihrem Schreiben vom 23. Januar 2017 treffen Sie widersprüchliche Aussagen. Auf der einen Seite üben Sie scharfe Kritik an den politisch Ver-

antwortlichen. Andererseits stellen Sie mit Nachdruck Forderungen an mich und meine Kollegen. Ich möchte Sie daher darauf hinweisen, dass ich in dieser Region nicht untätig bin. Ich leiste einen Beitrag zum Friedenserhalt im Baltikum und Osteuropa und werde mich auch in Zukunft weiter stark für die Verbesserung der dortigen Situation einsetzen.“

Worin dieser „Beitrag zum Friedenserhalt in Osteuropa“ besteht, schrieb Weiler nicht.

Christian Hirte, ebenfalls CDU-Bundestagsabgeordneter aus Thüringen, antwortete auf die Unterstützungsanfrage der Initiative „Zukunft Donbass“:

„Leider kann ich nicht überall — auch wenn ich die Arbeit und das Ansinnen mit großem Respekt betrachte — eingreifen.“

Der Abgeordnete versprach die Anfrage an den Kollegen Karl-Georg Wellmann, Leiter der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe, weiterzugeben.

Doch von Wellmann hat Raissa Steinigk seitdem nichts gehört. Wellmann ist gegenüber Russland als Hardliner bekannt und vermutlich ist ihm die Initiative „Zukunft Donbass“ aus Thüringen suspekt. Im ZDF-Morgenmagazin hatte der Abgeordnete die „Separatisten“ in Lugansk und Donezk im Februar 2015 als „Werkzeuge der Russen“ bezeichnet. Es gäbe einen „permanenten Zufluss von Munition, von Waffen, von Kämpfern, von Logistik aus Russland.“

Am 24. April 2017 schrieb Raissa Steinigk alle Abgeordneten des Thüringer Landtags, auch Ministerpräsident Bodo Ramelow an. Keiner der Abgeordneten habe geantwortet.

2014 wurden die deutschen Korrespondenten aus dem Donbass abgezogen

Schon 2014 zeichnete sich ab: Je mehr sich die Macht der Separatisten im Donbass festigte, desto weniger waren die Chefredakteure großer deutscher Medien daran interessiert, den faktischen Sieg der Separatisten auch noch durch eigene Berichte zu bestätigen. So verlegte man sich auf das Totschweigen des Donbass. Man wollte offenbar vermeiden, dass es



Mark Bartalmai im Film *Ukrainian Agony - Der verschwiegene Krieg*, Screenshot

Mitleid für die Menschen in den Volksrepubliken gibt, die unter dem Beschuss ukrainischer Artillerie leiden.

Ein deutscher Mainstream-Journalist hatte immerhin den Mut, die Abwesenheit deutscher Korrespondenten im Donbass öffentlich zu problematisieren. Im Juni 2014 schrieb der damalige Spiegel-Reporter Moritz Gathmann — heute Ressortchef beim Magazin Cicero — im Internet-Portal Ostpol, dass die deutschen Korrespondenten das Kriegsgebiet Donbass verlassen hätten. „Nachrichten aus der Ostukraine sind auf die hinteren Zeitungsseiten gerückt, deutsche Korrespondenten sind abgereist.“

Doch lassen wir den Reporter selbst zu Wort kommen:

„Ein lauer Sommerabend auf der Veranda des „Ramada Donezk“ unweit der seit Monaten von Separatisten besetzten Gebietsverwaltung. Man speist T-Bone-Steaks und trinkt Cocktails, aus den Lautsprechern kommt Lounge-Musik.

Auf der Terrasse sitzen polnische Journalisten, Franzosen, Amerikaner und Spanier. Bemerkenswert abwesend sind die deutschen Journalisten: Neben mir sitzt dort Ende vergangener Woche nur noch Stefan Scholl, langjähriger Moskauer-Korrespondent für deutsche Regionalzeitungen. (...)

Es ist wenige Tage her, da lieferten sich ukrainische und russische Kämpfer heftige Kämpfe um den Flughafen der Stadt, auch rund um den Bahnhof starben Menschen bei Feuergefechten. Daraufhin ga-

ben ARD und ZDF bekannt, dass sie aus Sicherheitsgründen ihre Teams aus Donezk abziehen. (...)

Wer erfahren will, was im Osten des Landes passiert, der muss momentan auf russischsprachige, englische oder französische Medien ausweichen“ [17].

Die Gefahr für deutsche Journalisten schätzte Gathmann als gering ein.

„Grundsätzlich gilt: Als deutscher Journalist muss man davon ausgehen, sich endlose Tiraden über die falsche Politik Angela Merkels anhören zu müssen. Die Gefahr, im Keller eines selbst ernannten ‚Volksbürgermeisters‘ zu landen, ist dagegen gering.“

Seit 1983 bin ich in der Ukraine unterwegs

Ist ein Buch über die Volksrepubliken Donezk und Lugansk nicht zwangsläufig einseitig, wird sich der Leser vielleicht fragen? Ich glaube, ich habe ein ganz gutes Bild von der Ukraine. Ich kenne das Land seit 1983, als ich das erste Mal mit einem Privatauto in der Ukraine — damals als Tourist — unterwegs war. 1992 lebte ich in Kiew zwei Monate in einer ukrainischen Familie. Von da an habe ich die Ukraine regelmäßig besucht. Im Juli 2014 drehte ich in Odessa das erste Material für den Film „Lauffeuer“ über den Brand im Gewerkschaftshaus [18].

Doch mit diesem Film habe ich es mir mit der Regierung in Kiew verscherzt. Im April 2016 bekam ich im Flughafen von Odessa ein Einreiseverbot für fünf Jahre in meinen deutschen Pass gestempelt.

Der Grund sei, so teilte es mir das deutsche Auswärtige Amt mit, dass ich 2015 Donezk von Russland — und nicht wie vorgeschrieben — von der Ukraine aus besucht hatte.

Seit meinem Einreiseverbot habe ich mich weiter intensiv mit der Entwicklung in der Ukraine beschäftigt und immer, wenn es mir möglich war, habe ich in Russland oder Deutschland Interviews mit Bürgern aus der Ukraine geführt. Meist waren es Menschen aus dem Lager der russlandfreundlichen ukrainischen Opposition.

Warum riskierte ich ein Einreiseverbot?

In der Volksrepublik Donezk war ich in den Jahren 2014, 2015, 2017, 2018 und 2020. Immer reiste ich von Russland aus ein. Dabei war ich mir bewusst, dass ich mit meinen Reisen in die „Volksrepubliken“ ein Einreiseverbot in die Ukraine riskiere. Ich habe dieses Risiko auf mich genommen, weil ich fürchtete, dass die ukrainischen Behörden mich wegen meiner kritischen Artikel über den Maidan und meinen Film „Lauffeuer“ nicht in die Volksrepubliken weiterfahren lassen.

Auch fürchtete ich, dass mich ukrainische Nationalisten und Faschisten in der Ukraine auf der Straße anfallen, wie es seit 2014 zahlreichen Oppositionellen in der Ukraine passiert ist. Mehrere ukrainische Oppositionelle wurden seit 2014 ermordet, 2015 der Russland-freundliche Schriftsteller Oles Busina und 2016 der westlich-orientierte, liberale Journalist Pawel Scheremet.

Der mit dem Berliner Dokumentarfilmer Marco Benson, der Video-Gruppe „Leftvision“ und mir gemeinsam produzierte Film „Lauffeuer“ hatte im Internet hohe Zugriffszahlen. Der Film wurde auf zahlreichen Diskussionsveranstaltungen zur Ukraine im deutschsprachigen Raum gezeigt. Die großen deutschen Medien

verschwiegen „Lauffeuer“ allerdings. Im deutschen Fernsehen wurde unser Film nicht gezeigt.

„Öffentlich-rechtliche“ gegen unabhängige Dokumentarfilmer

Doch das war noch eine geringe Strafe für eine wahrheitsgemäße Berichterstattung. Schlimmer erging es dem deutschen Dokumentarfilmer Mark Bartalmai, der zwei Jahre in Donezk gelebt, das Kriegsgeschehen per Video dokumentiert und zwei Dokumentarfilme gemacht hatte, „Ukrainian Agony — Der verschwiegene Krieg“ [19] und „Frontstadt Donezk — Die unerwünschte Republik“ [20].

Nach seinem ersten Dokumentarfilm über den Krieg in der Ostukraine wurde Bartalmai in den Fernsehsendungen Fakt (MDR) und Frontal (ZDF) zur besten Sendezeit „Propaganda für Russland“ vorgeworfen. Bartalmai, der bei den Dreharbeiten sein Leben riskiert hatte, wurde dem deutschen Fernsehpublikum abfällig als „selbst ernannter Kriegsreporter“ vorgestellt. Er habe den Beruf des Journalisten gar nicht erlernt, warfen ihm die Journalisten der öffentlich-rechtlichen Kanäle vor. Man fragt sich, warum diese Journalisten die Präsidenten der USA und der Post-Maidan-Ukraine — die zuvor Schauspieler, Oligarchen oder Komiker waren — noch nie wegen mangelnder fachlicher Reife kritisiert haben.

Ein Mittel, Kritik an der ukrainischen Regierung in Deutschland zu unterdrücken, war auch, dass man Journalisten und Aktivisten Kontakte mit Reichsbürgern oder russischen Nationalisten vorwarf.

Als Oleg Muzyka — Überlebender des Brandes im Gewerkschaftshaus von Odessa und anerkannter politischer Flüchtling in Deutschland — im Dezember 2015 ein Filmfestival mit Filmen zur Odessa-Tragödie und zum Krieg im Donbass veranstalten wollte, wurde das verhindert [21].

Berliner „Haus der Demokratie“ cancel Odessa-Filmfestival

Das Berliner Kino „Babylon“ und das Berliner „Haus der Demokratie“ zogen anfängliche Zusagen für das Filmfestival zurück. Die Leitung des „Hauses der Demokratie“ erklärte in einem Schreiben, das geplante Filmfestival widerspreche den Grundsätzen des Hauses. Festivalorganisator Oleg Muzyka habe Kontakte zu rechtspopulistischen und nationalistischen Gruppen wie den „Reichsbürgern“. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Der Grundansatz der von Ihnen geplanten Veranstaltung erscheint uns eher als eine Fortführung des Bürgerkrieges mit diskursiven Mitteln. Damit ist es Teil des Problems und kein Ansatz zur Lösung des Konfliktes im zivilgesellschaftlichen Sinne.“

Eigene Untersuchungen, Analysen und Filme zu den Ereignissen im Odessa und im Donbass hat der deutsche Mainstream seit 2014 nicht vorgelegt. Offenbar ist es ihm ganz recht, dass die Verbrechen der Staatsstreichregierung in Kiew größeren Teilen der deutschen Bevölkerung nie bekannt wurden.

Dieser Text ist ein Auszug aus dem Buch „Der längste Krieg in Europa seit 1945“ von Ulrich Heyden.

https://shop.tredition.com/booktitle/Der_l%3fngste_Krieg_in_Europa_seit_1945/W-990-737-169

Quellen:

- [1] Julian Röpcke, Twitter-Meldung, 3. Dezember 2021 <<https://twitter.com/JulianRoepckel/status/1466876865457569798>>
- [2] Wladimir Putin, 21. Dezember 2021, <<https://ria.ru/20211221/putin-1764715185.html>>
- [3] Interview DNR-Menschenrechtsbeauftragte Darja Morosowa, 26. Februar 2022, <<https://lenta.ru/articles/2022/02/26/morozovadnr/>>
- [4] Andrej Hunko, Reisebericht, 19. Februar 2015, <<https://www.andrej-hunko.de/7-beitrag/2497-auf-humanitaerer-mission-bericht-ueber-eine-skandaloeese-reise-in-die-ostukraine>>
- [5] „Linken-Abgeordnete auf Abenteuer tour im Kriegsgebiet“, Tagesspiegel, 20. Februar 2015, <<https://www.tagesspiegel.de/politik/wolfgang-gerhcke-und-andrej-hunko-in-der-ostukraine-linken-abgeordnete-auf-abenteuer-tour-im-kriegsgebiet/11400156.html>>
- [6] Ulrich Heyden, 11. Juni 2018, <<https://ulrich-heyden.de/article/meine-rede-im-bundestag-deutsche-medien-haben-angst-vor-der-wahrheit-der-ukraine>>
- [7] Peter Nowak, 13. Juni 2018, <<https://www.heise.de/tp/features/Fuer-Oppositionelle-gibt-es-in-der-Ukraine-keine-Menschenrechte-4077292.html?seite=all>>
- [8] Günter Herkel, 12. Juni 2018, <<https://mmm.verdi.de/internationales/ukraine-leerstellen-bei-berichterstattung-51493>>
- [9] Interview von Saadi Isakov und Wladimir Sergijenko, 14. Juni 2018, <<https://www.jungewelt.de/login/Failed.php?ref=artikel/334099.zerst%C3%B6rung-der-vielfalt-kann-zum-kollaps-f%C3%BChren.html>>
- [10] Fraktion Die Linke im Bundestag, Videos Teil 1 <https://www.youtube.com/watch?v=Fj_fm1Ky8-8&t=10s>; Teil 2 <<https://www.youtube.com/watch?v=EA6iYgu6t9s&t=1490s>>; Teil 3 <https://www.youtube.com/watch?v=B0t_qGaoR8&t=1822s>
- [11] Michail Tulski, Die Ergebnisse der Volkszählung in der Ukraine 2001, 19. Mai 2003, <<http://www.demoscope.ru/weekly/2003/0113/analit03.php>>
- [12] Andrej Hunko, 29. Oktober 2014, <<https://weltnetz.tv/video/593-opfer-des-odessa-massakers-klagen>>
- [13] Ein Kranz aus Berlin für Odessa, Süddeutsche Zeitung, 13. Mai 2014, <<https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-analyse-ein-kranz-aus-berlin-fuer-odessa-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140513-99-03934>>
- [14] Unterstützung der Ukraine, Bericht der Bundesregierung, 18. Februar 2022, <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/buerokratie-abbau/unterstuetzung-ukraine-2003926>>
- [15] Wie Deutschland die Ukraine unterstützt, nt, 14. Februar 2022.
- [16] Magazin Fakt, 1. April 2015, <<https://www.youtube.com/watch?v=kRcRYedhBHQ>>
- [17] Moritz Gathmann, „Ukraine — Das Thema ist tot“, Ostpol, 6. Juni 2014, <https://www.ostpol.de/beitrag/3996-ukraine_das_thema_ist_tot>
- [18] Ulrich Heyden/Marco Benson, Video-Dokumentation „Lauffeuer“, 13. März 2015, <<https://www.youtube.com/watch?v=LXRluVNGmds>>
- [19] Mark Bartalmai, Dok. Ukrainian Agony — Der verschwiegene Krieg, 17. Dezember 2015, <<https://www.youtube.com/watch?v=sy759dLJWYE>>
- [20] Mark Bartalmai, Dok. Frontstadt Donbass — Die unerwünschte Republik, 1. Oktober 2017, <<https://www.youtube.com/watch?v=w5-JPEcMHfg>>
- [21] Ulrich Heyden, Ostukrainische Frauen: „Womit haben wir das verdient?“ 21. Dezember 2015, Telepolis, <<https://www.heise.de/tp/features/Ostukrainische-Frauen-Womit-haben-wir-das-verdient-3377367.html>>

Ausgerichtet auf ein gemeinsames Ziel:

Die westliche Gesellschaft als Werkzeug der US-Infokriege

Das zentralisierte US-Imperium setzt Propaganda, Zensur und Algorithmen aus dem Silicon Valley zur Manipulation ein. [1] Das ist das dringlichste Problem unserer Zeit. Denn es verhindert dadurch, dass die Aufmerksamkeit auf alle anderen Probleme gelenkt wird. Und alles deutet darauf hin, dass es noch viel, viel schlimmer wird.



Autor: Caitlin Johnstone

Über sich selbst:
Schurkenjournalistin, Bogan-Sozialistin, Anarcho-Psychonautin, Guerilla-Dichterin, Utopia Prepper. Sie ist stolz, zu 100 % leserfinanziert zu werden – durch Patreon und Paypal. Arbeitet eng mit „Soulmate/Mitverschwörer“ Tim Foley zusammen. Wenn Sie Caitlin Johnstone unterstützen möchten, können Sie auf ihre Website gehen:



www.caitlinjohnstone.com

Ich möchte noch einmal betonen, dass die Zensur, die wir jetzt im Zusammenhang mit der Ukraine erleben [2], von einer ganz anderen Art ist als alles, was wir bisher gesehen haben. Dieses Mal wird gar nicht erst so getan, als ginge es darum, Leben zu retten oder die Demokratie zu schützen. Sondern es heißt einfach:

„Wir müssen kontrollieren, was die Menschen über diesen Krieg denken.“

Nachdem einmal akzeptiert war, dass Desinformation und Fehlinformation von oben eingedämmt werden müssen, nahmen Regierung und Tech-Unternehmen dies als Freibrief, in unserem Namen zu entscheiden, was wahr und was falsch ist. Wir wissen das, weil sie uns jetzt wegen des Krieges ganz offen mit Propaganda und Zensur überziehen.

Als Sie zugestimmt haben, dass Regierung und Tech-Unternehmen zusam-

menarbeiten dürfen, um die offiziellen Erzählungen über Covid als sakrosankt zu erklären und alles Abweichende zu zensurieren, wussten Sie nicht, dass sie ihnen damit auch die Befugnis erteilten, in Ihrem Namen zu entscheiden was wahr und was falsch ist.

Aber es hat sich jetzt herausgestellt, dass genau das passiert ist. Im Nachhinein scheint es ziemlich offensichtlich zu sein, oder? Man kann „Desinformation“ und „Fehlinformation“ nicht regulieren, ohne zuerst einmal zu bestimmen, was genau das ist. Und man kann nicht bestimmen, was das ist, ohne jemandem die Autorität dafür zu übertragen, eben diese Unterscheidungen zu treffen. Es gibt keine wohlwollenden, unparteiischen und allwissenden Instanzen, denen man dahingehend vertrauen könnte, sie wären in unserem Namen objektive Schiedsrichter der absoluten Realität. Es gibt nur fehlerhafte menschliche Wesen, die in ihrem eigenen Interesse

Dieser Text wurde zuerst am 02.05.2022 auf <https://caitlinjohnstone.com> unter der URL <https://caitlinjohnstone.com/2022/05/02/western-civilization-is-being-organized-around-winning-us-infowars/> veröffentlicht. Lizenz: Caitlin Johnstone, CC BY-NC-ND 4.0

 **Caitlin Johnstone** 
@caitoz

When Russia does it's lies and disinformation. When Ukraine does it's folklore.



bbc.co.uk
How Ukraine's 'Ghost of Kyiv' legend was born - BBC News
The "Ghost of Kyiv" story about a heroic pilot downing many Russian planes turns out to be a legend.

May 1st 2022

Screenshot Twitter: Wenn Russland es macht ist es Desinformation. Wenn es die Ukraine macht ist es Folklore.

 **Caitlin Johnstone** 
@caitoz

This is getting so unbelievable cringey. I have a feeling I'd be sick of this guy even if I fully bought into the empire's Ukraine narratives.



April 30th 2022

Screenshot Twitter: Das wird so unglaublich zum Kotzen. Ich habe das Gefühl, dass ich diesen Kerl auch dann satt hätte, wenn ich die Ukraine-Narrative des Imperiums voll und ganz glauben würde.

handeln. Und genau deshalb werden wir jetzt auch zensiert und mit Kriegspropaganda überzogen.

Buchstäblich im nächsten Moment - nachdem wir ihnen gerade die Befugnis erteilt hatten, in unserem Namen zu entscheiden, was in Bezug auf Covid wahr oder falsch ist - begannen dieselben Regierungs-, Medien- und Tech-Institutionen mit ihrer Propaganda und Zensur in Bezug auf einen Krieg, an dem wir nicht einmal offiziell beteiligt sind. Und das auf einem Propaganda- und Zensur-Niveau, das dem des Zweiten Weltkriegs entspricht. Es war, als ob sie nun alle sagen würden: „Oh gut, jetzt dürfen wir das endlich machen“. Der Konsens, es sei in Ordnung, eine schockierende Informationssperre über die Ukraine zu verhängen, war bereits am Tag des russischen Einmarsches gebildet und vorbereitet worden. Es wurde wie selbstverständlich als gegeben hingenommen, dass sie auch diese Befugnis hätten.

In den letzten zwei Jahren wurde man als „Impfgegner“ und Schlimmeres beschimpft, wenn man der Meinung war, dass mit der Regierung verbundene monopolistische Megakonzerne die Diskussion über Covid-Maßnahmen, die jeden betreffen, nicht einschränken sollten. Aber nun stellt sich heraus, dass genau diejenigen, die diese Warnungen [3] ausgesprochen haben [4], zu 100 Prozent Recht hatten.

Jetzt – da wir sehen, was aus uns wird – erkennen wir, dass es weitaus gefährlicher war, diesen mächtigen Institutionen die Befugnis darüber zu erteilen, in unserem Namen Fakten von Fiktion zu unterscheiden, als es Fehlinformationen über einen Virus jemals hätten sein können. Und nun stehen wir hier, und das Imperium richtet „Desinformations“-Gremien ein [5], während es gleichzeitig die Aggressionen gegenüber Russland von Tag zu Tag eskaliert und sich darauf vorbereitet, in nicht allzu ferner Zukunft dasselbe mit China zu tun. Unsere gesamte Zivilisation ist darauf ausgerichtet, die Propagandakriege der USA zu gewinnen.

Zensur ist schlecht. Denn nur durch die freie Meinungsäußerung kann sich eine Gesellschaft an der Wahrheit orientieren, Kurskorrekturen vornehmen,



Screenshot Twitter: Wenn Russland es macht ist es Desinformation. Wenn es die Ukraine macht ist es Folklore.

wenn sie in die Irre geht, und Macht zur Verantwortung ziehen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Zensur von der Regierung oder von Tech-Oligarchen ausgeübt wird. Nur Schwachköpfe tun so, als sei dies eine seltsame Sache des rechten Flügels [6].

Man sagt: „Redefreiheit bedeutet nicht Reichweitenfreiheit!“

Und die Antwort darauf lautet immer: Doch, du Idiot! Wenn Menschen, die die Macht des Status quo unterstützen, Zugang zu den größten Plattformen zur Verstärkung ihrer Rede haben, während Kritiker hierzu keinen Zugang bekommen, wird der eigentliche Zweck des Schutzes der Redefreiheit zunichte gemacht. Der Schutz der freien Meinungsäußerung ist genau deshalb verankert [7], weil die uneingeschränkte Meinungsäußerung eine Kontrolle der Macht darstellt [8]. Wenn Kritiker der Machtstrukturen des Status quo von den großen Plattformen ausgeschlossen werden, auf denen sich die Menschen Gehör verschaffen, ist diese Funktion zunichte gemacht worden.

Man kann nicht von Meinungsfreiheit in einer Gesellschaft sprechen, in der Kritiker der herrschenden Orthodoxie des Status quo nicht die Freiheit haben, sich genau dort zu äußern, wo sie auch gehört werden. Aus genau demselben Grund kann man auch sagen, dass die Menschen in Saudi-Arabien keine Meinungsfreiheit haben. Denn die haben sie nur, solange niemand ihre Kritik an der Regierung hört.

Da die Meinungsfreiheit dazu dient, die Macht des Status quo zu kontrollieren, müssen gerade diejenigen Stimmen, die diesen Status quo kritisieren, besonders geschützt werden. Einige dieser Stimmen werden unangenehm sein. Aber die Alternative ist es, einem Wahrheitsministerium die Entscheidung zu erlauben, welcher Dissens gerade zulässig ist - eine Autorität, die mit Sicherheit missbraucht werden wird.

Die Rede ist nicht frei, wenn sie nicht in allen Bereichen frei ist, in denen sich Menschen versammeln, um zu sprechen. Wenn nur die Befürworter des Status quo freien Zugang zu allen Plattformen haben, dann gibt es keine freie Meinungsäußerung mehr - und die Macht hat viel mehr Möglichkeiten, unkontrolliert von der Öffentlichkeit das zu tun, was sie will. Zu sagen, alles sei in Ordnung, denn es steht den Leuten ja immer noch frei, zu Gab oder Truth Social zu gehen, um ihre Kritik an den etablierten ukrainischen Narrativen oder was auch immer zu äußern, ist genau dasselbe, wie zu sagen, alles sei in Ordnung, weil die Leute ihre Kritik an der Regierung ja immer noch in ein Loch im Boden sprechen können. Freie Meinungsäußerung findet nicht statt!

Die Zustimmung dazu erteilten wir in dem Moment, als wir diesen Mächten erlaubten, sich die vollständige Deutungshoheit darüber anzumaßen, was eine „Fehlinformation“ ist. Es ist jedoch nie zu spät, diese Zustimmung zu widerrufen. Es bedeutet nur, dass es ein harter Kampf sein wird, unsere Stimmen wieder den Händen unserer Machthaber zu entreißen.

Quellen:

- [1] Censorship By Algorithm Does Far More Damage Than Conventional Censorship <<https://caitlinjohnstone.substack.com/pl/censorship-by-algorithm-does-far>>
- [2] AN INTELLECTUAL NO-FLY ZONE: ONLINE CENSORSHIP OF UKRAINE DISSENT IS BECOMING THE NEW NORM <<https://www.mintpressnews.com/online-censorship-ukraine-russa-google-facebook-twitter/280304/>>
- [3] Why You Should Oppose The Censorship Of David Icke (Hint: It's Got Nothing To Do With Icke) <<https://caityjohnstone.medium.com/why-you-should-oppose-the-censorship-of-david-icke-hint-its-got-nothing-to-do-with-icke-4cb72d19481c>>
- [4] Silicon Valley Should Not Restrict Public Discourse About Covid Measures Which Affect Everyone <<https://caitlinjohnstone.substack.com/pl/silicon-valley-should-not-restrict?s=w>>
- [5] Oh God It's Going To Get SO Much Worse <<https://caitlinjohnstone.substack.com/pl/oh-god-its-going-to-get-so-much-worse?s=w>>
- [6] Elon Musk and the Tech Bro Obsession With 'Free Speech' <<https://time.com/6171183/elon-musk-free-speech-tech-bro/>>
- [7] <<https://caitlinjohnstone.substack.com/pl/lets-back-up-a-sec-and-ask-why-free?s=w>>
- [8] Let's Back Up A Sec And Ask Why Free Speech Actually Matters <<https://caitlinjohnstone.substack.com/pl/lets-back-up-a-sec-and-ask-why-free?s=w>>

Der einsame Tod des Mannes, der die Welt gerettet hat

Vor fünf Jahren starb, von der Öffentlichkeit unbeachtet, der russische Oberstleutnant Stanislaw Petrow. Im Herbst 1983 stand die Welt infolge eines Raketenalarms im sowjetischen Raketenabwehrzentrum unmittelbar vor einem Atomkrieg. Der diensthabende Offizier Stanislaw Petrow behielt die Nerven. Am 19.05.2017 starb er einsam in seiner Plattenbauwohnung bei Moskau.

Autor: Dr. Leo Ensel

Dr. Leo Ensel („Look at the other side!“) ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Postsowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Veröffentlichungen zu den Themen „Angst und atomare Aufrüstung“, zur Sozialpsychologie der Wiedervereinigung sowie Studien über die Deutschlandbilder im postsowjetischen Raum. Im Neuen West-Ost-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative, der Deeskalation und der Rekonstruktion des Vertrauens. – Der Autor legt Wert auf seine Unabhängigkeit. Er fühlt sich ausschließlich den genannten Themen und keinem nationalen Narrativ verpflichtet.



Dieser Text wurde zuerst am 14.05.2018 auf www.rt.de unter der URL <https://bundesregierunghatimmerrecht.de/tech/opinion/leo-ensel/69721-der-einsame-tod-des-mannes-der-die-welt-gerettet-hatte-vor-einem-jahr-starb-stanislaw-petrow/> veröffentlicht. Lizenz: Leo Ensel, RT Deutsch, CC BY-NC-ND 4.0

Fast zehn Jahre hatte es gedauert, bis die Nachricht von seiner Millionen Menschenleben rettenden Nicht-Tat allmählich in die Welt sickerte. Und dann dauerte es nochmals Jahre, bis er langsam wenigstens einen Bruchteil der Anerkennung erhielt, die er verdient: Der ehemalige Oberstleutnant der Sowjetarmee Stanislaw Petrow hatte im Herbst 1983 durch eine einsame mutige Entscheidung sehr wahrscheinlich einen Dritten Weltkrieg verhindert und damit das Leben von Millionen, gar Milliarden Menschen gerettet.

Die Nacht vom 25. zum 26. September 1983

Zur Erinnerung: In der Nacht vom 25. auf den 26. September, mitten im kältesten Kalten Krieg, schrillte um 0:15 Ortszeit im sowjetischen Raketenabwehrzentrum bei Moskau die Sirene. Das Früh-Warn-System meldete den Start einer amerikanischen Interkontinentalrakete. Dem diensthabenden Offizier Petrow blieben nur wenige Minuten zur Einschätzung der Lage. Im Sinne der damals geltenden Abschreckungslogik „Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter!“ hatte die Sowjetführung weniger als eine halbe Stunde Zeit, den alles vernichtenden Gegenschlag auszulösen. Petrow analysierte die Situation und meldete nach zwei Minuten der Militärführung Fehlalarm infolge eines Computerfehlers.

Während er noch telefonierte, zeigte das System einen zweiten Raketenstart an, kurz darauf folgten ein dritter, vierter, fünfter Alarm. Stanislaw Petrow behielt trotz allem die Nerven und blieb bei seiner Entscheidung. Nach weiteren 18 Minuten extremster Anspannung passierte – nichts! Der diensthabende Offizier hatte recht behalten. Es hatte sich in der Tat um einen Fehlalarm gehandelt; wie



Leo Ensel besuchte Stanislaw Petrow in seiner Wohnung in Frjasino am 03.07.2016 (Foto: Query-54, Wikimedia.org, CC BY-SA 4.0)

sich ein halbes Jahr später herausstellte, infolge einer äußerst seltenen Konstellation von Sonne und Satellitensystem, noch dazu über einer US-Militärbasis. Das sowjetische Abwehrsystem hatte diese Konfiguration als Raketenstart fehlinterpretiert.

Was geschehen wäre, wenn Petrow zu einer anderen Einschätzung gelangt und dem als äußerst argwöhnisch geltenden Parteichef Andropow den Anflug mehrerer amerikanischer Interkontinentalraketen gemeldet hätte – und dies im Vorfeld der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa und drei Wochen nach dem Abschuss einer südkoreanischen Passagiermaschine über der russischen Insel Sachalin –, das kann sich jeder ausrechnen, der bereit ist, die notwendige Phantasie und den Mut aufzubringen, Eins und Eins zusammenzuzählen. Nie hat die Welt vermutlich so unmittelbar vor einem alles vernichtenden atomaren Weltkrieg gestanden. Wer war dieser Mann, dem wir die Rettung unserer Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft verdanken?

Ein sowjetisches Leben in kurzen Strichen skizziert: 1939 bei Wladiwostok geboren, der Vater Jagdflieger, die Familie eines Soldaten muss oft umziehen. Später wird er selbst Berufssoldat. Für seine weltrettende Entscheidung wurde er zuerst gerüffelt, dann weder befördert noch bestraft. Den frühen Tod seiner geliebten Frau Raissa scheint er nie verwunden zu haben. Die Journalistin Ingeborg Jacobs hat vor drei Jahren über ihn, die Zeit des Kalten Krieges und die berühmte Nacht im Herbst 1983 ein kluges einfühlsames Buch verfasst [1].

Ein verhindertes Friedensnobelpreisträger im Plattenbau

Als ich im Jahre 2010 zum ersten Mal von Stanislaw Petrow und den Ereignissen des 26. September 1983 erfuhr, musste ich mich erst einmal setzen. Nachdem ich endlich wieder zu mir gekommen war, mir bewusst gemacht hatte, was da eigentlich geschehen war und was ich zusammen mit der ganzen Welt diesem Mann verdanke, schossen mir folgende Fragen durch den Kopf:

Warum erhält dieser Mann nicht den Friedensnobelpreis? Warum steht diese Geschichte nicht in den Lesebüchern aller Kinder dieser Welt? Als warnendes Beispiel dafür, wie weit es die Menschheit mit ihrem Wettrüsten bereits gebracht hatte. Und als ermutigendes Beispiel für menschlichen Mut und Zivilcourage.

Und: Wie lebt dieser Stanislaw Petrow als russischer Rentner in seiner vermutlich 60 Quadratmeter großen Wohnung im Plattenbau? Hat er mehr als 200 Euro im Monat? Und: Wie geht es ihm? Ist er gesund? Glückselig?

Ich wusste nichts über ihn und hatte doch, ohne es erklären zu können, ein Gefühl: Dieser Mann ist nicht glücklich! Im Mai 2013 nahm ich Kontakt mit ihm auf. Ich schickte Stanislaw Petrow einen Dankesbrief zusammen mit einer schönen Armbanduhr, auf deren Rückseite eine Dankeswidmung eingraviert war, und Geld. Wenig später erhielt ich von ihm eine sehr freundliche Mail.

Es dauerte noch drei Jahre, bis ich ihn im Sommer 2016 in Frjasino bei Moskau besuchte. Als das Taxi vor dem großen

Wohnblock in der Uliza 60 let SSSR hielt, stand er schon, in der Hand eine Stofftasche, vor dem Eingang. Er kam gerade vom Kiosk, wo er noch Mineralwasser für uns beide eingekauft hatte. Ich sah einen schwächlichen älteren Mann mit fahler Gesichtsfarbe, schon etwas klapprig auf den Beinen, der erkennbar schlecht sah. Wie er mir später erzählte, war eine Star-Operation nicht erfolgreich verlaufen.

Vor diesem Treffen hatte ich Angst gehabt. Ich wusste, dass seine zunehmende Bekanntheit ihm durchaus nicht immer zum Vorteil gereicht hatte. Die wenigsten seiner Besucher waren uneigennützig gewesen, von einem dänischen Regisseur waren er und seine Geschichte wie eine Goldmine zynisch ausgebeutet worden. Er war zu recht misstrauisch.

Wir setzten uns in seine Küche und es wunderte mich nicht: Viele russische Männer, vor allem die älteren, tun sich schwer mit der Führung eines eigenen Haushalts – und das konnte man deutlich sehen. Ich fuhr alle meine Antennen so weit wie möglich aus, ignorierte die verwahrloste Küche und schaute ihm nur in seine schönen wässrig-hellblauen Augen. Eine Stunde nahm er sich Zeit, und ich erlebte auf dem abgewetzten speckigen Küchenmobiliar aus Kunstleder einen freundlichen, klugen, sensiblen und gebildeten Mann mit einer kräftigen dunklen Stimme.

Als ich ihn aus sentimental Gründen bat, mir ein Autogramm in mein Buch [2] über Angst und atomare Aufrüstung zu schreiben, das ich 1982 im Vorfeld der NATO-Nachrüstung verfasst hatte, meinte er schmunzelnd: „Normalerweise sind es doch die Autoren, die Autogramme geben!“ Und er malte, aufgrund seiner schlechten Augen, vorsichtig jeden Buchstaben.

Als ich später mir alles genauer anschaute, staunte ich nicht schlecht: Als Datum hatte er mir den 3. Juli 1916 notiert. Der Retter der Welt hatte sich um ganze hundert Jahre geirrt! Der Kontrast war hinreißend: Hier irrte er sich um hundert Jahre – aber in der Nacht, als es Spitz auf Knauf stand, in der es um Sein oder Nichtsein für den gesamten Planeten ging, da hatte er schlafwandlerisch alles richtig gemacht! Der Abschied war freundschaftlich und herzlich.

Späte Anerkennung

In den letzten zehn Jahren seines Lebens kam es dann doch noch zu einer gewissen späten Anerkennung. Er erhielt Einladungen nach New York, Westeuropa und besonders oft nach Deutschland. Und einige Preise waren nicht nur mit Ehre verbunden, sondern zum Glück auch mit – Geld! Und doch blieb er, so scheint es mir, zugleich der einsame Mann in der verstaubten unbenutzten Küche seiner Plattenbauwohnung, endlose 50 Kilometer vom Moskauer Stadtzentrum, vom Kreml entfernt.

Anlässlich einer Preisverleihung 2012 in Baden-Baden kam es am Ende eines Interviews, das die WELT [3] mit ihm führte, zu folgendem bemerkenswerten Dialog:

„Die Welt: Herr Petrow, sind Sie ein Held?
Stanislaw Petrow: Nein, ich bin kein Held. Ich habe einfach nur meinen Job richtig gemacht.

Die Welt: Aber Sie haben die Welt vor einem Dritten Weltkrieg bewahrt.

Stanislaw Petrow: Das war nichts Besonderes.“

Man halte für einen Moment lang inne und mache sich klar, was dieser nüchterne Satz Petrows bedeutet: Er ist nichts weniger als das Understatement der Weltgeschichte!

Am 19. Mai 2017 starb Stanislaw Petrow im Alter von 77 Jahren in Frjasino. Wie mir sein Sohn Dmitri Anfang September 2017 mitteilte, wurde er im engsten Familienkreis beigesetzt.

Quellen:

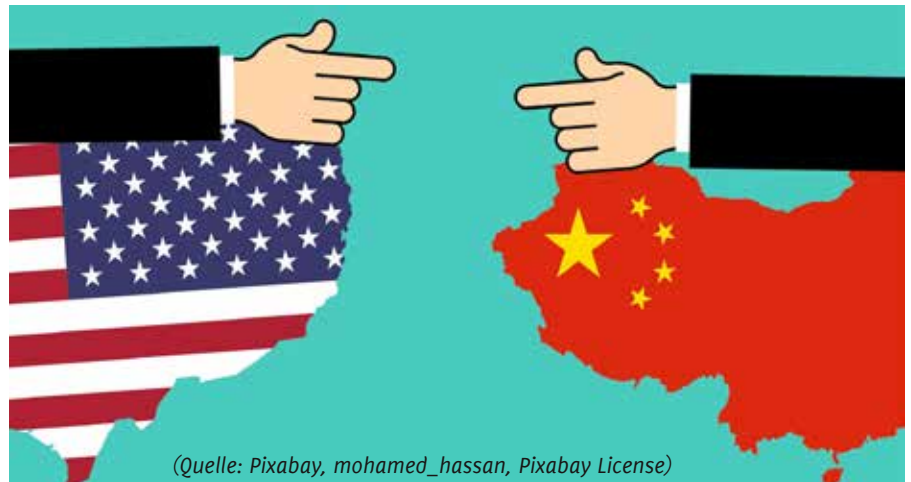
[1] Westend Verlag, Ingeborg Jacobs „Stanislaw Petrow: Der Mann der den Atomkrieg verhinderte“, am 25.09.2015, <<https://www.westendverlag.de/buch/stanislaw-petrow-der-mann-der-den-atomkrieg-verhinderte/>>

[2] Amazon, Franz-Josef Ensel „Richtige Angst und falsche Furcht“, <<https://www.amazon.de/Richtige-Angst-falsche-Furcht-Franz-Josef-dp/3596233445>>

[3] Welt, Heike Vowinkel „Um 0.15 Uhr schrillte die Sirene los“, am 27.02.2012, <https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13890067/Um-0-15-Uhr-schrillte-die-Sirene-los.html>

Das ultimative Ziel der USA ist nicht Russland – es ist China

Das Pentagon hat seine jüngste Nationale Verteidigungsstrategie (NDS) [1] vorgelegt. Ein Bericht, der alle vier Jahre erstellt wird, um der Öffentlichkeit und der Regierung einen umfassenden Überblick über die Planung, die Aufstellung, die Entwicklungen und die Schwerpunktbereiche der US-Kriegsmaschinerie zu geben.



Autor: Caitlin Johnstone

Über sich selbst:

Schurkenjournalistin, Bogan-Sozialistin, Anarcho-Psychonautin, Guerilla-Dichterin, Utopia Prepper. Sie ist stolz, zu 100 % leserfinanziert zu werden – durch Patreon und Paypal. Arbeitet eng mit „Soulmate/Mitverschwörer“ Tim Foley zusammen. Wenn Sie Caitlin Johnstone unterstützen möchten, können Sie auf ihre Website gehen:



www.caitlinjohnstone.com

Angesichts der waghalsigen Politik zwischen Moskau und der US-Macht-Allianz in diesem Jahr könnte man annehmen, dass Russland als Feind Nummer Eins in der NDS 2022 auftaucht, doch das wäre falsch gedacht. Das US-„Verteidigungs-“Ministerium reserviert diesen Platz für dieselbe Nation, die ihn schon seit vielen Jahren innehat: China.

Dave DeCamp von Antiwar schreibt Folgendes dazu [2]: „Die vollständige NDS ist noch geheim, aber das Pentagon veröffentlichte ein Informationsblatt [3] zu dem Dokument, in dem es heißt, dass es ‚dringend handeln wird, um die Abschreckung aufrechtzuerhalten und zu stärken, wobei die Volksrepublik China (VRC) unser wichtigster strategischer Konkurrent und die größte Herausforderung für das Ministerium ist‘. Das Informationsblatt skizziert vier Prioritäten des Pentagon:

1. Verteidigung des Heimatlandes gemäß der wachsenden vielfältigen Bedrohungen durch die VR China
2. Verhinderung strategischer Anschläge gegen die Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten und Partner
3. Verhinderung von Angriffen bei gleich-

zeitiger Vorbereitung, sich notfalls in Konflikten durchzusetzen, dies mit Priorität auf der VR China im indopazifischen Raum, gefolgt vom Russland-Problem in Europa.

4. Aufbau widerstandsfähiger gemeinsamer Streitkräfte und eines Verteidigungsnetzwerks.

„Das Pentagon sagt, dass China zwar im Mittelpunkt stünde, Russland aber wegen seines Einmarsches in der Ukraine eine ‚akute Bedrohung‘ darstelle“,

schreibt DeCamp und zeigt damit auf, dass das Imperium Moskau als Feind zweiten Ranges betrachtet.

Im Vorfeld eines Treffens mit Chinas Außenminister Wang Yi hat der russische Außenminister Sergej Lawrow einige Kommentare gemacht, die das eigentliche Problem des US-zentrierten Imperiums mit Moskau deutlich machen [4]..„Wir werden gemeinsam mit Ihnen und unseren Sympathisanten auf eine multipolare, gerechte und demokratische Weltordnung hinarbeiten“, sagte Lawrow der chinesischen Regierung am Mittwoch.

Und genau das, meine Damen und Herren, ist der wahre Grund, warum wir in den letzten fünf bis sechs Jahren so viel hysterisches Geschrei über Russland gehört haben. Es ging nie um russische Hacker. Auch nicht um ein Papi-Video aus dem Kreml. Auch nicht um den Trump Tower. Auch nicht um GRU-Kopfgelder in Afghanistan [GRU: Russischer Militär-Geheimdienst]. Auch nicht um Manafort, Flynn, Bannon, Papadopoulos oder irgendeinen anderen Nachnamen der Woche aus dem Umfeld von „Russiagate“. Es geht nicht einmal wirklich um die Ukraine. Das sind alles Vehikel zur Formung des Narrativs, die vom US-Geheimdienstkartell manipuliert wurden. Sie sollen Unterstützung für einen finalen Showdown gegen Russland und China erzeugen, um das Entstehen einer multipolaren Welt zu verhindern [5].

Die US-Regierung verfolgt seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Politik, den Aufstieg von Mächten zu verhindern, die ihre imperialen Pläne für die Welt in Frage stellen könnten [6]. Während des (ersten) Kalten Krieges bestand die von Imperiumsmanagern wie Henry Kissinger vorangetriebene Strategie darin, China zu umwerben aus der Notwendigkeit heraus, es von der UdSSR weg zu bringen [7]. Zu diesem Zeitpunkt sahen wir, wie Geschäftsbeziehungen zwischen China und den USA zu immensen Profiten für bestimmte Personen in beiden Nationen und zum Zufluss von Reichtum führten, der China nun dazu führt, die USA als wirtschaftliche Supermacht zu überholen [8].

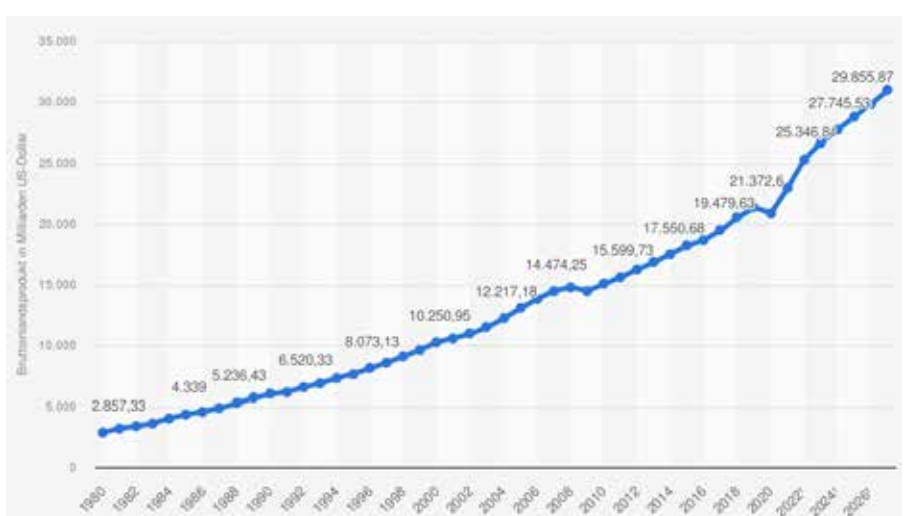
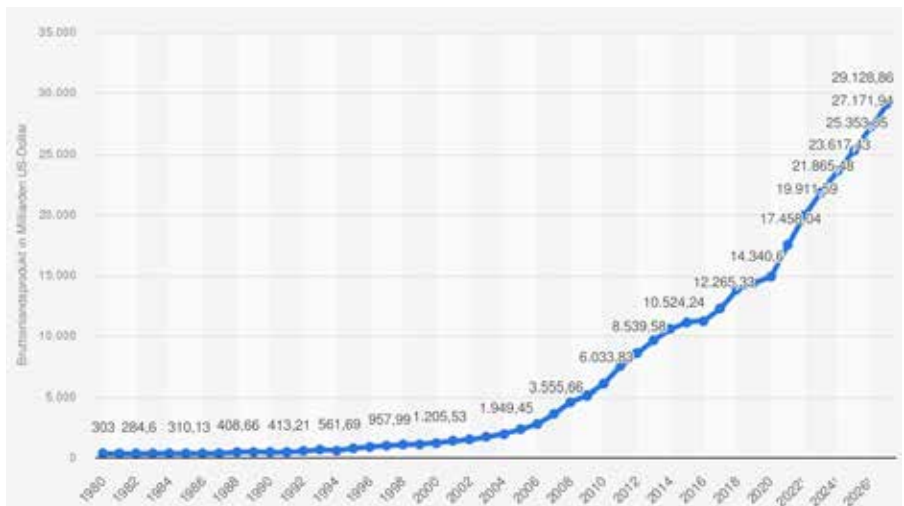
Mit dem Ende der UdSSR entfiel auch die Notwendigkeit, mit China freundlich verbunden zu bleiben, und in den darauf folgenden Jahrzehnten kam es zu einer Kehrtwende hin zu einer sehr viel feindlicheren Beziehung zu Peking [9].

Die Geschichte könnte es eines Tages als größten strategischen Fehler des US-Imperiums ansehen, dass die Manager des Imperiums die Übernahme des postsowjetischen Russland als imperialen Lakaienstaat voraussagten, der als Waffe gegen den neuen Feind Nummer Eins in China eingesetzt werden könnte. Stattdessen geschah genau das Gegenteil.

Die frühere Außenministerin Hillary Clinton sagte letztes Jahr auf dem Bloomberg New Economy Forum, sie habe „jah-



Das „Pentagon“, Sitz des US Verteidigungsministeriums. (Quelle Wikimedia Commons, mario059, CC BY-SA 2.0)



Vergleich Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2021 und Prognosen bis 2027 (in Milliarden US-Dollar: China (oben), USA (unten)). China wird in absehbarer Zeit die USA überholen. (Quelle: IMF, © Statista, 2022)

relang gehört, dass Russland aufgrund der Probleme an seiner Grenze und des Aufstiegs Chinas eher bereit sein würde, sich dem Westen anzunähern und sich auf positive Weise mit Europa, dem Vereinigten Königreich und den USA zu verbinden“ [10]. Aber das geschah nicht.

„Das haben wir nicht gesehen“, sagte Clinton. „Was wir stattdessen gesehen haben, ist eine gezielte Bemühung von Putin, China vielleicht noch fester zu umarmen.“ Die Erwartung des Imperiums, dass Moskau von sich aus zum imperialen Thron kriechen würde, bedeutete, dass keine wirklichen Anstrengungen unternommen wurden, um Wohlwollen zu erzeugen und die Freundschaft des Landes zu gewinnen. Die NATO dehnte sich einfach immer weiter aus [11], und das Imperium wurde in seinen globalen Eroberungsspielen immer aggressiver [12] und kriegerischer [13]. Dieser Irrtum hat zu dem ultimativen Alptraum der Strategen geführt, gegen zwei verschiedene Mächte gleichzeitig um die globale Vorherrschaft kämpfen zu müssen. Da die Architekten des Imperiums fälschlicherweise vorhersagten, dass Moskau Peking am Ende mehr fürchten würde als Washington, wurde die Verbindung aus Chinas Wirtschaftsmacht und Russlands Militärmacht, auf die Experten schon seit Jahren hinweisen [14], nur noch größer [15] und enger [16].

Und jetzt haben wir es mit russischen und chinesischen Amtsträgern zu tun, die offen über ihre Pläne zur Schaffung einer multipolaren Welt sprechen, während chinesische Kommentatoren Witze über die durchsichtigen Manöver des US-Imperiums machen, um Peking wegen der Invasion in der Ukraine gegen Moskau aufzubringen: Auf dem großen Schachbrett des Imperiums ist Russland die

Dame, aber China ist der König. So wie es beim Schach hilft, die stärkste Figur des Gegners auszuschalten, um leichter zum Schachmatt zu kommen, wäre das US-Imperium gut beraten, zu versuchen, Chinas nuklearen Supermacht-Freund zu stürzen. Und, wie Joe Lauria (Chefredakteur von Consortium News) es kürzlich ausdrückte, „letztendlich eine Jelzin-ähnliche Marionette in Moskau wiederherzustellen“ [17].

Was wir nun in den großen internationalen Nachrichten beobachten können, ist der Aufstieg einer multipolaren Welt, die – Kopf voran – mit einem Imperium kollidiert, das überzeugt davon ist, die unipolare Vorherrschaft müsse um jeden Preis erhalten bleiben – selbst wenn dies bedeutet, einen sehr kurzen nuklearen Dritten Weltkrieg herauszufordern.

Es ist der letzte verzweifelte Versuch des US-Hegemons, die Kontrolle zu sichern, bevor er jede Chance dazu für immer verliert. Viele anti-imperialistische Kommentatoren, die ich regelmäßig lese, scheinen recht überzeugt zu sein, dass der Versuch scheitern wird. Ich persönlich hingegen denke, dass solche Prognosen ein wenig voreilig sein könnten. So, wie sich die Schachfiguren bewegen, sieht es auf jeden Fall so aus, als gäbe es einen Plan. Ich glaube nicht, sie würden diesen Plan durchziehen, gäbe es keine Aussicht auf Erfolg.

Eines scheint klar zu sein: Die einzige Möglichkeit des Imperiums, den Aufstieg Chinas zu stoppen, besteht in Manövern, die für die ganze Welt äußerst störend und auch existenzbedrohend sein werden. Wenn Sie glauben, die Dinge seien jetzt schon verrückt, dann warten Sie nur, bis sich das imperiale Fadenkreuz auf Peking richtet.

Quellen:

- [1] Wikipedia, „National Defense Strategy“, <[https://en.wikipedia.org/wiki/National_Defense_Strategy_\(United_States\)](https://en.wikipedia.org/wiki/National_Defense_Strategy_(United_States))>
- [2] Anti War, Dave DeCamp, „China Identified as Top Threat in New National Defense Strategy“, am 29.3.2022, <<https://news.antiwar.com/2022/03/29/china-identified-as-top-threat-in-new-national-defense-strategy/>>
- [3] U.S. Department of Defense, „Fact Sheet: 2022 National Defense Strategy“, <<https://media.defense.gov/2022/Mar/28/2002964702/-1/-1/1/NDS-FACT-SHEET.PDF>>
- [4] France 24, AFP, „Russian FM hails China as part of emerging just world order“, am 30.3.2022, <<https://www.france24.com/en/live-news/20220330-russian-fm-hails-china-as-part-of-emerging-just-world-order>>
- [5] Consortium News, Caitlin Johnstone, „Re-visiting Russiagate in Light of Ukraine War“, am 28.3.2022, <<https://consortiumnews.com/2022/03/28/caitlin-johnstone-re-visiting-russiagate-in-light-of-the-ukraine-war/>>
- [6] New York Times, Patrick E. Tyler, „U.S. Strategy Plan Calls For Insuring No Rivals Develop“, am 8.3.1992, <<https://archive.ph/wlBz5>>
- [7] War on the Rocks, Sergey Radchenko, „Driving a Wedge Between China and Russia Won't Work“, am 24.8.2021, <<https://warontherocks.com/2021/08/driving-a-wedge-between-china-and-russia-wont-work/>>
- [8] Nikkei Asia, Iori Kawate, „China's overtaking of U.S. economy delayed to 2033, report says“, am 15.12.2021, <<https://asia.nikkei.com/Economy/China-s-overtaking-of-U.S.-economy-delayed-to-2033-report-says>>
- [9] John Pilger, Video „The Coming War on China“, <<http://johnpilger.com/videos/the-coming-war-on-china>>
- [10] Youtube Bloomberg New Economy, „Great Power Competition: The Emerging World Order“, <<https://youtu.be/OuNhMuEGk0M?t=1625>>
- [11] AP Archive, Video: „USA: President Clinton Signs NATO Expansion Legislation“, am 21.5.1998, <<http://www.aparchive.com/metadatal/youtube/79a3ac4b8be61c53cc1d03175a2fb32c>>
- [12] World Socialist Web Site, Patrick Martin, „How the Democratic Party prepared the war in Ukraine“, am 28.3.2022, <<https://www.wsws.org/en/articles/2022/03/28/dphs-m28.html>>
- [13] Byline Times, Nafeez Ahmed, „Up to Six Million People“, am 15.9.2021, <<https://bylinetimes.com/2021/09/15/up-to-six-million-people-the-unrecorded-fatalities-of-the-war-on-terror/>>
- [14] Consortium News, Gilbert Doctorow, „Russia-China Tandem Changes the World“, am 23.10.2017, <<https://consortiumnews.com/2017/10/23/russia-china-tandem-changes-the-world/>>
- [15] Indian Punchline, M.K. Bhadrakumar, „Russia, China poised to forge alliance“, am 1.12.2021, <<https://www.indianpunchline.com/russia-china-poised-to-forge-alliance/>>
- [16] Multipolarista, Benjamin Norton, „China reaffirms rock solid friendship with Russia, deepens economic integration amid Western sanctions“, am 9.3.2022, <<https://multipolarista.com/2022/03/09/china-russia-ukraine-economic-integration-sanctions/>>
- [17] Consortium News, Joe Lauria, „Biden Confirms Why the US Needed This War“, am 27.3.2022, <<https://consortiumnews.com/2022/03/27/can-russia-escape-the-us-trap/>>



Liu Xin刘欣

@LiuXininBeijing

China state-affiliated media

Can you help me fight your friend so that I can concentrate on fighting you later?

5:47 vorm. · 19. März 2022 · Twitter for Android

Dieser Text wurde zuerst am 03.04.2022 auf [www.roarmag.org](https://roarmag.org) unter der URL <https://roarmag.org/essays/poland-belarus-refugees-boarder/> veröffentlicht. Lizenz: Grupa Granica/ROAR Magazine, CC BY-NC-ND 4.0



Solidarität bilden gegen Polens heuchlerische Flüchtlingspolitik

Die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge in Polen hat das Bild eines Landes gezeichnet, das Flüchtlinge willkommen heißt. Doch die Krise an der Grenze zu Weißrussland erzählt eine ganz andere Geschichte.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat mehr als 10 Millionen Menschen dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen. Die meisten von ihnen haben innerhalb des Landes Zuflucht gesucht. Aber bis Anfang April sind etwa 4,2 Millionen Menschen ins Ausland geflohen, von denen sich derzeit etwa 2,4 Millionen in Polen befinden. Für diejenigen, die dort aufgenommen wurden, sehen wir als Reaktion auf diese brutale Krisensituation die Fähigkeit zur Unterstützung. An sich ist dies ein Beispiel dafür, wie Gesellschaften die Täuschung des Mangels teilweise überwinden und die Grundbedürfnisse der Menschen erfüllen können.

Gleichzeitig untergräbt die Leichtigkeit, mit der jetzt innerhalb weniger Wochen Hilfe und Unterkunft für Millionen von Menschen organisiert wird, die Grundannahme der angeblichen „Flüchtlingskrise“ in Europa, bei der es nie um einen Mangel an Platz oder Ressourcen ging. Eine Person brachte es bei Twitter auf den Punkt: „Europa hatte nie eine Migrantenkrisen. Es hat eine Rassismus-Krise.“ [1] Diese Wahrheit wird nicht nur durch die

Art und Weise bestätigt, wie nicht-weiße Flüchtlinge, die die Ukraine verlassen, an den Grenzen behandelt werden, sondern auch durch die humanitäre Krise, die sich seit dem Sommer 2021 an der polnischen Grenze zu Weißrussland abspielt. Hier werden die Flüchtlinge nicht mit heißem Tee und kostenlosem Transport empfangen, sondern mit Tränengassalven, Stacheldraht und Pushbacks.

Seit letztem Sommer haben Tausende von Menschen versucht, von Weißrussland aus nach Polen zu gelangen. Dabei wurden sie von den weißrussischen Behörden gedrängt und von den polnischen Grenzbeamten gewaltsam zurückgeschlagen. Wochen- und monatelang saßen sie zwischen den beiden Grenzen fest und waren inmitten der beiden Staaten verzweifelt immobilisiert. Obwohl diese Krise zwischenzeitlich in den Hauptnachrichten auftauchte, wurde sie größtenteils – getreu der Geschichte der Festung Europa an allen Fronten – weitgehend ignoriert.

Mehrere Solidaritätsgruppen, die sich an der Seite der lokalen Bevölkerung in der Grenzregion organisieren, bieten den

Autor: Grupa Granica

Grupa Granica ist ein Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) für humanitäre Hilfe und autonomen Gruppen, die seit August 2021 die an der polnisch-weißrussischen Grenze eingeschlossenen Menschen unterstützen und die Situation dort dokumentieren.

Menschen, die in dem bergigen Gelände unterwegs sind, Unterstützung an. Zu ihnen gehört die Grupa Granica [2] – eine Koalition, die als Teil der Graswurzel-Bewegung auf die Krise an der Grenze zu Belarus gegründet wurde. Wir sprachen mit ihnen, um mehr über die Situation an der Grenze zu erfahren: Einem weiteren Brennpunkt des rassistischen, gewalttätigen und kriminellen europäischen Grenzregimes.

Seit diesem Interview wurden mehrere Mitglieder der Grupa Granica-Koalition von den polnischen Behörden unter dem erfundenen Vorwurf des illegalen Schmuggels von Menschen über die Grenze festgenommen [3]. Dies zeigt, wie weit der polnische Staat bereit ist zu gehen, um die lebensrettende Solidaritätsarbeit der Aktivisten in der Grenzregion zu kriminalisieren und zu behindern.

Als Reaktion auf diesen eindeutigen Akt der Einschüchterung hat Grupa Granica erklärt: „Die Erhebung von Strafanzeigen gegen vier Aktivisten, die selbstlos Flüchtlingen an der polnisch-weißrussischen Grenze helfen, sollte als Beispiel für unrechtmäßige Schikanen und Einschüchterung von Menschen betrachtet werden, die das Leben anderer retten. Was sie an der ukrainischen Grenze zu Helden macht, macht sie an der Grenze zu Weißrussland ungerechtfertigterweise zu Kriminellen. Das polnische Recht verbietet nicht nur nicht, sondern befiehlt sogar, denjenigen zu helfen, deren Leben in Gefahr ist. Deshalb lehnen wir die Kriminalisierung der humanitären Hilfe für Flüchtlinge entschieden ab!“ [4]

ROAR verurteilt die Aktionen des polnischen Staates und steht in voller Solidarität mit den Genossen der Grupa Granica.

Können Sie uns einen Überblick über die Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze seit letztem Sommer geben?

Grupa Granica: Die humanitäre Krise an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland dauert schon seit über neun Monaten an. Seit Juli 2021 hatte die auto-

kratische Regierung des belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenko Menschen vor allem aus Afghanistan und destabilisierten Teilen des Nahen Ostens und Afrikas mit dem Versprechen zur Reise nach Belarus ermuntert, über die polnische Grenze in die Europäische Union zu gelangen. Dies war Teil eines finsternen Machtspiels zwischen dem belarussischen Regime und der Europäischen Union als Reaktion auf die EU-Sanktionen in den Jahren 2020 bis 2021 nach der Niederschlagung der Wahlopposition und der Straßendemonstrationen.

Im August 2021 steckten 32 Flüchtlinge in der polnischen Grenzstadt Usnierz Górny zwischen den beiden Landesgrenzen fest, da Grenzbeamte auf beiden Seiten ihre Reise verhinderten. Zu der Gruppe gehörten 27 Männer und fünf Frauen, alle aus Afghanistan. Sie schliefen in Zelten, und außer etwas Brot, das sie von den belarussischen Grenzsoldaten erhielten, bekamen sie keine Hilfe und waren gezwungen, Wasser aus einem nahe gelegenen Fluss zu trinken. Aktivisten aus Polen wurden von polnischen Grenzbeamten daran gehindert, der Gruppe zu helfen. Nach einigen Wochen des Stillstands umzingelten polnische Polizisten und Grenzsoldaten die Gruppe und zwangen sie gewaltsam zurück nach Belarus. Es war ein symbolischer Moment, in dem die Behörden ihre extreme Gewalt offenlegten und die Gesellschaft nicht in der Lage war, darauf zu reagieren. Die Aktivisten in der Region wurden gezwungen, diese zu verlassen.

Ab August wurden kleine Gruppen von Aktivisten entlang der polnisch-weißrussischen Grenze aktiv und versuchten, den Menschen zu helfen, die aus Weißrussland kamen. Dies war der Beginn dessen, was die Regierung und die Medien als „Migrationskrise“ bezeichnet haben. Was aber in Wirklichkeit – aufgrund des Ausmaßes der Gewalt, einschließlich der Todesfälle – eindeutig eine humanitäre Krise ist. Belarussische Behörden lockten Menschen mit falschen Versprechungen an die Grenze, wo viele dann von polnischen Grenzsoldaten aufgegriffen, geschlagen und zurückgedrängt wurden. Einige versuchten bis zu 20-mal, auf die polnische Seite zu gelangen.

Infolge der Grausamkeit und der Unfähigkeit des polnischen Staates zu einer Reaktion, haben sich lokale Gemeinschaften und Graswurzel-Bewegungen radikalisiert und die Sache selbst in die Hand genommen, indem sie den Menschen, die in den Wäldern entlang der Grenze festsitzen, humanitäre Hilfe leisten und diese Gewalt dokumentierten. Das Netzwerk Grupa Granica – ein informeller Zusammenschluss von 14 NGOs und Aktivisten mit unterschiedlichem Hintergrund, darunter No-Border-Gruppen, Anarchisten und andere Linke – ist in diesem Zusammenhang entstanden.

Viele ortsansässige Gruppen trotzen dem Kriegsrecht und tun, was sie können, um das Leid und den Tod, das über die Flüchtlinge und Migranten gebracht wird, zu stoppen. Obwohl die Behörden durch die Verhängung des Kriegsrechts in den Grenzgebieten diese Hilfsmaßnahmen kriminalisieren, leisten Aktivisten weiterhin Hilfsdienste und dokumentieren die Situation.

Könnten Sie die Rolle des belarussischen und des polnischen Staates beim Zustandekommen dieser Situation näher erläutern?

Beide sind auf ihre Weise für diese Krise verantwortlich, da sie die Migranten als Werkzeuge zum Wegwerfen, Spielfiguren oder sogar als strategische Aktivposten in einem Kontext „hybrider Kriegsführung“ betrachten. Seit dem Spätsommer 2021 hat Lukaschenkos Regime die Ängste der EU-Staats- und Regierungschefs und der Gesellschaft in Bezug auf die Migration auf zynische Weise ausgenutzt. Seine Regierung hat Tausenden von Menschen, die einen Weg in die EU suchten, Visa ausgestellt, um sie dann zur irregulären Einreise nach Polen, Litauen oder Lettland zu zwingen. Unter Ausnutzung des Mangels an sicheren humanitären Korridoren und der Möglichkeit, internationalen Schutz zu beantragen, führte Lukaschenko ein System von „Visa und Tickets nach Europa“ ein. Die Menschen kamen in Minsk an, ohne etwas über diese Zusammenhänge zu wissen, und ein Netz von Reisebüros, Taxis oder Militärfahrzeugen sorgte dann für die Weiterreise zur Grenze.

Dort waren sie extremer Gewalt ausgesetzt – Schläge, Stromschläge, Vergewaltigung, Hunger, Inhaftierung und vieles mehr. Natürlich hatten sie keine Möglichkeit, einfach auf polnisches oder EU-Territorium überzusetzen, und wurden von Anfang an von den polnischen Behörden barbarisch behandelt.

Nach diesem Kriegsnarrativ verhängte Polen Anfang September den Ausnahmezustand über drei Kilometer der Grenzregionen (Podlachien und Lublin). Infolgedessen wurde sowohl polnischen als auch internationalen Reportern, Aktivisten, Organisationen und medizinischen Helferteams der Zugang zum Grenzgebiet untersagt. Nach der polnischen Verfassung hätte die „Kriegsrechtszone“ (oder „Rote Zone“) nur für drei Monate zugelassen werden dürfen. Nach Ablauf dieses Zeitraums änderte man jedoch einfach das Gesetz und hat seitdem das Kriegsrecht in dem Gebiet auf unbestimmte Zeit verlängert. Das Ergebnis ist die systematische Militarisierung der Grenze und des täglichen Lebens in der Grenzregion sowie eine Politik, die Aktivisten, Journalisten und Hilfsorganisationen den Zugang zum Grenzgebiet verwehrt. Nur Bewohner aus der Roten Zone können das Gebiet betreten.

Da den Medien und Aktivisten der Zutritt verwehrt wird, sind die meisten Informationen aus dem Grenzgebiet praktisch staatliche Propaganda. Im Oktober, als es aufgrund des Drucks von Aktivistengruppen und Journalisten nicht mehr möglich war, das Ausmaß der Gewalt an der Grenze zu verbergen, organisierte die polnische Regierung eine Pressekonferenz. Dort wurden die nationalen und internationalen Medien mit obszönen, rassistischen Fiktionen über „räuberische“ Migranten konfrontiert, die das Land „infiltrieren und angreifen“ wollen. Das absurde Ausmaß an rassistischer Desinformation, das im politischen Diskurs Polens und in den Medien allgemein zur Norm geworden ist, ist unglaublich. Die allgemeine Botschaft der Pressekonferenz lautete, dass jeder Migrant männlich und in irgendeiner Form zoophil, ein russischer Agent oder drogenabhängig sei. Die ersten Todesopfer der Politik des Zurückdrängens sollen an den Folgen des „Drogenkonsums“ gestorben sein.

Die Angst der polnischen Regierung davor, dass ihre illegalen und repressiven Methoden aufgedeckt werden, zeigt sich darin, dass sie sogar Frontex – deren Hauptsitz sich in Warschau befindet – verboten hat, die Rote Zone zu betreten. Scheiß auf Frontex, natürlich, aber das zeigt, wie sehr die rechte Regierung darauf bedacht ist, dort die Kontrolle zu behalten. Und es ist bezeichnend dafür, wie sie die EU zugunsten der Verfolgung ihrer nationalistischen Agenda wissentlich missachten wird.

Könnten Sie die Reaktion des polnischen Staates aus Ihrer Sicht in einen größeren Zusammenhang stellen, sei es historisch oder im Hinblick auf seine Stellung innerhalb des EU-Grenzregimes?

Die polnische Politik des Zurückdrängens an der belarussischen Grenze ist keine neue Entwicklung; ähnliche Praktiken waren bereits zwischen 2013 und 2015 weit verbreitet, mit Berichten über mehrfaches Zurückdrängen, insbesondere von Tschetschenen an offiziellen Grenzübergängen [7]. Es wurde zu einem allgemeinen Trend entlang der feindseligen Grenzen und Routen der EU, die Genfer Konvention in der Praxis nicht mehr anzuwenden – wodurch die Aufteilung in diejenigen, die Anspruch auf Sicherheit haben, und in diejenigen, die aus anderen Gründen flüchten, nicht mehr stattfindet.

Unter dem Banner einer Politik der „Sicherheit“ haben die polnischen Staatsorgane auf zynische Weise rassistische Klischees verstärkt und eine Toleranz gegenüber staatlicher Gewalt gezüchtet. Dies trägt auch dazu bei, die eigenen nationalistischen Machtspiele zu legitimieren. Staatsgrenzen haben schon immer dazu gedient, Hierarchien und soziale Spaltungen auf der geopolitischen Weltkarte zu bewahren. Die von Lukaschenko geschürte Krise eröffnet dem polnischen Staat die Möglichkeit, eine härtere Grenze durchzusetzen und defensive fremdenfeindliche Loyalitäten im eigenen Land weiter zu festigen.

Seit dem Ende des kommunistischen Regimes im Jahr 1989 basiert die polnische Migrationspolitik auf internationalen Vereinbarungen und Verträgen über Sicherheitsmaßnahmen an der Ost-

grenze des Schengen-Raums, d.h. auf der Verstärkung der Grenzen und einem organisierten Abschiebesystem. Seit dem Zweiten Weltkrieg war das Land außerdem besonders inselartig und homogen. Es gab kaum eine öffentliche Debatte über irgendeine grundlegende Idee von Multikulturalismus, wenig Kontakt mit Menschen außerhalb Polens – und in diesem Umfeld konnte die Angst vor dem „Anderen“ gedeihen. Es ist eine bekannte Geschichte.

Jahrelang haben Politiker und Medien Migranten als Bedrohung für die nationale Sicherheit dargestellt. Die fremdenfeindliche und rassistische Sprache stammt direkt aus dem Neonazi-Wörterbuch. Bereits 2015, als der Diskurs über die „Flüchtlingskrise“ in ganz Europa an Fahrt aufnahm, sprachen die polnischen Behörden öffentlich und offen über die „Parasiten“, die von den Flüchtlingen mitgebracht werden, und von der Notwendigkeit, den Nationalstaat gegen sogenannte Vergewaltiger und Terroristen zu verteidigen zu müssen.

Unabhängig davon, ob es sich um Polen oder ein anderes europäisches Land handelt, sollten wir natürlich nicht vergessen, dass sich die große Mehrheit der Flüchtlinge und Migranten im globalen Süden befindet. Polens rassistische Hysterie ist nur eine weitere Version eines allgemeineren europäischen Wahns über eine „Migrantenkrise“. Und sie dient dazu, die Gesellschaft besser zu kontrollieren und den Staat zu stärken. All dies verdeutlicht die tiefe Krise westlicher politischer Institutionen, wenn es darum geht, die Verantwortung für die andauernde Geschichte der westlichen Welt in Bezug auf Ressourcenabbau und Destabilisierung im Nahen Osten und im globalen Süden zu übernehmen. Polen ist weit davon entfernt, eine imperialistische Macht zu sein, aber mit seinem Beitritt zur NATO im Jahr 1999 und zur Europäischen Union im Jahr 2004 hat es seine Interessen entscheidend mit denen der traditionelleren westlichen Mächte in Einklang gebracht.

Inzwischen haben sich bestimmte grundlegende Standards (wie die grundsätzliche Weigerung, Menschen sterben zu lassen) in gefährlicher Weise verschoben. Was früher für viele als Ausnahme

galt – eine Abweichung vom Gesetz und eine Ausnahme von der Regel – ist heute zur Norm geworden und wird kaum noch hinterfragt. Dies zeigt sich in der Normalisierung und Gewöhnung an die steigende Zahl von Todesfällen, die durch die staatliche Politik und die Vermisstenfälle im Grenzgebiet verursacht werden, – und an der Tatsache, dass niemand für diese Ungerechtigkeiten zur Rechenschaft gezogen wird. Die Entmenschlichung des „Anderen“, der als existenziell anders als die polnische Mehrheit angesehen wird, – in einer weitgehend homogenen Gesellschaft – bereitet den Boden für die Gewalt.

Wie hat der polnische Staat zusätzlich zur militarisierten Zone und der Blockade des Zugangs zur Grenze sonst noch reagiert? Es gibt auch Pläne für den Bau einer massiven Grenzmauer. Können Sie darüber sprechen?

Die Verhängung des Ausnahmezustands wurde vor allem deshalb notwendig, um alle möglichen Parteien daran zu hindern, die Behörden zu überwachen und das Ausmaß der von der Regierung orchestrierten Brutalität und Gewalt zu veröffentlichen. Dazu gehört auch, dass die tatsächliche Zahl der Todesfälle, die direkt auf die angewandte Politik zurückzuführen sind, die Zahl der zurückgeschobenen Kinder und die Formen der Folter, denen die Migranten ausgesetzt waren, verschwiegen werden.

Bis heute (Mitte März 2022) wird die Zahl der bestätigten Todesopfer auf polnischer Seite auf 19 geschätzt. Auf der belarussischen Seite gibt es natürlich keine Informationen, weil die Medien des belarussischen Regimes nicht darüber berichten werden. Niemand ist in der Lage, eine genaue Schätzung abzugeben. Aber nach dem, was wir gesehen haben, ist es nicht unvernünftig, Massengräber auf der polnischen Seite zu erwarten.

Zusätzlich zu Pushbacks und Kriegsrecht hat der Staat Pläne für den Bau einer Stahlmauer mit Stacheldraht entlang der polnisch-weißrussischen Grenze vorgelegt. Der Bau begann am 25. Januar 2022 und soll mindestens mehrere Monate dauern. Abgesehen von den humanitären Auswirkungen, den Grenzübertritt

noch gefährlicher zu machen, lehnen wir den Plan auch wegen der enormen ökologischen und wirtschaftlichen Kosten seines Baus, die unumkehrbar sein werden, entschieden ab. Die Mauer wird entlang eines wertvollen und geschützten Gebiets gebaut werden, einem der wertvollsten Wälder Europas – dem Białowieża-Urwald –, der seit Jahren von Aktivisten gegen seine Zerstörung verteidigt wird.

Was die wirtschaftlichen Kosten betrifft, so hat die Regierung beschlossen, eine schwindelerregende Summe von bis zu 1,6 Milliarden Zloty (ca. 360 Millionen Euro) für eine „Investition“ auszugeben, die zum Scheitern verurteilt ist. Das ist sie deshalb, weil noch keine einzige Mauer die erzwungene Migration von Menschen gestoppt hat, die vor Krieg, Armut, Gewalt, Verfolgung oder Folter fliehen. Und das alles in Zeiten rasant steigender Inflation und der anhaltenden COVID-19-Pandemie.

Der Betrag, der für die Mauer bereitgestellt wird, ist mehr als zehnmals so hoch wie der diesjährige Haushalt des polnischen Ausländeramtes. Diese Einrichtung ist für die Durchführung von Verfahren zum internationalen Schutz und für die Verwaltung von Flüchtlingszentren zuständig. In diesen Zentren werden diejenigen inhaftiert, die es schaffen, die Grenze zu überqueren, wenn sie ein formelles Asylverfahren beantragen. Sie sind praktisch Gefängnisse mit überfüllten Zimmern, schlechter medizinischer Versorgung, schlechter Verpflegung und minimalen Kontakten zur breiteren Gesellschaft. Es gab zahlreiche Proteste vonseiten der Eingeschlossenen – je nach Zentrum quer durch alle Geschlechter und Altersgruppen –, die eine menschenwürdige Behandlung forderten.

Statt solcher Mauern und Gefängnisse sollte die Regierung öffentliche Mittel für den Aufbau von Institutionen, Ämtern und Organisationen bereitstellen, die über die notwendigen Ressourcen und Kompetenzen verfügen, um eine Migrationspolitik umzusetzen, die die Rechte, die Würde und die Sicherheit von Migranten in den Mittelpunkt stellt. Dies sind die Grundsätze, die die Graswurzel-Solidaritätsgruppen in den letzten Monaten in der Praxis demonstriert haben.

Der Staat hat dieses Konzept des hybriden Krieges hervorgehoben und die Frage der Migration zu einer Frage der nationalen Sicherheit gemacht. Wie hat sich dies auf den Druck ausgewirkt, der auf solidarisch handelnde Gruppen ausgeübt wird?

Der polnische Staat hat Menschen kriminalisiert, die Hilfe leisten und auf das Problem aufmerksam machen. Indem er die humanitäre Krise zu einem politisch-militärischen Konflikt mit Weißrussland erklärt hat, schuf er eine Situation, in der selbst polnische staatliche Rettungsdienste im Grenzgebiet eingeschränkt sind. Krankenwagen, Sanitäter und das Polnische Rote Kreuz sowie alle Institutionen und internationalen Organisationen, die in der Lage wären, die Migranten zu finden und ihnen sofortige Hilfe zu leisten, dürfen die Rote Zone nicht betreten. Aus Angst vor politischen Reaktionen halten sich diese Organisationen an die von der Regierung aufgestellten Regeln und üben somit nicht genug Druck aus, um eine Änderung der Regeln zu erreichen.

Alle polnischen NGOs, die der Grupa Granica angehören, haben erklärt, dass sie in die Rote Zone wollen, ebenso wie einige internationale NGOs. Aber die Regierung lässt das nicht zu. Die Antwort ist klar: Nach dem neuen Gesetz „ist es eine No-Go-Zone. Wir müssen das Land verteidigen“. Diejenigen, die die Migranten unterstützen, sind „nützliche Idioten“ in Lukaschenkos hybridem Krieg, und sie stellen auch eine Bedrohung für die Sicherheit des Landes dar.

Ähnlich wie in anderen Ländern, in denen die Solidarität unterdrückt wird, werden Freiwillige wegen Schleusung, Unterstützung der illegalen Einwanderung und mehr angeklagt. Einfache Handlungen wie die Bereitstellung von Tee oder Decken für unterkühlte Migranten werden kriminalisiert. Jeglicher Zugang zum Grenzgebiet ist verboten, selbst wenn eine Person in Lebensgefahr schwebt – wenn sie nach Wochen im Wald, in denen sie Blätter gegessen und Wasser aus dem Fluss getrunken hat, einen Krankenwagen ruft.

Viele in der polnischen Gesellschaft haben jedoch erkannt, dass eine humane Reaktion auf die Situation an der Gren-

ze eine grundlegende Pflicht ist. Aus diesem Grund sind Koalitionen wie die Grupa Granica entstanden, die es in einem anderen Kontext nie gegeben hätte. Verschiedene NGOs, Aktivisten und Anwohner arbeiten zusammen und sind entschlossen, weiterhin einzugreifen und praktisch auf die Krise zu reagieren. Ebenso können nur selbstorganisierte Strukturen und zeitlich befristete Koalitionen, wie die unsere, die Politiker zwingen und den Druck für eine Änderung der Politik ausüben.

Die wahren Helden sind die Frauen, Männer und Kinder, die in ihren Heimatländern oder auf ihrem Weg hierher Kriege – und wer weiß, was noch alles an Repressionen – erlitten haben. Die Aufrechterhaltung von Solidarität, Unterstützung und Formen der Zusammenarbeit, um alle gewalttätigen Grenzmechanismen sichtbar zu machen – das ist unsere grundlegende Pflicht.

Was hat sich vor allem seit der Invasion der Ukraine geändert?

Kurz, die Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze hat sich seit der Massenflucht aus der Ukraine in keiner Weise verbessert. Es ist gut dokumentiert, dass es ein diskriminierendes Verfahren für die Aufnahme von Menschen gab, die gezwungen waren, aus der Ukraine zu fliehen. Dieser Tatsache können wir nur wenig hinzufügen. Wir werden unsere Arbeit fortsetzen, auch wenn der Staat seine Kriminalisierung der Solidarität verschärft. Die Menschen an der belarussischen Grenze sind immer noch mit der gleichen Realität konfrontiert, dass sie dort festsitzen – vor- und zurückgedrängt – und ihnen jegliche Sicherheit verwehrt wird.

Einerseits änderte der polnische Staat mit dem Massensexodus aus der Ukraine seine Politik, um einen leichteren Grenzübertritt zu ermöglichen. Dies erlaubte eine schnellere Flucht vor dem Krieg und hat offensichtlich gezeigt, dass ein völlig anderer Umgang mit der Migration möglich ist. Auf den Bildern aus dem Grenzgebiet sehen wir Soldaten und die Armee, die den Menschen helfen, sowie polnische und ausländische NGOs, die grundlegende Hilfe leisten. In Wirklich-

keit wird die wichtigste Arbeit von der Gesellschaft geleistet (Einzelpersonen oder NGOs, nicht nur aus Polen, sondern auch aus anderen Ländern. Viele von ihnen sind selbstorganisiert und arbeiten unentgeltlich). Dieses Netzwerk der Solidarität kann einem derartigen Dauerdruck aber nicht standhalten, wenn es keine Macht und keine Instrumente für den sozialen Wandel hat. Die Frustration wächst, weil die polnischen Behörden die Situation in der Ukraine gleichzeitig für politische Zwecke nutzen – um die Geschichte und die tägliche Gewalt an der Grenze zu Weißrussland auszulösen und der Welt zu zeigen, dass Polen „Flüchtlinge willkommen heißt“.

In der Tat wird Polen auf der internationalen Bühne heute weitgehend als ein Land wahrgenommen, das Flüchtlingen Hilfe und Zuflucht gewährt. Und das stimmt nicht, denn es handelt sich nur um eine sehr oberflächliche Hilfe, die auf rassistischen Spaltungen beruht. Diese Politik ist Ausdruck eines systemischen Rassismus, der die Menschen auf der Flucht unterteilt in diejenigen, die Hilfe oder Grundrechte verdienen, und diejenigen, die sie nicht verdienen.

Entlang der Grenze zu Weißrussland gibt es immer noch eine große Zahl von Menschen, die keine andere Wahl haben und trotz der eisigen Kälte, des Mangels an Unterkünften, Nahrungsmitteln oder medizinischer Versorgung versuchen, die Grenze zu überqueren. Heute ist jedes Zurückdrängen ein Risiko für ihre Gesundheit und ihr Leben. Viele Menschen, die seit letztem Herbst versucht haben, nach Polen zu gelangen, versuchen es immer noch. Sie haben den Winter in einem Lagerhaus auf einem ehemaligen belarussischen Militärstützpunkt oder in Minsk oder Grodno verbracht und kämpfen immer noch für ein besseres Leben, indem sie versuchen, nach Europa zu gelangen.

Solange ein politischer Diskurs, der auf Lügen und Entmenschlichung beruht, unangefochten bleibt, wird die gewalttätige Politik, die sich daraus ergibt, mit der Komplizenschaft der breiten polnischen Gesellschaft weitergehen. Als Antwort auf diese rassistische staatliche Gewalt müssen wir uns einmischen und organisieren, indem wir

gemeinsam mit den Menschen, die unterwegs sind, Unterstützungsstrukturen aufbauen. Gemeinsam werden wir weiter zurückschlagen.

Sie können hier einen Beitrag zu ihrer Arbeit leisten:

Zrzutka.pl ist eine Website zum Erstellen von Online-Spendenaktionen. „Grupa Granica zbiera środki na pomoc prawną i rzeczową dla uchodźców!“ („Grupa Granica sammelt Gelder für Rechts- und Sachhilfe für Flüchtlinge!“) <<https://zrzutka.pl/petrsw>>

Quellen:

[1] twitter Online-Kurznachrichtendienst, Dr Ayo Sogunro - The Observer „Can't get it out of my head that Europe cried about a 'migrant crisis' in 2015 against 1.4m refugees fleeing war in Syria and yet quickly absorbed some 2m Ukrainians within days, complete with flags and piano music.“ („Es geht mir nicht aus dem Kopf, dass Europa 2015 über eine „Migrationskrise“ geschrien hat, als 1,4 Millionen Flüchtlinge vor dem Krieg in Syrien flohen, und doch innerhalb weniger Tage etwa 2 Millionen Ukrainer mit Fahnen und Klaviermusik aufgenommen hat.“), am 10.3.2022: <<https://twitter.com/ayosogunro/status/1501796804161069062>>

[2] Grupa Granica Hilfsorganisation, Homepage, gegründet in 2021: <<https://www.grupagranica.pl/>>

[3] The Guardian Magazin, Weronika Strzyżyńska „Poland detains activists accused of smuggling migrants over Belarus border“ („Polen nimmt Aktivisten fest, die beschuldigt werden, Migranten über die weißrussische Grenze geschmuggelt zu haben“), am 25.3.2022: <<https://www.theguardian.com/global-development/2022/mar/25/poland-detains-activists-accused-of-smuggling-migrants-over-belarus-border>>

[4] Instagram Onlineplattform, Grupa Granica Hilfsorganisation „When they helped refugees in Ukraine, they were called heroes. For helping in Podlasie region, they are called being criminals.“ („Als sie Flüchtlingen in der Ukraine halfen, wurden sie Helden genannt. Seitdem sie in der Region Podlachien helfen, werden sie als Kriminelle bezeichnet.“), am 25.3.2022: <<https://www.instagram.com/p/Cbhr8nxoXMg/>>

[5] Zrzutka.pl Tool zum Erstellen von Online-Spendenaktionen Homepage „Grupa Granica zbiera środki na pomoc prawną i rzeczową dla uchodźców!“ („Grupa Granica sammelt Gelder für Rechts- und Sachhilfe für Flüchtlinge!“), am 9.2.2022: <<https://zrzutka.pl/petrsw>>

[6] The Conversation Magazin, LEONID SCHEGLOV „Is the Belarus migrant crisis a 'new type of war'? A conflict expert explains“ („Ist die Flüchtlingskrise in Weißrussland eine „neue Art von Krieg“? Ein Konfliktexperte erklärt“), am 17.11.2021: <<https://theconversation.com/is-the-belarus-migrant-crisis-a-new-type-of-war-a-conflict-expert-explains-171739>>

[7] The Foreign Policy Centre Thinktank, Elena Kachanovich-Shlyk und Yan Matusevich „The pushback of asylum seekers from the North Caucasus and Central Asia at the Polish border“ („Die Abschiebung von Asylbewerbern aus dem Nordkaukasus und Zentralasien an der polnischen Grenze“), am 4.12.2017: <<https://fpc.org.uk/pushback-asylum-seekers-north-caucasus-central-asia-polish-border/>>

Die New York Times gab kürzlich zu:

Die Story vom „Biden-Laptop“ stimmte...

... und wurde fälschlicherweise als „russische Desinformation“ bezeichnet. Die Medien, die diese Lüge von Ex-CIA-Beamten verbreiteten, haben ihre vor der Wahl in Umlauf gebrachten Unwahrheiten, die von Big Tech benutzt wurden, um die Berichterstattung über den Spitzenkandidaten zu zensieren, nie zurückgenommen.



(Quelle: pixel2013, Pixabay License)

Autor: Glenn Greenwald

Journalist, Mitbegründer von The Intercept, Autor von „No Place to Hide“ und einem demnächst erscheinenden Buch über Brasilien, Tierfanatiker und Gründer von HOPE Shelter.



Eine der erfolgreichsten Desinformationskampagnen in der modernen amerikanischen Wahlgeschichte fand in den Wochen vor den Präsidentschaftswahlen 2020 statt. Am 14. Oktober 2020 – weniger als drei Wochen vor der Wahl – begann die älteste Zeitung des Landes, die „New York Post“, mit der Veröffentlichung einer Reihe von Berichten [1] über die geschäftlichen Aktivitäten des Spitzenkandidaten der Demokraten, Joe Biden, und seines Sohnes Hunter in Ländern, in denen Biden als Vizepräsident erheblichen Einfluss ausübte (darunter die Ukraine und China) und im Falle seiner Wahl zum Präsidenten wieder ausüben würde. [2]

Die Gegenreaktion auf diese Berichterstattung war unmittelbar und heftig und führte zur Unterdrückung der Geschichte durch die US-Medienkonzerne und zur Zensur der Geschichte durch führende Monopole im Silicon Valley [3]. Die Desinformationskampagne gegen diese Meldungen wurde von der beinahe offiziellen Sprecherin der CIA, Natasha Bertrand (damals bei „Politico“, heute bei „CNN“), angeführt, deren Artikel am 19. Oktober unter dieser Überschrift erschien: „Hun-

ter Biden story is Russian disinfo, dozens of former intel officials say“ (Dutzende ehemalige Geheimdienstler sagen, die Hunter-Biden-Geschichte sei russische Desinformation, Anm. d. Red.) [4].

Diese „ehemaligen Geheimdienstler“ haben nicht gesagt, dass die „Hunter-Biden-Geschichte russische Desinformation ist“. Vielmehr betonten sie in ihrem Brief das Gegenteil [6]: nämlich, dass sie keine Beweise dafür hätten, dass die E-Mails gefälscht seien oder dass Russland etwas damit zu tun habe, sondern dass sie diesen „Verdacht“ lediglich aufgrund ihrer Erfahrungen geäußert hätten:

Wir möchten betonen, dass wir nicht wissen, ob die E-Mails, die der New York Post von Präsident Trumps persönlichem Anwalt Rudy Giuliani zur Verfügung gestellt wurden, echt sind oder nicht, und dass wir keine Beweise für eine russische Beteiligung haben – nur dass unsere Erfahrung uns zutiefst misstrauisch macht, dass die russische Regierung in diesem Fall eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Aber die Medien, die verzweifelt versuchten, Trumps Niederlage sicherzustellen, hatten keine Zeit für Fakten oder

lästige Details, z.B. was diese ehemaligen Beamten tatsächlich sagten oder ob es tatsächlich wahr war. Sie hatten eine Wahl zu manipulieren. Infolgedessen wurde die Behauptung, dass es sich bei diesen E-Mails um „russische Desinformation“ gehandelt habe – was bedeutet, dass sie gefälscht waren und von Russland hergestellt wurden – zu einem Glaubensartikel unter der zu Recht verachteten Klasse der US-Medienmitarbeiter. [7] Nur wenige enthielten den sogar entscheidenden Vorbehalt, den die Geheimdienst-Mitarbeiter selbst betonten: nämlich, dass sie keinerlei Beweise hatten, um diese Behauptung zu untermauern.

Wie ich im vergangenen September feststellte, begannen praktisch alle Medien [8] – CNN, NBC News, PBS, Huffington Post, The Intercept [9] und zu viele andere, um sie alle aufzuzählen [10] – den Inhalt der Berichterstattung völlig zu ignorieren und verbreiteten stattdessen immer wieder die Lüge, dass diese Dokumente das Nebenprodukt russischer Desinformation seien. Die „Huffington Post“ veröffentlichte sogar eine als „Bericht“ getarnte Wahlwerbung für Joe Biden – die man mit eigenen Augen gesehen haben muss, um sie glauben zu können [11] –, die die Lüge verbreitete, dass die E-Mails „russische Desinformation“ seien.

Diese Desinformationskampagne über die Biden-E-Mails wurde dann von Big Tech genutzt, um eine brutale Zensur jeglicher Berichterstattung oder Diskussion über diese Geschichte zu rechtfertigen [13]: der wohl schwerwiegendste Fall von Zensur vor den Wahlen in der modernen amerikanischen Politikgeschichte.

Twitter sperrte den Twitter-Account der „New York Post“ für fast zwei Wochen, weil sie sich weigerte, die Anweisung von Twitter zu befolgen, jeden Hinweis auf ihre Berichterstattung zu löschen. Die Social-Media-Website blockierte auch alle Verweise auf diese Meldungen für alle Nutzer; Twitter-Nutzer durften sogar in privaten Chats untereinander nicht mehr auf die Geschichte verweisen. Facebook kündigte über seinen Sprecher, den langjährigen DNC-Mitarbeiter Andy Stone, an,

NATIONAL SECURITY

Hunter Biden story is Russian disinfo, dozens of former intel officials say

More than 50 former intelligence officials signed a letter casting doubt on the provenance of a New York Post story on the former vice president's son.

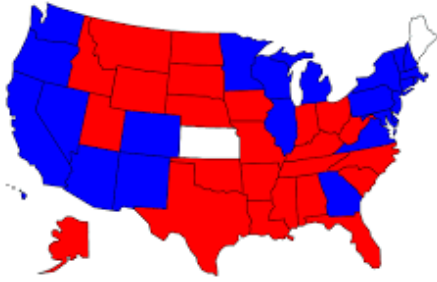


More than 50 former senior intelligence officials have signed on to a letter outlining their belief that the recent disclosure of emails allegedly belonging to Hunter Biden, pictured here, "has all the classic earmarks of a Russian information operation." | Handout/DNCC via Getty Images

Natasha Bertrand, Politico, 19. Oktober 2020 [5]



Mehr als 50 ehemalige Geheimdienstmitarbeiter halten die jüngste Hetzkampagne gegen Hunter Biden für einen russischen Desinformationsauftrag. Falsche Biden-Kampagnenanzeige der Huffington Post, die sich als „Bericht“ tarnt. Youtube, Glenn Greenwald, Video: <https://youtu.be/3GckBYx117c> [12]



Die erfolgreichste Desinformationskampagne in der Wahlgeschichte, die Hunter Biden Laptop-Story, (Quelle: Open Clipart, CCo 1.0)

Quellen:

- [1] New York Post, Emma-Jo Morris und Gabrielle Fonrouge, „Smoking-gun email reveals how Hunter Biden introduced Ukrainian businessman to VP dad“, am 14.10.2020, <<https://archive.li/OE1UE>>
- [2] New York Post, Emma-Jo Morris und Gabrielle Fonrouge, „Emails reveal how Hunter Biden tried to cash in big on behalf of family with Chinese firm“, am 15.10.2020, <<https://archive.li/VGvwX>>
- [3] ARS Technica, Kate Cox, „House: Amazon, Facebook, Apple, Google have „monopoly power“, should be split“, am 10.7.2020, <<https://archive.li/pLxo3>>
- [4] Politico, Natasha Bertrand, „Hunter Biden story is Russian disinfo, dozens of former intel officials say“, am 19.10.2020, <<https://archive.li/M6sKA>>
- [5] <https://axelkra.us/wp-content/uploads/2022/03/https-_bucketeer-e05bbc84-baa3-437e-9518-adb32be77984.s3.amazonaws.com_public_images_d87f94f9-a0ad-402d-a6cb-f8ff91a2e87e_1168x1350.png>
- [6] Axel Kraus, „Public Statement on the Hunter Biden emails“, am 19.10.2020, <<https://axelkra.us/wp-content/uploads/2022/03/statement-on-hunter-biden-emails.pdf>>
- [7] Axios, Felix Salmon, „Media trust hits new low“, am 21.1.2021, <<https://archive.li/Nvq34>>
- [8] Twitter, Tom Elliott, <<https://twitter.com/tomselliott/status/1440402740409110528>>
- [9] Twitter, Glenn Greenwald, <<https://twitter.com/greenwald/status/1440315750082748419>>
- [10] Twitter, Glenn Greenwald, <<https://twitter.com/ggreenwald/status/144034701896814597>>
- [11] Huffington Post, Nick Vissler, „More Than 50 Former Intel Officials Say Hunter Biden Smear Smells Like Russian“, am 20.10.2020, <<https://archive.li/5Km6f>>
- [12] Youtube, Glenn Greenwald, „Huffington Post’s false Biden campaign ad masquerading as a report“, am 17.2.2022, <<https://youtu.be/3GcKBYx117c>>
- [13] The Intercept, Glenn Greenwald, „Facebook and Twitter Cross a Line Far More Dangerous Than What They Censor“, am 15.10.2020, <<https://archive.li/WCJxx>>
- [14] Twitter, Andy Stone, <<https://twitter.com/andymstone/status/1316395902479872000>>
- [15] Rumble, Glenn Greenwald, „New Proof Emerges About the Hunter Biden Laptop: a Definitive Account on the CIA/Media Fraud“, am 22.9.2021, <<https://rumble.com/vmteq5-new-proof-emerges-about-the-hunter-biden-laptop-a-definitive-account-of-the.html>>
- [16] Glenn Greenwald, „My Resignation From The Intercept“, am 29.10.2020, <<https://archive.li/7EjpE>>
- [17] Matt Taibbi, „Glenn Greenwald On His Resignation From The Intercept“, am 30.10.2020, <<https://archive.li/KNo7x>>

dass es die Diskussion über die Meldung algorithmisch unterdrücken würde, um sicherzustellen, dass sie sich nicht verbreite, bis eine „Tatsachenüberprüfung durch Facebooks unabhängige Partner für Tatsachenüberprüfungen“ stattfindet, die natürlich nie stattfand – gerade weil das Archiv unbestreitbar authentisch war. [14]

Die Authentizität des Archivs war, wie ich in einem Videobericht vom September dokumentiert habe [15], von Anfang an klar. In der Tat – wie ich in diesem Bericht beschrieben habe – riskierte ich meine Karriere für seine Echtheit, als ich verlangte, dass „The Intercept“ meine Analyse dieser Enthüllungen veröffentlichten sollte. Und ich kündigte dann [16], als seine Anti-Trump eingestellten Redakteure jede Diskussion über diese E-Mails zensurierten hatten [17], gerade weil unbestreitbar war, dass das Archiv authentisch war (James Risen, dem ehemaligen „New York Times“-Reporter bei „The Intercept“, wurde von den gleichen Redakteuren grünes Licht dafür gegeben, die CIA-Lüge zu unterstützen und zu verbreiten [18], als er darauf bestand, dass der Laptop ignoriert werden sollte, weil „eine Gruppe ehemaliger Geheimdienst-Mitarbeiter einen Brief herausgegeben habe, in dem es heißt, dass die Giuliani-Laptop-Geschichte die klassischen Merkmale russischer Desinformation aufweise“ [19].

Das Archiv war echt. Alle relevanten journalistischen Maßstäbe, die man zur Überprüfung großer Archive dieser Art heranzieht – einschließlich des Snowden-Archivs und des Brasilien-Archivs [20] –, ließen keinen Zweifel daran, dass es echt war. Dazu gehören auch dokumentierte Nachweise von Dritten, die in die E-Mail-Verläufe einbezogen waren. Sie zeigten, dass die E-Mails, mit denen im Archiv wortwörtlich übereinstimmten.

Jegliche Restzweifel an der Echtheit des Biden-Archivs – und es hätte keine geben dürfen – wurden ausgeräumt, als Ben Schreckinger, Reporter von „Politico“, im vergangenen September ein Buch mit dem Titel „The Bidens: Inside the First Family’s Fifty-Year Rise to Power“ (Die Bidens: Der fünfzigjährige Aufstieg der First Family zur Macht, Anm. d. Red.) veröffentlichte [21], in dem er nachwies, dass die wichtigsten E-Mails,

auf die sich die „New York Post“ stützte, völlig authentisch waren [22]. Unter anderem befragte Schreckinger mehrere an den E-Mail-Ketten beteiligte Personen, die bestätigten, dass die in ihrem Besitz befindlichen E-Mails Wort für Wort mit denen im Archiv der „Post“ übereinstimmten. Er erhielt auch Dokumente von der schwedischen Regierung, die mit den Schlüsseldokumenten im Archiv identisch waren. Sein eigenes Blatt, „Politico“, war eines der wenigen, die sein Buch überhaupt zur Kenntnis nahmen. Obwohl sie die Tatsache ignorierten, dass sie als erstes die Lüge verbreitet hatten, die E-Mails seien „russische Desinformation“, gaben die „Politico“-Redakteure – unter der Überschrift „Doppelter Ärger für Biden“ [23] – zu, dass das Buch „Beweise dafür findet, dass einiges vom Material auf Hunter Bidens Laptop echt ist, darunter zwei E-Mails, die im Mittelpunkt der Kontroverse vom letzten Oktober standen“.

Die entscheidenden Enthüllungen in Schreckingers Buch wurden von denselben Medien, die die nun entlarvten Lügen der CIA veröffentlichten, fast vollständig ignoriert. Sie taten einfach so, als wäre das nie passiert. Die Auseinandersetzung damit hätte sie gezwungen, eine Tatsache anzuerkennen, die für ihre verbleibende Glaubwürdigkeit verheerend ist: nämlich, dass sie alle eine koordinierte Desinformationskampagne gebilligt und verbreitet hatten, um Joe Biden ins Amt zu helfen und Donald Trump zu besiegen. Da sie zahlenmäßig stark sind und wissen, dass sie nur mit und für Linke sprechen, die es glücklich macht zu lügen, um den Demokraten zu helfen, haben sie sich alle in einem impliziten Schweigegelübde zusammengeschlossen und den neuen Beweis in Schreckingers Buch, dass sie alle in den Tagen vor der Wahl 2020 eine Desinformationskampagne unterstützt hatten, einfach ignoriert.

Die „New York Times“ veröffentlichte einen Artikel über die umfassenden, strafrechtlichen Ermittlungen des FBI zu den internationalen Geschäfts- und Steueraktivitäten von Hunter Biden [24]. Vor der Wahl war die „Times“ eine der wenigen, die skeptisch von der CIA-Lüge berichteten und am 22. Oktober feststellten, dass „keine konkreten Beweise dafür vor-

liegen, dass der Laptop russische Desinformationen enthält“ [25]. Da die Aktivitäten von Hunter Biden, gegen den das FBI jetzt ermittelt, in direktem Zusammenhang mit den E-Mails stehen, die zuerst von „The Post“ aufgedeckt wurden, mussten sich die Reporter auf das Archiv des Laptops stützen, um ihre Berichterstattung zu erweitern und zu unterfüttern. Das wiederum erforderte, dass die „New York Times“ die Echtheit dieses Laptops und seine Herkunft überprüfte – was sie nach Angaben ihrer Reporter auch erfolgreich tat: Personen, die mit den Ermittlungen vertraut sind, sagten, dass die Staatsanwälte E-Mails zwischen Biden, Archer und anderen über Burisma und andere ausländische Geschäftsaktivitäten untersucht hatten. Diese E-Mails wurden von der „New York Times“ in einem Cache von Dateien gefunden, die von einem Laptop zu stammen scheinen, den Biden in einer Reparaturwerkstatt in Delaware zurückgelassen hatte [26]. Diese E-Mail und andere im Cache wurden von Personen, die mit ihnen und den Ermittlungen vertraut sind, als authentisch bestätigt.

Dass die E-Mails authentisch sind, war von Anfang an klar. Alle Zweifel wurden durch die Veröffentlichung von Schreckingers Buch vor sechs Monaten ausgeräumt. Nun erklärt das „Paper of Record“ selbst ausdrücklich nicht nur, dass die E-Mails „authentifiziert wurden“, sondern auch, dass die ursprüngliche Geschichte der „Post“ darüber, wie sie diese Materialien erhalten haben – sie „stammen von einem Laptop, den Mr. Biden in einer Reparaturwerkstatt in Delaware zurückgelassen hatte“ – „offenbar“ wahr ist.

Folglich verbreiteten die meisten Konzernmedien in den entscheidenden Tagen vor den Präsidentschaftswahlen 2020 eine absolute Lüge über die Berichterstattung der „New York Post“, um die amerikanische Wählerschaft in die Irre zu führen und zu manipulieren.

Folglich haben Big Tech-Monopole, zusammen mit Twitter, diese Geschichte auf der Grundlage einer Lüge der „Intelligence Community“ zensiert.

Folglich war das Versprechen des Facebook-DNC-Mitarbeiters, die Diskussion über die Biden-Laptop-Story nur so lange zu unterdrücken, bis ein „Fak-

tencheck“ durchgeführt wäre, ein Betrug. Denn wenn ein solcher durchgeführt worden wäre, hätte er bewiesen, dass das Zensurdekret von Facebook auf einer Lüge beruhte.

Folglich wurde Millionen Amerikanern die Möglichkeit verwehrt, mehr über den führenden Präsidentschaftskandidaten zu erfahren. Stattdessen waren sie einer Flut von Lügen über die Herkunft und die Authentizität dieser Dokumente ausgesetzt.

Inzwischen ist die Berichterstattung über Hunter Biden irrelevant, da er selbst kein Kandidat war. Was die Meldungen vor der Wahl relevant machte, war, dass sie die Beteiligung von Joe Biden an diesen Geschäften aufzeigte. Einwände dagegen, dies alles heute zur Kenntnis zu nehmen, sind auf trostlose Weise vorhersehbar, aber zwecklos.

In Anbetracht des Krieges in der Ukraine ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, um über all dies zu diskutieren

Aber warum die meisten Linken und ihre Verbündeten in den Medien nichts davon hören wollen, liegt daran, dass sie glauben, dass ihr edles Ziel (Sieg gegen Trump) die eingesetzten Mittel (CIA-Desinformationen zur Irreführung der Öffentlichkeit) rechtfertige.

Was auch immer sonst wahr sein mag, sowohl die CIA/Medien-Desinformationskampagne in den Wochen vor der Wahl 2020 als auch das daraus resultierende Big-Tech-Regime der brutalen Zensur, das uns auferlegt wurde, sind von historischer Bedeutung. Die Demokraten und ihre neuen Verbündeten im Establishment-Flügel der Republikanischen Partei mögen sich mehr über den Krieg in der Ukraine aufregen als über die Unterwanderung ihrer eigenen Wahl durch die unheilige Dreifaltigkeit aus Geheimdienst, Konzernpresse und Big Tech. Doch das heutige Eingeständnis der „New York Times“, dass dieses Archiv und die darin enthaltenen E-Mails die ganze Zeit über echt waren, beweist, dass ein gigantischer Betrug von den mächtigsten Institutionen des Landes begangen wurde. Was viel mehr zählt, als das Interesse verschiedener Parteilager, ist die Wahrheit über die US-Demokratie, die durch dieses geschmacklose Spektakel ans Licht kam.



Der damalige Vize- und jetzige Präsident Joe Biden und sein Sohn Hunter Biden.
(Quelle Wikimedia Commons)

Quellen:

- [18] The Intercept, James Risen, „We’re Not a Democracy“, am 21.10.2020, <<https://archive.li/9TY9y>>
- [19] Politico, Natasha Bertrand, „Hunter Biden story is Russian disinfo, dozens of former intel officials say“, am 19.10.2020, <<https://archive.li/M6sKA>>
- [20] The Guardian, Dom Phillips, „Outcry after reports Brazil plans to investigate Glenn Greenwald“, am 3.7.2019, <<https://archive.li/14BeC>>
- [21] Twitter, Glenn Greenwald, <<https://twitter.com/ggreenwald/status/1440313872334798856?lang=en>>
- [22] Glenn Greenwald, „New Proof Emerges of the Bilde Family Emails: a Definitive Account of the CIA/Media/BigTech Fraud“, am 22.9.2021, <<https://archive.li/BX53I>>
- [23] Politico, Ryan Lizza, „Politico Playbook: Double trouble for Biden“, am 21.9.2021, <<https://archive.li/JVYpQ>>
- [24] The New York Times, Katie Benner, „Hunter Biden Paid Tax Bill, but Broad Federal Investigation Continues“, am 16.3.2022, <<https://archive.li/XN432>>
- [25] The New York Times, Adam Goldman, „What We Know and Don’t About Hunter Biden and a Laptop“, am 22.10.2020, <<https://archive.li/U7CHY>>
- [26] The New York Times, Adam Goldman, „What We Know and Don’t About Hunter Biden and a Laptop“, am 22.10.2020, <<https://archive.li/U7CHY>>

Der Dollar frisst den Euro



Symbolbild. USA und China prallen aufeinander. Gemeinfrei.

Autor: Michael Hudson

ist Präsident des Institute for the Study of Long-Term Economic Trends (ISLET), Finanzanalyst an der Wall Street und angesehenen Forschungsprofessor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri, Kansas City. Er ist der Autor von *Super-Imperialism: The Economic Strategy of American Empire* (Editions 1968, 2003, 2021), *„and forgive them their debts“* (2018), *J is for Junk Economics* (2017), *Killing the Host* (2015), *The Bubble and Beyond* (2012), *Trade, Development and Foreign Debt* (1992 & 2009) und von *The Myth of Aid* (1971), neben vielen anderen.



Inzwischen ist klar: Die heutige Eskalation des neuen Kalten Krieges wurde schon vor über einem Jahr geplant. Amerikas Plan, Nord Stream 2 zu blockieren, war in Wirklichkeit Teil seiner Strategie, Westeuropa („NATO“) daran zu hindern, durch gemeinsamen Handel und Investitionen mit China und Russland Wohlstand zu erlangen.

Wie Präsident Biden und die nationalen Sicherheitsberichte der USA verkündeten, wird China als der Hauptfeind betrachtet. Und das, obwohl China für amerikanische Konzerne sehr nützlich war, um die Löhne ihrer Arbeiter zu drücken, indem sie die US-Wirtschaft deindustrialisierten zugunsten einer chinesischen Industrialisierung. Chinas Wachstum wurde hingegen als das ultimative Schreckgespenst erkannt: Wohlstand durch Sozialismus. Die sozialistische Industrialisierung wurde immer als der große Feind der Rentier-Ökonomie [1] angesehen, die im Jahrhundert seit Ende des Ersten Weltkriegs und insbesondere seit den 1980er Jahren von

den meisten Nationen übernommen wurde. Als Ergebnis sehen wir heute ein Aufeinanderprallen der Wirtschaftssysteme: sozialistische Industrialisierung versus neoliberaler Finanzkapitalismus.

Das macht den neuen Kalten Krieg gegen China implizit zum Auftakt dessen, was zu einem langwierigen Dritten Weltkrieg führen könnte. Die Strategie der USA besteht darin, China seine wahrscheinlichsten wirtschaftlichen Verbündeten – insbesondere Russland, Zentralasien sowie Süd- und Ostasien – zu entreißen. Die Frage war nur, wo man mit der Zerstückelung und Isolierung beginnen sollte.



Dieser Text wurde zuerst am 07.04.2022 auf [www.michael-hudson.com](https://www.michael-hudson.com/2022/04/the-dollar-devours-the-euro/) unter der URL <https://www.michael-hudson.com/2022/04/the-dollar-devours-the-euro/> veröffentlicht. Lizenz: Michael Hudson, CC BY-NC-SA 3.0

Die größte Chance sah man demzufolge darin, mit der Isolierung Russlands zu beginnen, sowohl von China als auch von der NATO-Eurozone. Es wurde eine Reihe von immer schärferen – und, so die Hoffnung, tödlichen – Sanktionen gegen Russland ausgearbeitet, um den Handel der NATO mit Russland zu blockieren. Alles, was noch fehlte, um das geopolitische Erdbeben auszulösen, war ein Casus Belli.

Dieser ließ sich ziemlich einfach arrangieren. Der eskalierende neue Kalte Krieg hätte im Nahen Osten beginnen können – wegen des Widerstands gegen Amerikas Aneignung irakischer Ölfelder, oder gegen den Iran und diejenigen Länder, die ihm dabei helfen, wirtschaftlich zu überleben, oder in Ostafrika. Für alle diese Regionen wurden Pläne für Putsch, farbige Revolutionen und Regimechanges ausgearbeitet. Dazu wurde Amerikas afrikanische Armee in den letzten ein bis zwei Jahren besonders schnell aufgebaut. Aber die Ukraine, die seit dem Maidan-Putsch von 2014 acht Jahre lang einem von den USA angeheizten Bürgerkrieg ausgesetzt war, bot die Chance auf den ersten großen Sieg in der Konfrontation mit China, Russland und ihren Verbündeten.

So wurden die russischsprachigen Regionen Donezk und Lugansk mit zunehmender Heftigkeit beschossen. Und als Russland immer noch nicht reagierte, schmiedete man – Berichten zufolge – Pläne für den großen Showdown. Ende Februar sollte er beginnen, ausgehend von einem durch US-Berater organisierten und von der NATO bewaffneten Blitzangriff durch die Westukraine.

Russlands präventive Verteidigung der beiden ostukrainischen Provinzen und die anschließende militärische Zerstörung von ukrainischer Armee, Marine und Luftwaffe in den letzten zwei Monaten durch Russland wurde als Vorwand für die Verhängung des von den USA konzipierten Sanktionsprogramms genutzt, wie es sich uns heute darstellt. Pflichtbewusst hat Westeuropa mitgemacht. Anstatt russisches Gas, Öl und Nahrungsmittel zu kaufen, wird es diese von den Vereinigten Staaten beziehen – zusammen mit stark erhöhten Waffenimporten.

Der abzusehende Fall des Euro-/Dollar-Kurses

Untersuchen wir deshalb, wie sich dies auf die Zahlungsbilanz Westeuropas und damit auf den Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar auswirken wird.

Der europäische Handel und die Investitionen vor dem Sanktionskrieg versprachen einen steigenden beiderseitigen Wohlstand zwischen Deutschland, Frankreich und anderen NATO-Ländern gegenüber Russland und China. Russland lieferte reichlich Energie zu einem wettbewerbsfähigen Preis, und Nord Stream 2 sollte hier einen weiteren Quantensprung bringen.

Die Devisen für diesen steigenden Importhandel von Energie sollte Europa durch die Kombination aus Industrie-Exporten nach Russland und Kapitalinvestitionen in die Entwicklung der russischen Wirtschaft verdienen, z. B. durch Investitionen deutscher Automobilunternehmen und Finanzinvestitionen. Dieser bilaterale Handel und die Investitionen sind nun gestoppt – und werden noch viele, viele Jahre gestoppt bleiben. Die NATO hat Russlands Devisenreserven, die in Euro und britischen Pfund gehalten werden, beschlagnahmt. Und die Russophobie in Europa wird durch US-Propagandamedien angefacht.

Stattdessen werden die NATO-Länder US-amerikanisches Flüssiggas kaufen – aber zunächst müssen sie erstmal Milliarden von Dollar für den Aufbau ausreichender Hafenskapazitäten ausgeben, was vielleicht bis 2024 dauern kann (viel Glück bis dahin).

Die Energieknappheit wird die Weltmarktpreise für Gas und Öl drastisch ansteigen lassen. Ebenso werden die NATO-Länder ihre Waffenkäufe beim militärisch-industriellen Komplex der USA verstärken. Ihre geradezu panischen Käufe werden den Preis für Waffen in die Höhe treiben. Genauso werden auch die Lebensmittelpreise steigen, da ein dramatischer Mangel an Getreide zu erwarten ist: einerseits durch den

Wegfall der Importe aus Russland und der Ukraine, andererseits aus Mangel an Ammoniakdünger, der aus Gas hergestellt wird.

All diese drei Entwicklungen werden den Dollar gegenüber dem Euro stärken. Die Frage ist, wie Europa seine internationalen Zahlungen mit den Vereinigten Staaten ausgleichen wird. Was hat es zu exportieren, das die US-Wirtschaft akzeptiert, während deren eigener protektionistischer Einfluss wächst – jetzt, da der globale Freihandel rasant stirbt?

Die Antwort lautet: Nicht viel.

Was wird Europa also tun? Ich könnte einen bescheidenen Vorschlag machen. Jetzt, da Europa immer weniger ein politisch unabhängiger Staat ist, sieht es zunehmend mehr wie Panama und Liberia aus – Offshore-Bankenzentren unter „Billigflaggen“, die keine echten „Staaten“ sind, weil sie keine eigene Währung ausgeben, sondern den US-Dollar verwenden. Da der Eurozone monetäre Handschellen angelegt wurden, die ihre Fähigkeit zur Geldschöpfung auf 3 Prozent des BIP beschränken – warum nicht einfach finanztechnisch das Handtuch werfen und den US-Dollar einführen? So wie Ecuador, Somalia oder die Turks- und Caicosinseln?

Ausländischen Investoren würde das Sicherheit bringen gegen eine Währungsabwertung in ihrem zunehmenden Handel mit Europa und dessen Exportfinanzierung.

Die Alternative für Europa besteht darin, dass die Dollar-Kosten seiner Auslandsschulden, die es zur Finanzierung seines wachsenden Handelsdefizits mit den Vereinigten Staaten für Öl, Waffen und Lebensmittel aufgenommen hat, explodieren werden.

Die Kosten in Euro werden sogar noch höher sein, da die Währung gegenüber dem Dollar fällt. Die Zinssätze werden steigen, was die Investitionen bremst und Europa noch abhängiger von Importen macht. Die Eurozone wird wirtschaftlich zu einer toten Zone.

Für die Vereinigten Staaten ist dies eine Dollar-Hegemonie auf Pump – zumindest gegenüber Europa. Der Kontinent würde zu einer etwas größeren Version von Puerto Rico werden.

Der Dollar im Vergleich zu den Währungen des Globalen Südens

Die letzte Konsequenz ist ein neuer Kalter Krieg, der sich – ausgelöst durch den „Ukraine-Krieg“ – in die Eröffnungssalve des Dritten Weltkriegs verwandelt. Und er wird wahrscheinlich mindestens ein Jahrzehnt, vielleicht zwei, dauern, da die USA den Kampf zwischen Neoliberalismus und Sozialismus zu einem weltweiten Konflikt ausweiten.

Abgesehen von der wirtschaftlichen Eroberung Europas versuchen die Strategen der USA gleichzeitig, afrikanische, südamerikanische und asiatische Länder auf ähnliche Weise zu vereinnahmen, wie sie es für Europa geplant haben.

Der starke Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise wird die Volkswirtschaften mit Nahrungsmittel- und Ölknappeheit hart treffen – zur gleichen Zeit, in der ihre auf Dollar lautenden Auslandsschulden bei Anleihegläubigern und Banken fällig werden und der Dollarkurs gegenüber ihrer eigenen Währung steigt. Viele afrikanische und lateinamerikanische Länder – vor allem in Nordafrika – stehen vor der Wahl, entweder zu hungern, ihren Benzin- und Stromverbrauch zu drosseln oder sich die Dollars zu leihen, um ihre Abhängigkeit vom US-geprägten Handel zu decken.

Es ist die Rede davon, dass der IWF neue Sonderziehungsrechte ausgibt, um die steigenden Handels- und Zahlungsdefizite zu finanzieren. Aber solche Kredite sind immer mit Bedingungen verbunden. Der IWF hat seine eigenen Methoden, um Länder zu sanktionieren, die nicht der US-Politik gehorchen. Die erste Forderung der USA wird sein, dass diese Länder Russland, China und deren aufstrebende Handels- und Währungsselbsthilfe-Allianz boykottieren. „Warum sollten wir euch Sonderziehungsrechte geben oder neue Dollar-kredite gewähren, wenn ihr diese einfach

in Russland, China und anderen Ländern ausgibt, die wir zu Feinden erklärt haben?“ werden die US-Beamten fragen.

Das ist zumindest der Plan.

Es würde mich nicht überraschen, wenn irgendein afrikanisches Land zur „nächsten Ukraine“ würde, mit US-Stellvertretern (es gibt immer noch viele Wahabi-Anhänger und Söldner), die gegen Armeen und Bevölkerungen von Ländern kämpfen, die sich mit Getreide von russischen Farmen ernähren und ihre Wirtschaft mit Öl oder Gas aus russischen Quellen versorgen wollen – ganz zu schweigen von der Teilnahme an Chinas neuer Seidenstraßeninitiative, die ja der Auslöser für Amerikas neuen Krieg um die globale neoliberale Hegemonie war.

Die Weltwirtschaft steht in Flammen, und die Vereinigten Staaten haben sich auf eine militärische Reaktion und den Einsatz des eigenen Öl- und Agrarexports als Waffe sowie auf den Waffenhandel vorbereitet. Jetzt fordern sie die Länder auf, sich zu entscheiden, auf welcher Seite des neuen Eisernen Vorhangs sie stehen wollen.

Und was hat Europa davon? Die griechischen Gewerkschaften demonstrieren bereits gegen die verhängten Sanktionen. Und in Ungarn hat Ministerpräsident Viktor Orbán gerade die Wahl mit einer im Grunde EU- und US-feindlichen Weltanschauung gewonnen, angefangen mit der Bezahlung von russischem Gas in Rubel. Wie viele weitere Länder werden aus der Reihe tanzen – und wie lange wird es dauern?

Doch was bedeutet dies für die Länder des Globalen Südens, die auf diese Weise unter Druck gesetzt werden? Das sind nicht einfach „Kollateralschäden“ aufgrund drastischer Verknappung und steigender Preise für Energie und Lebensmittel, sondern es ist das eigentliche Ziel der US-Strategie, die damit die große Spaltung der Weltwirtschaft in zwei Teile einleitet. Indien hat US-Diplomaten bereits erklärt, dass seine Wirtschaft natürlich mit der Russlands und Chinas verbunden ist.

Aus amerikanischer Sicht stellt sich nur die Frage: „Was springt für die lokalen Politiker und Oligarchien heraus, die wir für die Auslieferung ihrer Länder an uns belohnen?“

Das macht den heraufziehenden Dritten Weltkrieg zu einem regelrechten Krieg der Wirtschaftssysteme. Für welche Seite werden sich die Länder entscheiden: für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen und ihren sozialen Zusammenhalt, oder für die US-Diplomatie, die in den Händen ihrer politischen Führer liegt?

Mit Blick auf die Einmischung der USA in Form der 5 Milliarden Dollar, die sie vor acht Jahren in ukrainische Neonazi-Parteien investierten, um die Kämpfe zu initiieren, die den heutigen Krieg auslösten – wie die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland prahlte – wäre einiges zu bedenken.

Wie lange wird es angesichts all dieser politischen Einmischungen und Medienpropaganda dauern, bis der Rest der Welt begreift, dass ein globaler Krieg im Gange ist, der sich zum Dritten Weltkrieg ausweitet?

Das eigentliche Problem besteht darin, dass bis zu dem Zeitpunkt, da die Welt begriffen hat, was vor sich geht, Russland, China und Eurasien aufgrund des globalen Zerfalls bereits in der Lage sein werden, eine echte Alternative zur neoliberalen Neuen Weltordnung zu schaffen, die keine NATO-Länder mehr brauchen wird. Diese haben das Vertrauen und die Hoffnung auf gegenseitige wirtschaftliche Vorteile verloren.

Das militärische Schlachtfeld wird mit wirtschaftlichen Leichen übersät sein.

Quellen:

[1] Michael Hudson, „R is for Rentier“, am 05.04.2014, <<https://michael-hudson.com/2014/04/r-is-for-rentier/>>



Dieser Text wurde zuerst am 07.04.2022 auf www.michael-hudson.com unter der URL <<https://www.michael-hudson.com/2022/04/the-dollar-devours-the-euro/>> veröffentlicht. Lizenz: Michael Hudson, CC BY-NC-SA 3.0

Strafanzeige gegen Graf Lambsdorff, Frank Plasberg und Anton Hofreiter



„Die Allegorie der Gerechtigkeit und des Friedens“ Gemälde von Corrado Giaquinto, ca. 1754. (Quelle: Museo del Prado, Madrid, Wikimedia Commons, gemeinfrei)

Autor: Dr. Rolf Geffken

ist Fachanwalt für Arbeitsrecht aber auch Autor auf diversen Gebieten, nicht nur des Arbeitsrechts. Seine Publikationen finden Sie unter: www.drgeffken.de/24_Veroeffentlichungen.php.



Zu den neuesten Veröffentlichungen gehören ein Beitrag von ihm im Sammelband „Arbeitsunrecht“, der Roman „Shanghai Angel“, der deutsch-chinesische Konferenzband „Streik auch in China?“ und der Erzählband „Seeleute vor Gericht“.

Sämtliche Publikationen können entweder über den Buchhandel, bei den Verlagen oder in der Kanzlei RAT & TAT direkt bestellt werden:

<http://www.drgeffken.de/>

Dieser Text wurde erstveröffentlicht auf Free21.org am 29.04.2022 Lizenz: Dr. Rolf Geffken, CC BY-NC-ND 4.0

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe angesichts der sich immer mehr verschärfenden Lage in der Ukraine aber auch in Deutschland Strafanzeige gegen zwei Politiker und einen Fernsehjournalisten gestellt. Ich bin mir darüber im Klaren, dass auch beliebige andere Politiker und Medienvertreter eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung verdient hätten. Ich habe aber diese drei Vertreter ihrer Zunft herausgegriffen, weil ihre Erklärungen exemplarisch stehen für die gegenwärtige Kriegshetze und Volksverhetzung. Meine Anzeige ist zugleich eine Presseerklärung und kann gern weitergeleitet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die nachfolgende Strafanzeige erstatte ich nicht als Anwalt sondern in eigenem Namen. Da es bei den hier angegriffenen öffentlichen Äußerungen sich sämtlich um bundesweit veröffentlichte Äußerungen handelt, dürfte die Staatsanwaltschaft Berlin örtlich zuständig sein, auch wenn einer der Beschuldigten seinen Wohnsitz in Wermelskirchen hat.

Die Anzeige richtet sich gegen:

1. Alexander Graf Lambsdorff, MdB, Bundestag, Berlin und Wohnort Bonn.

Herr Lambsdorff hat Anfang April 2022 nach übereinstimmenden Presseberichten

„die Ostermarschierer“ als „die fünfte Kolonne Wladimir Putins, politisch und militärisch“

bezeichnet. Diese Erklärung war für die Öffentlichkeit bestimmt und wurde über zahllose öffentlichen Medien verbreitet.

Der Beschuldigte hat sich damit strafbar gemacht gemäß § 130 I und II StGB.

Er hat gegen Teile der Bevölkerung („Ostermarschierer“) zum Hass aufgestachelt und deren Menschenwürde angegriffen, indem er diese böswillig verächtlich gemacht und verleumdet hat.

Als „fünfte Kolonne“ bezeichnet man der Subversion verdächtige Gruppen, die insgeheim mit den Interessen einer äußeren feindlichen Macht sympathisieren und mit dieser kollaborieren (Wikipedia). Die Ostermarschbewegung hat sich seit ihrem Entstehen gegen Wiederbewaffnung und Aufrüstung sowie für eine aktive Friedenspolitik eingesetzt. Sie hat sich weder objektiv noch subjektiv als Gruppe im Interesse einer äußeren feindlichen Macht verstanden, mit der sie kollaboriert hätte. Im übrigen ist trotz des Krieges in der Ukraine Russland, auf das der Beschuldigte offenbar anspielt, keine „feindliche“ Macht Deutschlands. Im Gegenteil: Dadurch dass der Beschuldigte dies insinuiert, stachelt er zusätzlich Teile der Bevölkerung gegen diesen vermeintlichen „Feind“ auf. Besonders verwerflich und verächtlich machend ist die Behauptung, die Ostermarschierer würden sich „politisch und militärisch“ für eine feindliche Macht engagieren.

Sämtliche offiziellen Verlautbarungen der Ostermarschierer haben den Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilt. Aber ebenso tritt die Bewegung darin für eine Verständigung der Kriegsparteien im Interesse des Weltfriedens ein und macht auf die lebensbedrohliche Gefahr einer Eskalation des Konflikts aufmerksam.

2. Frank Plasberg, Journalist, Wohnort Wermelskirchen

Herr Plasberg ist verantwortlicher Moderator der vom Unternehmen „Ansager und Schnipselmann GmbH & Co. KG“ produzierten und vom WDR ausgestrahlten TV-Sendung „hart aber fair“. Des Weiteren ist er neben Produzent Jürgen Schulte Eigentümer des Unternehmens.

Die am 11.4.2022 ausgestrahlte Sendung stand unter dem von Plasberg vertretenen (und mutmaßlich auch von ihm stammenden) Motto: **„Was muss geschehen, damit die Ukraine siegen kann?“**

In dem auf der Website des Senders erschienenen Artikel zur Sendung heißt es:

„Kann die Ukraine mit so einem Feind noch einen Frieden aushandeln? Oder muß Deutschland mehr Waffen liefern....., damit die Ukraine die russische Armee ganz besiegen kann?“

Mit dieser rhetorischen Fragestellung wird faktisch dem Fernsehpublikum insinuiert, es könne überhaupt einen **Sieg** über Russland geben und die Tatsache verschwiegen, dass ein solcher „Sieg“ nur durch ein gigantisches Blutvergießen möglich wäre und einem „totalen Krieg“ in der Ukraine gleichkäme.

Zugleich wird damit eine eindeutig antirussische Stimmung verbreitet, die Deutschland zu einer Kriegspartei macht und besonnene Stimmen für einen Erhalt des Friedens ausgrenzt. Dass dies keine theoretische Behauptung ist hat der Unterzeichnete selbst in den sozialen Medien erfahren müssen, als seine Aufrufe zu mehr Verständigungsversuchen mit Kategorisierungen wie „Putinverehrer“ usw. beantwortet wurden. Dabei ist die Bezug-

nahme auf angebliche „schwerste Kriegsverbrechen“ besonders verwerflich. Noch gibt es keine unabhängigen internationalen Untersuchungen. Alle diesbezüglichen Behauptungen beruhen auf Angaben der ukrainischen Seite, und dennoch wird die rhetorische Frage gestellt:

„Kann man mit so einem Feind noch einen Frieden aushandeln?“

Das ist faktisch ein Aufruf zur Verschärfung des Krieges, der zudem in besonderer Weise die russischstämmigen Teile der deutschen Bevölkerung gefährdet und einem massiven Russenhass aussetzt.

3. Anton Hofreiter, MdB, Berlin und Wohnort Sauerlach

Herr Hofreiter hat Anfang April über öffentliche Medien erklärt:

„Wir müssen jetzt endlich anfangen der Ukraine das zu liefern, was sie braucht: Schwere Waffen!“

Im Allgemeinen und von Hofreiter vorausgesetzten Begriffsverständnis heißt dies: Panzer und schwere Artillerie!

Auch Hofreiter nahm bei seiner Forderung Bezug auf angeblich schwerste Kriegsverbrechen Russlands, obwohl diese nach wie vor nicht untersucht wurden. Die Realisierung seiner Forderung würde zu einer Verlängerung und Intensivierung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine führen, nicht zu einer Verkürzung. Enorme Verluste an Menschenleben würden zu verzeichnen sein. Millionen von Kriegsflüchtlingen könnten vermutlich auf Dauer nicht in ihre Heimat zurückkehren. Die vehement vorgetragene Forderung Hofreiters, mit der er sogar massive Angriffe gegen den Bundeskanzler verband, wird eine mediale Verschärfung des Konflikts auch hierzulande durch Angriffe auf Andersdenkende, auf Russen und angebliche „Russenfreunde“ zur Folge haben. Man muss angesichts der bereits laufenden Verschärfung des Tons in der Öffentlichkeit und angesichts der bekannten Vorbildfunktion von Po-

litikern davon ausgehen, dass diese Folgen Hofreiter durchaus bekannt sind und er sie in Kauf genommen hat.

Die Äußerungen dieser drei Personen sind unverantwortlich. Sie treiben die Öffentlichkeit in eine Kriegsstimmung hinein, verbauen jede Rückkehr zu einer aktiven Friedenspolitik und machen Deutschland Schritt für Schritt zur Kriegspartei. Sie gefährden damit nicht nur den äußeren Frieden sondern auch den für unsere Demokratie unverzichtbaren inneren Frieden !

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Rolf Geffken

Ich möchte an dieser Stelle gern auf meinen zwei Wochen nach Kriegsausbruch erschienenen Artikel „Die Zeitenwende – Zum Ukraine-Konflikt“ auf www.drgeffken.de sowie auf den Video-Blog-Beitrag „Zerstörung des Rechts durch den Krieg“ auf Youtube. com verweisen:

Dr. Rolf Geffken, „Die Zeitenwende – Zum Ukraine-Konflikt“, am 04.03.2022, <https://www.drgeffken.de/48_Die_Zeitenwende_-_Zum_Ukraine-Konflikt.php> ; <<https://free21.org/die-zeitenwende-zum-ukraine-konflikt/>>

Dr. Rolf Geffken, „Krieg & Recht – Zerstörung des Rechts durch den Krieg – Video 45 vom 11.03.2022 auf Youtube.com unter der URL <<https://www.youtube.com/watch?v=7TU5H1xqjRw&t=29s>>



Bundespräsident Steinmeier mit Putin bei einem Besuch in Moskau, 2017 (Foto: Kremlin.ru, Wikipedia.org, CC-BY 4.0)

Der deutsche Bundespräsident auf dem Feldherrnhügel

Autor: Wolfgang Effenberger

Jahrgang 1946, wurde mit 18 Jahren Zeitsoldat, studierte Bauingenieurwesen und erhielt als junger Pionieroffizier Einblick in das von den USA vorbereitete „atomare Gefechtsfeld“ in Europa. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik). Er lebt als freier Buchautor bei München.



Dieser Text wurde zuerst am 02.05.2022 auf www.apolut.net unter der URL <https://www.apolut.net/der-deutsche-bundespraesident-auf-dem-feldherrnhuegel-von-wolfgang-effenberger/> veröffentlicht. Lizenz: Wolfgang Effenberger, Apolut, CC BY-NC-ND 4.0

Am 27. April 2022 setzte der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seine Besuche an der „NATO-Ostflanke“ – Lettland, Litauen und Polen – mit einer Visite in der Slowakei fort. Zusammen mit der slowakischen Präsidentin Zuzana Caputova wurden die seit Mitte März 2022 an die slowakisch-ukrainische Grenze verlegten deutschen Patriot-Staffeln inspiziert. Steinmeier betonte, man dürfe die Ukraine in diesen schwierigen Zeiten nicht allein lassen, und versprach Hilfe: „humanitär, finanziell und auch militärisch.“ [1] Daran habe auch seine Ausladung für einen Besuch beim ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyi nichts geändert. Den Kreml warnte er, die Verteidigungsbereitschaft der NATO nicht zu unterschätzen: „Unsere Demokratien sind stark und wehrhaft“ und bereit und in der Lage, „jeden Zentimeter des Bündnisgebietes zu verteidigen - und das gemeinsam.“ [2] Als nächstes Besuchsziel Steinmeiers ist Rumänien vorgesehen.

Nach seiner Wiederwahl am 13. Februar 2022 hatte Steinmeier gemäß Artikel 56 GG vor den versammelten Mitgliedern

des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid geleistet: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ (Also hoffentlich auch gegen die über 2 Millionen Russlanddeutschen)

In seiner anschließenden Rede versprach er, Verantwortung für alle Menschen zu übernehmen, die in unserem Lande leben. Dabei werde er überparteilich sein, aber nicht neutral, wenn es um die Sache der Demokratie geht. „Wer für Demokratie streitet, der hat mich auf seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben“, so Steinmeier. Er verwies darauf, dass die Menschen in der Ukraine ein Recht auf ein Leben ohne Angst und Bedrohung, auf Selbstbestimmung und Souveränität haben. Haben die Menschen in Serbien, in Afghanistan, im Irak, in Libyen und Syrien nicht auch dieses Recht? Zu den Grundrechten des Völkerrechts



Das Schloss Rambouillet bei Paris, Verhandlungsort zwischen Jugoslawien und Kosovo-Albanern im Frühjahr 1999. Der Vertrag wurde von der NATO ausgearbeitet und nach dem Ort der Verhandlungen im Schloss Rambouillet bei Paris benannt. Die Nichtunterzeichnung des Vertrages durch Jugoslawien diente der NATO als Begründung für die am 24. März 1999 begonnene Bombardierung Jugoslawiens. (Foto: Pline, Wikipedia.org, CC BY-SA 3.0)

gehört das Selbstbestimmungsrecht. Es besagt, dass ein Volk oder eine Nation das Recht hat, frei über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden. Dieses Selbstbestimmungsrecht ermöglicht es einem Volk oder einer Nation, sich in freier Willensentscheidung einem anderen Staat anzuschließen. [3] Das wird aber den über 2 Millionen Bewohnern der Krim vom Westen nicht zugestanden, dabei haben 13 Länder in Europa eine noch geringere Bevölkerungszahl. [4]

Weiter versicherte Steinmeier, dass Deutschland an der Seite der Esten, der Letten und Litauer steht, und versprach Polen, Slowaken und Rumänen und allen Bündnis-Partnern: „Sie können sich auf uns verlassen. Deutschland ist Teil der Nato und der Europäischen Union. Ohne sie würden wir Deutsche heute nicht in Einheit und Freiheit leben“. Hier unterschlug Steinmeier die Tatsache, dass am 10. Februar 1990 Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem Besuch in Moskau die prinzipielle Zustimmung des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow zur Wiedervereinigung Deutschlands erhielt. [5] Ohne diese Zustimmung hätte es keine deutsche Einheit gegeben.

Obwohl Steinmeier in seiner Rede durchaus zum Ausdruck brachte, dass Deutschland sich „inmitten der Gefahr eines militärischen Konflikts, eines Krieges in Osteuropa,“ befindet, verzichtete er auf einen ernstzunehmenden Aufruf zur diplomatischen Lösung des Konflikts und eine Mahnung zur Friedenspflicht und machte Russland für den Konflikt allein verantwortlich: „Wir suchen nicht die Konfrontation nach außen. Das ist die gleichlautende Botschaft aus Washington, Paris und Berlin in diesen Tagen: Wir wollen friedliche Nachbarschaft im gegenseitigen Respekt“. Es folgte der Appell an Präsident Putin: „Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!“ [6]

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Warschauer Vertragsorganisation verfolgen USA und NATO eine Politik der unipolaren Weltordnung, in der es keine zweite Weltmacht mehr geben darf. Diese imperiale Politik ist nicht gerade vom Geist des Friedens geprägt, und wenn ein aktiver Politiker in Europa den langen Weg in den jetzigen Konflikt kennt, dann ist es der amtierende deutsche Bundespräsident.

Als im November 1998 die erste rot-grüne Koalition installiert wurde, wurde der Schröder-Freund Steinmeier zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Beauftragten für die Nachrichtendienste des Bundes berufen.

Nur wenige Monate später trug Steinmeier den von seinem Kabinettskollegen Joseph Fischer (Grüne) bewusst herbeimanipulierten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Rest-Jugoslawien mit. Im Februar 1999 hatten unter Führung der US-Außenministerin Madame Albright und des deutschen Außenministers Joseph Fischer Friedensverhandlungen zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und der politischen Führung der Kosovo-Albaner begonnen. Als die jugoslawische Vertretung bereit war, den Vertrag zu unterzeichnen, wurde kurzerhand ein Anhang (B) angehängt. Darin wurden Forderungen wie die freie Beweglichkeit der NATO in ganz Jugoslawien, inklusive des Luftraumes und der See und ihrer Nutzung für Manöver, Training und andere Operationen (Artikel 8), die völlige Immunität von NATO und NATO-Personal gegenüber jugoslawischen Behörden (Artikel 6 [7]) und die kostenlose Nutzung der gesamten Infrastruktur Jugoslawiens (Artikel 10) festgeschrieben. Dieses Dokument wurde seitens des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević nicht unterschrieben, was dann zur Begründung der am 24. März 1999 begonnenen 78-tägigen Bombardierung Jugoslawiens diente. Das Britische Unterhaus erfuhr erst am 1. April, eine Woche nach Beginn der Bombardierungen, von den im Anhang B gelisteten Forderungen. In den USA wurden die in Anhang B enthaltenen Forderungen kurz im Rahmen eines NATO-Briefings vom 26. April gestreift; erst ab dem 3. Juni wurden sie in Medien erwähnt. [8]

Für den damaligen Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer, dem Parteigenossen Steinmeiers, war nach Bekanntwerden von Anhang B klar: „Es war unrichtig von der Bundesregierung, zu glauben und dem Parlament und der Öffentlichkeit zu suggerieren, dieser Vertrag hätte von Belgrad jemals unterschrieben werden können“. [9]

Am 20. März 2003 griffen die USA und ihre willigen Helfer den Irak an.

Doch zwei Monate später standen die Sieger als Lügner da:

“George W. Bush und Tony Blair haben stets behauptet, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen und das legitimiere den Krieg. Doch alle angeblichen Beweise entpuppen sich ... als plumpe Fälschungen.“ [10]

Bilanz: 190.000 Tote und mindestens 2,2 Billionen Dollar Kosten. [11]

Während Bundeskanzler Schröder Deutschland aus der direkten Kriegsteilnahme heraushielt, nutzten die USA die Bundesrepublik dennoch als logistische Drehscheibe. Bis heute ist die Rolle von Steinmeier und dem ihm unterstellten BND im Irakkrieg umstritten. Recherchen des ARD-Magazins „Panorama“ zufolge soll der deutsche Geheimdienst BND den USA beim Irak-Krieg Hilfeleistung geleistet haben. [12]

Nach der Abwahl von Schröder wurde am 22. November 2005 Steinmeier innerhalb der Großen Koalition von Union und SPD als Bundesminister des Auswärtigen in das von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführte Kabinett berufen.

Im Frühjahr 2007 erhielt Außenminister Steinmeier vom militärischen Berater des deutschen Botschafters in Kabul, Oberstleutnant Jürgen Heiducoff, eine aktuelle Analyse der Lage in Afghanistan, die von den Medien als „Brandbrief aus Kabul“ bezeichnet und am 31. Mai 2007 in einer ARD-Monitor-Sendung thematisiert wurde. Bevor Oberstleutnant Heiducoff den Dienstposten an der Botschaft antrat, war er während seines fast dreijährigen Dienstes in Afghanistan auch Zeuge seiner Auffassung nach unverhältnismäßiger militärischer Gewalt durch westliche Verbände gegenüber Zivilisten geworden. Er empfahl schon frühzeitig eine strategische Neuausrichtung, die eine Stärkung der Zivilgesellschaft in den Vordergrund stellen sollte. Da 2007 die Situation zu eskalieren begann, wandte er sich direkt an seinen Vorgesetzten, den Außenminister Steinmeier:

„Herr Minister, ich beobachte eine wachsende Dissonanz zwischen den Zielen unserer Afghanistanpolitik und der militärischen Praxis. Ich stelle fest, dass

in Unterrichtungen von ISAF für Politiker und Parlamentarier die militärische Lage unzulässig geschönt dargestellt wird. Auch deutsche Generale beschönigen oder verschweigen eigene Probleme. Die ständigen Forderungen nach Truppenverstärkung, die steigenden Kosten des militärischen Engagements, das Anwachsen eigener Verluste und die wachsende Zahl ziviler Opfer verdeutlichen die Ungeeignetheit und Ausweglosigkeit der militärischen Gewalt als Lösung der inneren und äußeren gesellschaftlichen Probleme Afghanistans. ... Wenn immer mehr zivile Opfer und unsägliches Leid durch die eigenen Militärs unter der Zivilbevölkerung produziert werden, dann eignet sich das Mittel der militärischen Gewalt nicht, um die Probleme in diesem Land zu lösen. ... Tragen Sie bitte dazu bei, die weitere Eskalation der militärischen Gewalt in Afghanistan zu stoppen.“ [13]

Welche Reaktion gab es 2007 von Steinmeier? Oberstleutnant Heiducoff wartet bis heute noch auf eine Antwort von seinem damaligen Außenminister. Dafür folgten 2007 dienstrechtliche Auseinandersetzungen, die 2008 zur vorzeitigen Ablösung Heiducoffs führten. Höhepunkt dieser fatalen deutschen Politik ist die Beförderung von Oberst Klein zum General, der am 4. September 2009 den fatalen Luftangriff gegen zwei im Morast stecken gebliebene Tanker befohlen hatte, bei dem es offiziell 91 Tote – darunter dutzende Zivilisten – gegeben hatte (unabhängige Zählungen gehen von 142 Toten aus). [14]

Nach der Bundestagswahl 2013 wurde Steinmeier im dritten Kabinett Merkel am 17. Dezember 2013 wieder Außenminister. So hat Steinmeier in exponierter Stellung die Entwicklung des von den USA orchestrierten „Maidan-Putsches“ nicht nur mitverfolgt, sondern auch mitgetragen.

Bei seinem Moskau-Besuch am 14. Februar 2014 nahm Steinmeier zu Fragen der russischen Tageszeitung Kommersant Stellung. Die Möglichkeit, Russland zu den Vermittlungsbemühungen zur Beilegung der politischen Krise in der Ukraine hinzuzuziehen, sah Steinmeier damals positiv: „Dazu kann auch Russland einen konstruktiven Beitrag leisten“. Da-

bei waren die Weichen zum Sturz des gewählten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch längst gestellt.

Die nächste Frage war dann schon heikler: „Stört es Sie nicht, Herr Minister, dass auf dem Kiewer Maidan Gruppierungen, die sich offen zu einer nationalistischen, bisweilen sogar neonazistischen Ideologie bekennen, eine zunehmend große Rolle spielen? Sind Sie nicht der Meinung, dass Europa der ukrainischen Opposition ein klares Signal senden sollte: Wenn solche Leute wie der Chef der Partei „Swoboda“, Oleg Tjagnybok, Mitglied des zukünftigen Ministerkabinetts werden, dann kann die EU eine solche Regierung nicht als demokratisch ansehen und mit dieser nicht in vollem Umfang zusammenarbeiten?“ Steinmeier stellte dazu fest, dass eine gute Zukunft für die Ukraine nicht auf Gewalt und Extremismus gegründet werden kann. Eine politische Lösung, die von Regierung, Opposition und vor allem von den Menschen in der Ukraine mitgetragen wird, sei das Gebot der Stunde. [15]

Am 20. Februar 2014 traf sich Steinmeier dann mit dem ukrainischen Faschistenführer Oleg Tjagnybok in der deutschen Botschaft in Kiew, der nach dem Gespräch als „gleichberechtigter“ Oppositionspartner an den mehrstündigen gemeinsamen Verhandlungen über den Umsturz in der Ukraine teilnehmen durfte. [16]

Einen Tag später unterzeichneten Präsident Janukowitsch und die Oppositionsführer eine Vereinbarung zur Beilegung der Krise, die auf Vermittlung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens zustande gekommen war. Anschließend floh Janukowitsch nach Russland. Seitdem herrscht in der Ostukraine ein Krieg, der das politische Verhältnis der Europäer zu Russland veränderte und die seit 1991 vorherrschende Politik der Annäherung zwischen Ost und West beendete. Der andauernde Konflikt machte die Ukraine – das zweitgrößte Land Europas – nach Moldawien auch zum zweitärmsten Land des Kontinents. Die Folgen des seit dem 24. Februar 2022 andauernden

Quellen:

[1] GMX, „Steinmeier warnt Kreml: Nato wird jeden Zentimeter verteidigen“, am 27.04.2022, <<https://www.gmx.net/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/steinmeier-warnt-kreml-nato-zentimeter-verteidigen-36815562>>

[2] Ebd.

[3] Joachim Bentzien, „Die völkerrechtlichen Schranken der nationalen Souveränität im 21. Jahrhundert“, Peter Lang, Frankfurt am Main 2007, S. 45 <<https://www.schulthess.com/buchshop/detail/ISBN-9783631567814/Bentzien-Joachim/Die-volkerrechtlichen-Schranken-der-nationalen-Souveraenitaet-im-21.-Jahrhundert>>

[4] Bundeszentrale für politische Bildung, „Bevölkerungsstand und Entwicklung“, am 18.10.2018, <<https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/europa/70497/bevoelkerungsstand-und-entwicklung/#:~:text=In%20den%2028%20Mitgliedstaaten%20der%20Europäischen%20Union%20%28EU%29,diese%20fünf%20Staaten%20nach%20Angaben%20von%20Eurostat%20>>

[5] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, „Gorbatschow stimmt Deutscher Einheit zu“, am 10.02.1990, <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/gorbatschow-stimmt-deutscher-einheit-zu-454754>>

[6] Der Bundespräsident, „Rede zur Wiederwahl zum Bundespräsidenten durch die 17. Bundesversammlung“, am 13.02.2022, <<https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/02/220213-Bundesversammlung.html>>

[7] Die zur NATO gehörenden Personen genießen unter allen Umständen und zu jeder Zeit Immunität vor der Gerichtsbarkeit der Konfliktparteien hinsichtlich sämtlicher zivil-, verwaltungs-, straf- oder disziplinarrechtlicher Vergehen, die sie möglicherweise in der Bundesrepublik Jugoslawien begehen.

[8] Le Monde diplomatique, Noam Chomsky, „Another Way For Kosovo?“, am 14.03.2000, <<https://mondediplo.com/2000/03/06chomsky>>

[9] Netzwerk Friedenskooperative, Andreas Zumach, „Weitreichende Bestimmungen im Annex des Kosovo-Abkommens, taz Nr. 5803 Seite 6“, am 6.04.1999, <<http://archiv.friedenskooperative.de/themen/inter-54.htm>>

[10] ARD NDR Panorama, Jochen Graebert, Dietmar Schiffermüller und Ilka Steinhausen, „Gefälschte Beweise, inszenierte Bilder - Die Bilanz der Kriegslügen“, am 12.06.2003, <<https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2003/Gefaelschte-Beweise-inszenierte-Bilder-Die-Bilanz-der-Kriegsluegen,erste8192.html>>

[11] Deutschlandradio, „Die Kosten des Irak-Kriegs“, am 14.03.2013, <https://www.deutschlandradio.de/die-kosten-des-irak-kriegs.331.de.html?dram:article_id=240542>

[12] Spiegel, „BND soll USA im Irak-Krieg unterstützt haben“, am 12.01.2006, <<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bomben-auf-bagdad-bnd-soll-usa-im-irak-krieg-unterstuetzt-haben-a-394787.html>>

[13] Netzwerk Friedenskooperative, Ansgar Klein und Helene Klein, „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“, Ausgabe 6/2011, <<https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/der-tod-ist-ein-meister-aus-deutschland>>

[14] Der Tagesspiegel, „Keine Entschädigung für Luftangriff in Kundus“, am 16.02.2021, <<https://www.tagesspiegel.de/politik/urteil-zu-tanklastern-griff-keine-entschaedigung-fuer-luftangriff-in-kundus/26919074.html>>

[15] Russland.News, „Steinmeier in Moskau im Interview“, am 14.02.2014, <<http://www.russland.news/steinmeier-in-moskau-im-interview/>>



US-Präsident Roosevelt bei der Unterzeichnung des Lend-Lease Act am 18. Februar 1941, das den USA ermöglichte, kriegswichtiges Material wie Waffen, Munition, Fahrzeuge, Treibstoffe, Nahrungsmittel, Flugzeuge etc. an die gegen die Achsenmächte (Deutschland, Italien, Japan) kämpfenden Staaten zu liefern. Es diente als Vorlage für ein neues Land-Lease-Gesetz des US-Kongress, womit US-Präsident Joe Biden der Ukraine weitere 33 Milliarden US-Dollar versprach. (Foto: Associated Press photograph, Wikipedia.org, Gemeinfrei)

Kriegs sind noch gar nicht abzuschätzen. Und die Länge auch nicht. Die Nachrichten über weitere Waffenlieferungen an die Ukraine reißen nicht ab. Am 26. April 2022 richtete das US-Verteidigungsministerium im Hauptquartier des „US-European Command“ in Stuttgart ein internationales Geberkoordinationszentrum (IDCC) ein. Es dient zur Koordination der Lieferung und Bereitstellung von Militärhilfe für die Ukraine mit den mehr als 40 Partner- und verbündeten Nationen, die sich am gleichen Tag auf der US-Air Base in Deutschland trafen. [17]

Zugleich versprach US-Präsident Joe Biden der Ukraine weitere 33 Milliarden US-Dollar. Mit der Verabschiedung einer neuen Version des Lend-Lease-Gesetzes durch den US-Kongress kommen dunkle Erinnerungen hoch. Am 18. Februar 1941 hatten die damals neutralen Vereinigten Staaten das Leih- und Pachtgesetz (englisch Lend-Lease Act) [18] verabschiedet. Es ermöglichte den USA, kriegswichtiges Material wie Waffen,

Munition, Fahrzeuge, Treibstoffe, Nahrungsmittel, Flugzeuge etc. an die gegen die Achsenmächte (Deutschland, Italien, Japan) kämpfenden Staaten zu liefern. Nun dürfte es nur noch ein paar Monate dauern, bis sich die USA und damit auch die NATO im Krieg mit Russland (und vermutlich auch mit China) befinden.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj dankte Washington und sprach von einem „wichtigen Schritt“. Dieser Schritt wird die Ukraine in den Abgrund stürzen.

Am 28. April 2022 segnete eine große Mehrheit im Bundestag die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine ab. Vor diesem Hintergrund tourt der deutsche Bundespräsident durch die „Ostflanke der NATO“ und hilft, mit seinen „Frontbesuchen“ zur Erhöhung der Kampfmoral beizutragen. Das scheint oberflächlich mit seiner Aussage übereinzustimmen: „Wer für die Demokratie streitet, hat mich an seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben.“ [19]

Doch ohne Frieden ist auch die Demokratie NICHTS. Unter dem Banner von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten werden auf dem Rücken der Menschen machtpolitische und interessengeleitete Kämpfe ausgetragen, die Zerstörung, Destabilisierung, Angst, Tod und Schmerz bringen.

Bis jetzt ist der Ukraine-Krieg noch ein Stellvertreterkrieg, wie z. B. die Kriege in Korea (1950–1953), Vietnam (1964–1975) und Afghanistan (1979–1989). Dahinter geht und ging es um große geopolitische Zielsetzungen.

Nur drei Monate nach dem Maidan-Putsch sagte US-Präsident Obama unter dem Applaus der West Point-Kadetten, dass der „Amerikanische Exzeptionalismus“ eine Doktrin sei, die rechtfertigt, was immer Washington macht: „Ich glaube mit jeder Faser meines Wesens an die amerikanische Ausnahmestellung“, so Obama, „aber was uns außergewöhnlich macht, ist nicht unsere Fähigkeit, internationale Normen und die Rechtsstaatlichkeit zu missachten; es ist unsere Bereitschaft, sie durch unser Handeln zu bestätigen.“ [20]

Wie ernst können die deutsch-amerikanischen Erklärungen aus der zweiten Julihälfte 2021 genommen werden?

Am 15. Juli 2021 bekräftigten der Präsident der Vereinigten Staaten und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland ihr „Bekenntnis zu enger bilateraler Zusammenarbeit bei der Förderung von Frieden, Sicherheit und Wohlstand auf der ganzen Welt... Überall auf der Welt müssen alle Nationen frei von Einflussnahme durch fremde Mächte selbst über ihre politische Zukunft bestimmen können.“ [21] Hier wäre noch ausreichend Zeit gewesen, das Minsker Abkommen umzusetzen und damit das Leiden der ostukrainischen Bevölkerung zu beenden. Ein Leiden, das erst durch die US-amerikanische Einflussnahme (mit 5 Milliarden US-Dollar) auf die ukrainische Politik provoziert wurde.

In der nur 6 Tage später folgenden Erklärung der USA und Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine und der europäischen Energiesicherheit wurde auf drei DIN-A4-Seiten dreimal betont, „ge-

meinsam gegen russische Aggression und russische destruktive Aktivitäten in der Ukraine und darüber hinaus vorzugehen“. [22] Das Spiel mit dem Feuer wurde ernst!

Ohne eine Rückkehr zum Prinzip des Westfälischen Friedens wird es nirgendwo Frieden oder wirtschaftliche Sicherheit geben.

Das wäre aber mit den geopolitischen Zielen der selbsternannten Verantwortungsmacht, die „bei der Entwicklung globaler Lösungen für gemeinsame Herausforderungen eine Führungsrolle“ [23] übernehmen will, unvereinbar. Und natürlich erst recht unvereinbar mit den Inhalten und Zielen des Langzeitstrategiepapiers von 2014 „Win in a Complex World 2020–2040“ [24]. Europa und vor allem Deutschland soll für die imperialen Pläne den Steigbügel halten und die Ressourcen bereitstellen – da wird sich die Welt wohl auf einen längeren Krieg einstellen müssen.

In seinem Gedicht, „Der Krieg, der kommen wird“ hebt Bertolt Brecht hervor, wie in jedem Krieg alles zu Lasten der Menschen und Völker geht, die gezwungen sind, für „höhere“ Interessen zu kämpfen und zu sterben. Kein Volk will Krieg, aber jedes Volk zahlt dafür. [25]

Der Krieg, der kommen wird
Ist nicht der erste. Vor ihm
Waren andere Kriege.

Als der letzte vorüber war
Gab es Sieger und Besiegte.

Bei den Besiegten das niedere Volk
Hungerte. Bei den Siegern
Hungerte das niedere Volk auch. [26]

Quellen:

[16] Guido Grandt, Guido Grandt, „VERSCHWIEGEN: Wie Steinmeier sich 2014 mit ukrainischen Faschisten traf!“, am 14.02.2022, <<https://www.guidograndt.de/2022/02/14/verschwiegen-wie-steinmeier-sich-2014-mit-ukrainischen-faschisten-traf/>>

[17] CNN, Aditi Sangal, Maureen Chowdhury, Meg Wagner, Melissa Macaya, Jessie Yeung, Andrew Raine, Ben Morse and Jack Guy, „April 26, 2022 Russia-Ukraine news“, am 27.04.2022, <https://edition.cnn.com/europe/live-news/russia-ukraine-war-news-04-26-22/h_7f372d36695c1a3891b5213d6a4c7>

[18] offiziell: An Act to Promote the Defense of the United States, („Ein Gesetz, um die Verteidigung der Vereinigten Staaten zu fördern“)

[19] Frankfurter Allgemeine, Eckart Lohse, Rede nach Wiederwahl: „Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!“, am 13.02.2022, <<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wiederwahl-steinmeier-macht-deutlich-wie-bedroht-demokratie-ist-17802531.html>>

[20] The White House President Barack Obama, „Remarks by the President at the United States Military Academy Commencement Ceremony“, am 28.05.2015, <<https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-united-states-military-academy-commencement-ceremony>>

[21] US-Botschaft und Konsulate in Deutschland, Joseph R. Biden jr. und Angela Merkel, „Erklärung von Washington“, am 15.07.2021, <https://de.usembassy.gov/de/usa-deutschland/>

[22] Auswärtiges Amt, Pressemitteilung, „Gemeinsame Erklärung der USA und Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und unserer Klimaziele“, am 21.07.2021, <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/gemeinsame-erklaerung-usa-und-deutschland/2472074>>

[23] siehe [21]

[24] Academia, „US Army’s Win in a Complex World 2020–2040. Published 10–2014“, am 07.10.2014, <https://www.academia.edu/8772891/US_Armys_Win_in_a_Complex_World_2020-2040_Published_10-2014>

[25] Yeyebook, Bertolt Brecht, Gedicht „Der Krieg, der kommen wird“, <<https://www.yeyebook.com/de/bertolt-brecht-gedicht-der-krieg-der-kommen-wird-text-brecht/>>

[26] Prof. Draghetti – Scuola „F.lli Pizzigotti“ CSPT, „Der Krieg, der kommen wird“, <<https://sites.google.com/site/deutschcspt/materiale-didattico/b-brecht/la-guerra-che-verra>>

„Die Gegenwart soll an die Zukunft keine Fragen stellen, sondern Forderungen.“

Erich Mühsam, 1918

Ab sofort gibt es in Free21 eine neue Rubrik: Utopie. Utopie bedeutet wörtlich „Nicht-Ort“. Ein Ort, den es noch nicht gibt. Eine Utopie ist eine positive Vision der Zukunft, und damit immer auch eine Kritik an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Autor: Dirk Pohlmann

Jahrgang 1959, studierte Publizistik, Philosophie und Jura, erwarb eine Berufspilotenlizenz, war Geschäftsführer der CargoLifter World GmbH und absolvierte eine Ausbildung als Projektmanager. Er produzierte als Drehbuchautor und Filmregisseur mehr als 20 Dokumentationen für arte, ZDF, und ARD, die darüberhinaus in mehr als 20 Ländern im TV ausgestrahlt wurden, etwa in den USA, Kanada, Russland und Australien. Er schreibt für zahlreiche Blogs und veröffentlicht im Videokanal „Das 3. Jahrtausend“ mit über 50.000 Abonnenten. Gemeinsam mit Jens Wernicke hat er gerade das Buch „Klimakatastrophe“ herausgegeben. Demnächst erscheint von ihm „Im Auftrag der Eliten: Der Fall Herrhausen und andere politische Morde“.



Der Begriff „Utopie“ hatte lange einen zweifelhaften Ruf. „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“ hatte Helmut Schmidt in den 70er Jahren gesagt. Als Francis Fukuyama meinte, nach der Zeitenwende von 1989 mit seinem gleichnamigen Buch „Das Ende der Geschichte“ ausrufen zu müssen, wollten die neuen Herren der Welt in einem Aufwasch gleich alle Utopien auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgen.

Mittlerweile wird aber zunehmend klarer, dass die Ideenarmut der Gegenwart die wachsenden Probleme nicht lösen kann und dass die herrschende Ideologie nur die Ideologie der Herrschenden ist, prägnant zusammengefasst: Neoliberalismus plus Imperialismus. Das reicht nicht für eine Zukunft, die diesen Namen verdient.

Noch schlimmer: Neuerdings versucht die globale Oligarchie auch noch, ihre Vision der Schönen Neuen Welt mit großem PR-Aufwand als Great Reset und Great Narrative anzupreisen: „Dir wird nichts gehören und Du wirst glücklich sein.“ Die Vision der Besitzlosigkeit gilt natürlich nicht für Bill Gates, Elon Musk, Jeff Bezos oder Klaus Schwab, sondern nur für die Fußgänger: Menschen, wie Sie und ich. Die Oligarchen werden ihr Eigentum nicht abschaffen. Sie werden nur glücklich sein, wenn ihnen alles gehört. An-

gebliche Philanthropen wie Bill Gates schaffen es, ihre durch kein demokratisches Verfahren legitimierte Macht und ihr steuerfreies Stiftungskapital ständig zu vergrößern, bei Gates wuchs es von 40 Milliarden bei der Gründung seiner BMG Foundation 2008 auf derzeit mehr als 130 Milliarden. Was „Menschenfreundlichkeit“ genannt wird, ist schlicht ein verchromter Monopolkapitalismus. Er glitzert und funkelt in den Medien, aber er stinkt.

Wir finden es darum wichtig, nicht nur den Erzählungen der Reichen und Mächtigen zu folgen, sondern unsere eigenen Utopien zu entwickeln. Deshalb wollen wir in jeder Free21-Ausgabe einen Artikel über möglichst reale Utopien abdrucken. Diese Artikel stellen wir zur Diskussion und hoffen, dass Sie als Leser/innen nicht einfach fertige Vorschläge übernehmen, sondern Ihre eigene Utopie entwickeln, gemeinsam nachdenken und darüber sprechen. Nur wenn wir zusammen Graswurzel-Bewegungen ins Leben rufen und zusammen arbeiten, können wir eine demokratische Moderne aufbauen, die diesen Namen verdient.

In unseren aktuellen Verhältnissen werden die Reichen reicher und die Armen ärmer. Das ist kein Unfall, das hat System und ist das System. So wie es Warren Buffet unverblümt erklärte:

Dieser Text wurde zuerst am 15.06.2022 auf www.free21.org unter der URL <https://free21.org/die-gegenwart-soll-an-die-zukunft-keine-fragen-stellen-sondern-forderungen/> veröffentlicht. Lizenz: Dirk Pohlmann, Free21, CC BY-NC-ND 4.0

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse – die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ **Warren Buffet**

Oder wie es die Anarchistin Emma Goldman 1908 in „Was ich denke“ ausdrückte: „Es ist die private Herrschaft über Dinge, die Millionen von Menschen ins Nichts zwingt, sie zu lebenden Körpern macht, die keine Originalität und Initiative mehr besitzen, zu menschlichen Maschinen aus Fleisch und Blut, die bergeweise Wohlstand für andere schaffen und dafür mit ihrer eigenen grauen, stumpfen und elenden Existenz bezahlen.“

Man zwingt uns mit dem Kapitalismus ein System auf, das uns vereinzelt und zu einem Kampf „Jeder gegen jeden“ zwingt. Er macht alles zur Ware. Die Tiere, die Umwelt, den Menschen und unseren gesamten Planeten. Das Problem an unserer Überfluss-Gesellschaft ist, dass sie überflüssige Menschen produziert, wie Ilja Trojanow schrieb. So eine Gesellschaft ist menschenverachtend, das muss nicht weiter erklärt werden.

„Die Regierung des Menschen über den Menschen ist die Sklaverei. Wer immer die Hand auf mich legt, um über mich zu herrschen, ist ein Usurpator und ein Tyrann. Ich erkläre ihn zu meinem Feinde.“ schrieb Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865).

Ob das Problem mit ein paar Reformchen erledigt werden kann? Martin Luther King war anderer Ansicht: „Ich habe jahrelang an der Idee gearbeitet, die bestehenden Institutionen der Gesellschaft zu reformieren – ein wenig Veränderung hier, ein bisschen Fortschritt dort. Doch jetzt bin ich zu anderer Überzeugung gelangt: Ich glaube, man muss die ganze Gesellschaft umstrukturieren – wir brauchen eine Revolution unseres Wertesystems.“ Und Johann Wolfgang von Goethe schrieb dazu:

„Welche Regierung die beste sei? Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren.“



Anlehnung an das 35-Stunden-Woche Logo der IG Metall. Lizenzfrei.

Im historischen und volkswirtschaftlichen Kontext: Der Zweck der Arbeit

Der Zweck der Arbeit wird durch das herrschende System definiert. Dabei hängt die Länge der Arbeitszeit davon ab, wie wir wirtschaften.

Dass wir falsch wirtschaften, zeigt sich im Raubbau an unseren Ressourcen, der globalen Umweltzerstörung, in der weltweit wachsenden Arbeitslosigkeit, in der zunehmenden Armut und in der Vernichtung der Überproduktion wie z.B. an Lebensmitteln.

Doch warum wirtschaften wir falsch?

Wir wirtschaften falsch, weil wir vergaßen, was Wirtschaften ursprünglich war: Haushalten. Wir müssen wieder verstehen, warum und wofür wir arbeiten. Wir arbeiten für unsere Versorgung und unseren Wohlstand. Die Versorgung basiert heute fast ausschließlich auf der Einkommensquelle und finanziert auch die Reproduktionsarbeiten, die zusätzlich zum Gelderwerb geleistet werden. War-

um dies so ist, zeigt die Entwicklung der Gesellschaft in den Industrienationen am deutlichsten.

Das Lehnswesen

Das Lehnswesen des Frühmittelalters war die am engsten mit der Natur verbundene Wirtschaftsform. Sie organisierte sich in viele kleine Gemeinschaften mit einer geschlossenen Hauswirtschaft. Diese Gemeinschaften waren Selbstversorger. Nicht Geld, sondern geliehenes Land sicherte den Anführern der germanischen Stämme die Gefolgschaft ihrer Krieger. Das Lehen verpflichtete die Bauern zur Erbringung einer Tätigkeit oder zur Abgabe eines bestimmten Anteils ihrer Ernte. Das kaiserliche Lehen einer Pfalz verpflichtete z.B. zur Unterbringung und Verpflegung des Hofstaa-

tes, sobald der Kaiser auf dieser Pfalz Hof hielt und Recht sprach. Verlieh ein Ritter seinen Bauern ein Lehen, so wurden die Bauern zur Versorgung ihres Ritters verpflichtet. Gleichfalls gehörte die Bewaffnung des Ritters zur Pflicht der Bauern.

Demgemäß lässt sich die Verteilung der Arbeit im Frühmittelalter wie in Abbildung 1 beschreiben. Die Menschen dieser Gesellschaft wussten noch, warum sie was, wann und wie machen mussten, um durch den Winter zu kommen. Sie waren nicht entfremdet von ihrer Arbeit und be-

gleiteten die Herstellung eines Gutes von Anfang bis Ende. So verstanden sie die Versorgung der Gesellschaft.

Der Feudalismus – Kolonialismus (16. bis 18. Jahrhundert)

In den unterschiedlichsten Staaten wurde ein stehendes Heer und das Beamtentum eingeführt. Die Beamten waren besoldete Staatsdiener, die wie ein ziviles Herr arbeiteten und dafür sorgten, dass im ganzen Lande die königlichen Befehle durchgesetzt wurden. Die höchsten Beamten waren die Minister, die den König berieten.

Finanziert wurde dies aus den Einnahmen des Königs. Die kamen vor allem aus den direkten und indirekten Steuern. Um die Steuereinnahmen zu steigern, musste ein Staat versuchen, möglichst viel Geld ins Land zu ziehen und möglichst wenig Geld hinaus zu lassen. In dessen Folge mussten möglichst viele Güter im eigenen Land produziert und im Ausland verkauft werden, während vom Ausland möglichst wenig Güter eingekauft werden durften. Dies war die Geburtsstunde des Merkantilismus [1] (das Verbot der Einfuhr ganz bestimmter Güter, hohe Zollmauern für eingeführte Güter, niedrige Besteuerung für ausgeführte Güter [2]). Dieser Maßnahmen bedienten sich z.B. auch der Finanzminister Colbert unter Ludwig XIV. [3]

Durch hohe Exporte konnten die Einnahmen an Steuern und damit die Macht des Staates nach innen und außen verstärkt und das Staatsgebiet vergrößert werden. Der Umfang der Produktion musste also vergrößert werden. Dies geschah vor allem mit der Herstellung von Luxusgütern.

Um in großen Stückzahlen produzieren zu können, wurden von den jeweiligen Staaten handwerkliche Großbetriebe aufgebaut, die Manufakturen genannt wurden. Diese waren die Vorläufer der heutigen Fabriken. Vor allem Kaufleute wurden mit eingebunden, die im Staat durch den Aufbau von privaten Manufakturen vielerlei Vorrechte erhielten.

Um Güter möglichst billig herstellen zu können, mussten Rohstoffe, die es im eigenen Lande nicht gab, möglichst billig beschafft werden. Am billigsten waren die

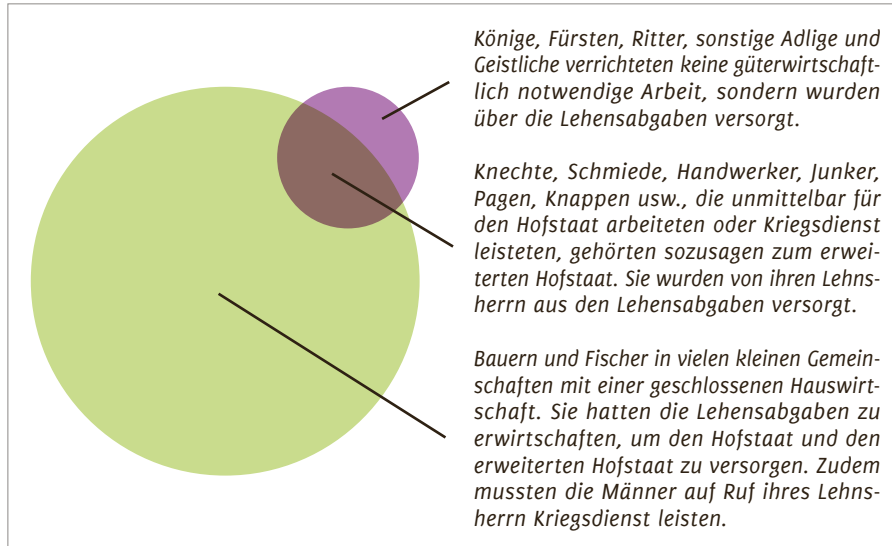


Abbildung 1: Verteilung der Arbeit im Frühmittelalter

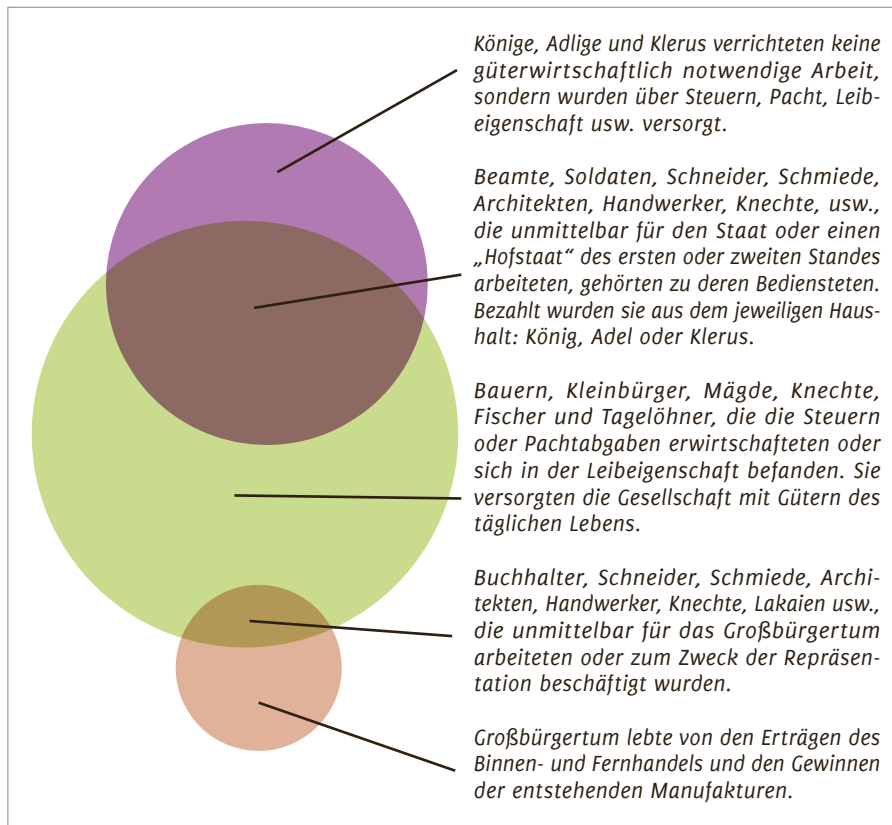


Abbildung 2: Verteilung der Arbeit im Feudalismus

Rohstoffe aus den eigenen Kolonien. Die Sicherstellung der Versorgung mit billigen Rohstoffen war der Antrieb, ein möglichst großes Kolonialreich aufzubauen.

Die Ausbeutung der Rohstoffe in den Kolonien zur Versorgung der Produktion in den Mutterstaaten wurde damit zum Kennzeichen der Epoche des Kolonialismus [4, 5].

Der Imperialismus (19. bis 20. Jahrhundert)

Die Manufakturen entwickelten sich zu Fabriken. Das Innungsrecht wurde in weiten Teilen aufgehoben und gewöhnliche Kaufleute konnten in Fabriken Güter des täglichen Gebrauchs industriell produzieren. Um den Bedarf an billigen Rohstoffen sicherzustellen, wurden immer mehr Länder erobert und als Kolonien an das Mutterland angegliedert.

Durch die fortschreitende Industrialisierung stieg die Produktivrate in den Mutterländern exponentiell. Hierdurch drohte stets ein Überangebot und ein Preisverfall für die hergestellten Produkte. In den Mutterländern entstand der Druck, immer neue Märkte zu erschließen und dem Mutterland immer neue Kolonien anzugliedern.

Die billige Produktion von Gütern des täglichen Gebrauchs führte schließlich dazu, dass die in den Kolonien produzierten Güter unterboten und die traditionelle Produktion in den Kolonien zerstört wurde. Die Folge war, dass sich die Produktion von Gütern immer mehr in den Mutterländern verdichtete und die Kolonien immer mehr zu Lieferanten von Rohstoffen und Naturalien wurden. Nur so konnte in den Imperialstaaten der „tendenzielle Fall der Provitrate“ (nach Rosa Luxemburg [6]) abgewendet werden. In den Kolonien fielen hingegen immer mehr Menschen in die Rolle der Tagelöhner und des Lumpenproletariats. Diese Epoche, bezeichnen wir als Imperialismus (nach Rosa Luxemburg [7, 8]).

Kennzeichen dieser Epoche war, dass die (industrielle) Produktion für die Güter des täglichen Gebrauchs in den Imperialstaaten verdichtet wurde. Kolonien hinge-

gen wurden immer mehr zu reinen Rohstofflieferanten. Gegen Ende dieser Epoche begannen die Menschen in den Imperialstaaten zu vergessen, was Wirtschaften im Sinne von Haushalten bedeutet.

Denn es ging seit dem Kolonialismus nur noch um Ausbeutung und die Umverteilung der Einkommen von unten nach oben zur Machtzentralisation. In diesem Prozess veränderte sich die Wahrnehmung der Arbeit grundlegend.

Veränderung der Wahrnehmung der Arbeit im Kolonialismus und Imperialismus

Ursprünglich haushalteten die Menschen, indem sie die aufgewandte Arbeitszeit an den Ertrag an Gütern maßen, die sie brauchten. Diese Sichtweise ist ein wesentlicher Teil der Güterwirtschaft.

Der Güterwirtschaft haftete immer die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Tätigkeit an: Der Bestellung eines Feldes die Ernte; der Schulung von Kindern die Entwicklung der Kinder; dem Mau-

ern die Fertigstellung eines Gebäudes; der Pflege eines Kranken die Genesung desselben usw. Betrachten wir die Abbildung 4, erkennen wir, wie stark durch den Einsatz modernster Maschinen die güterwirtschaftlich sinnvollen Tätigkeiten in den USA zurückgingen. In der Landwirtschaft von 1840 bis 2010 von 70% auf knapp 3%. In der Industrie von 1960 bis 2010 von rund 38% auf 20%. Für Deutschland sehen die Verläufe genauso aus [10].

Die allgemeine Arbeitszeit hätte also sinken müssen. Die Arbeitsmenge stieg jedoch im Dienstleistungssektor erheblich an. Hierin erkennen wir, dass der güterwirtschaftliche Sinn einer Arbeit und die Menge der geleisteten Arbeit immer mehr auseinanderdriften. Die Arbeit wurde von ihrem güterwirtschaftlichen Sinn entkoppelt. Ein Großteil der Arbeit im Dienstleistungssektor entstand in der Finanzwirtschaft [11, 12, 13, 14].

Die Finanzwirtschaft hat dabei unsere Wahrnehmung von Arbeit verändert: Wir leihen Geld, um uns einen Traktor oder ein Stück Land zu kaufen, um es bestellen zu können. Wir leihen Geld, um einen Betrieb aufzubauen. Die Versicherung zahlt

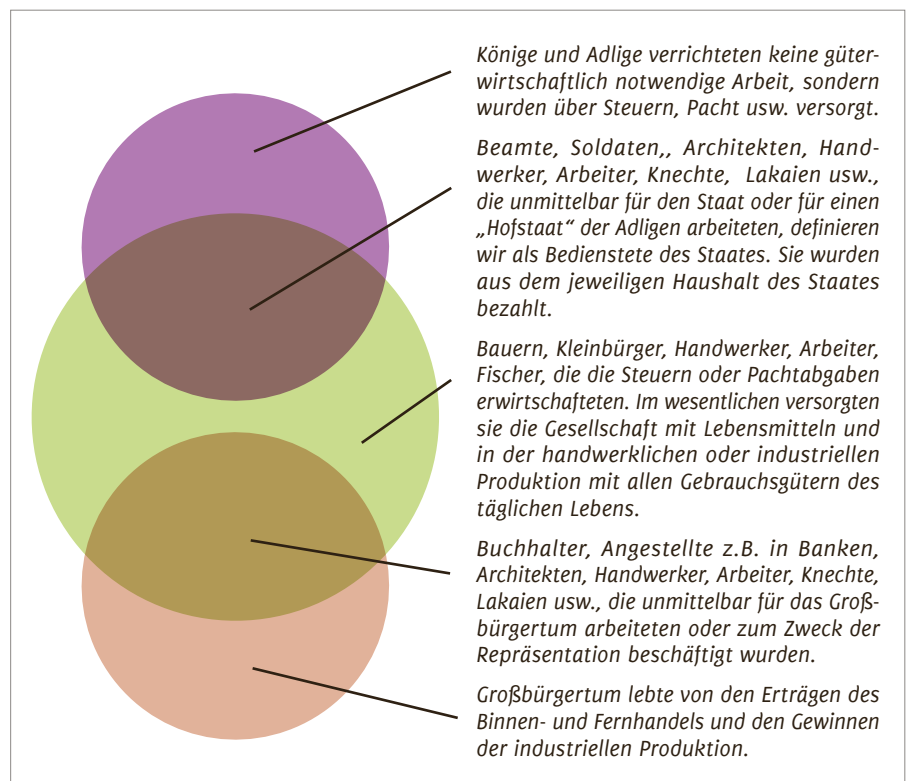


Abbildung 3: Verteilung der Arbeit in den Imperialstaaten

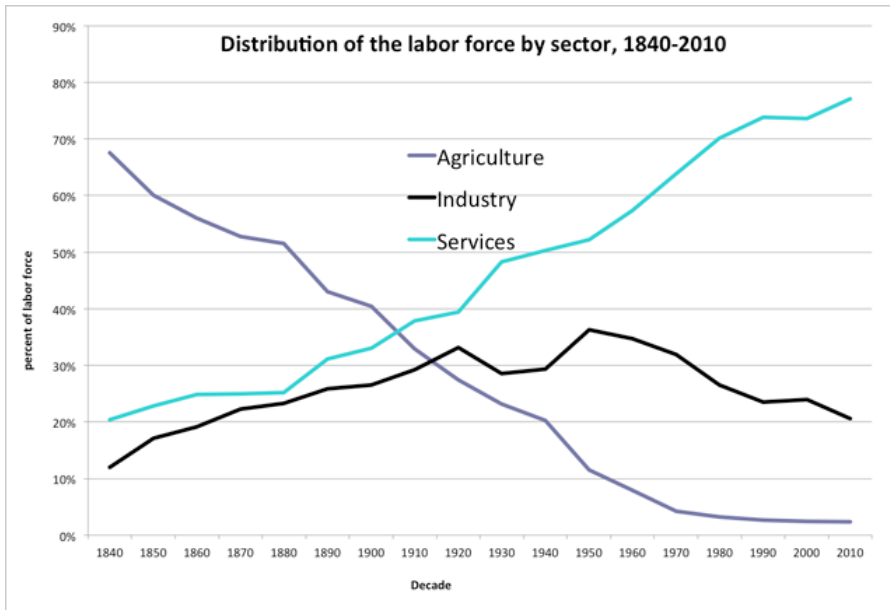


Abb. 4: Arbeitskraftverteilung pro Wirtschaftssektor von 1840 bis 2010 [9]

Geld, damit der Pfleger einen Menschen pflegt oder wir arbeiten in einem Betrieb, um Geld zu verdienen.

Der Erwerb von Geld wurde in allen Wirtschaftszweigen immer mehr zum Zweck einer Tätigkeit, während ihr güterwirtschaftlicher Sinn immer mehr ins Zwielficht des Vergessens fiel, keine Rolle mehr spielte oder ganz vergessen wurde.

Der Gelderwerb wurde das, was eine Tätigkeit zu einer Arbeit ausmacht. Stark vereinfacht wurde das Geld der Finanzwirtschaft, Banken und Versicherungen zu einem Schmiermittel, welches Mensch und Arbeit zusammen bringt. Das Geld schaltet die Erbringung einer Arbeitsleistung frei. Und die Freigabe zur Verrichtung einer Arbeit erfolgt über die Auszahlung eines Lohnes oder eines Kredites. Denn fehlt das Geld für Löhne und Kredite, ist die Ware Arbeit nicht mehr verfügbar und eine Arbeit wird nicht mehr geleistet. In dieser Zeit wurde die Lohnarbeit zur wichtigsten Arbeit, weil sie auch alle anderen wie die Reproduktionsarbeiten mitfinanzierte.

Die Epoche des Spätimperialismus und die KaputtMach-Wirtschaft

Das Fehlen von Geld für Löhne und Kredite kann sich zu einer Wirtschaftskrise

ausweiten. In ihrer Folge wird auch immer weniger güterwirtschaftlich notwendige Arbeit geleistet. Ein Mangel an Gütern entsteht und Hunger, Not und Armut folgen. Wir sehen, dass die Wirtschaftskrise in Wirklichkeit eine Krise der Finanzwirtschaft ist, da die Menschen durch das Fehlen des Geldes von der Arbeit abgehalten werden! Denn die Faktoren der Güterwirtschaft (Menschen, Produktionsmittel und Rohstoffe) sind vorhanden.

In den international bestehenden Arbeiterbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts wurden Stimmen laut, dass die Güterwirtschaft mit einer Arbeiterselbstverwaltung fortgeführt werden könnte. D.h., ohne die Finanzwirtschaft und ohne die Industriellen und Eigentümer der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dies war ein Schock für das Finanzkapital (nach Rudolf Hilferding) [15].

Genau mit dieser Forderung wurde das Finanzkapital z.B. auch durch den Schwarzen Freitag 1929 konfrontiert. Aus der Revolution von 1917 war die sozialistische Sowjetunion als staatlicher Monopolkapitalismus hervorgegangen. Die Zeichen standen auf Sturm und es entstand eine Systemkonkurrenz zwischen staatlichem Monopolkapitalismus und dem westlichen Finanzkapital. Die Herren des Finanzkapitals waren nicht bereit abzudanken und ihre Produktionsmittel sowie Grund und Boden zu vergesellschaften.

Sie reagierten auf den staatlichen Monopolkapitalismus ab 1925 mit der Bildung eines Kartellkapitalismus, mit dem sie vor allem den „tendenziellen Fall der Profitrate“ stark verlangsamen konnten.

Ein Beispiel ist das Phoebuskartell [16, 17]. Es „... war ein Gebiets-, Normen- und Typenkartell, welches am 15. Januar 1925 in Genf von den international führenden Glühlampenherstellern gegründet wurde. Ziel des Kartells waren Absprachen zum Austausch von Patenten und technischen Informationen sowie die Aufteilung des Weltmarktes für Glühlampen unter den Beteiligten“ [18].

Die Industrieherrn des Westens trafen grundlegende Entscheidungen, die für die Epoche des Spätimperialismus in den imperialistischen Mutterstaaten kennzeichnend sind:

- a. Die künstliche Verknappung von Waren (Güter und Arbeit). Dies sollte das Angebot verringern. Hierzu gehört auch die Vernichtung der tatsächlichen Überproduktion, so wie es lange Zeit in der EWG bzw. EU praktiziert wurde und wird. Z.B. die Vernichtung von Nahrungsmitteln und Marken-Plagiaten usw. [19]
- b. Die großflächige Finanzierung von unproduktiven bezahlten Tätigkeiten. Dies sollte die Nachfrage nach Waren durch den Erhalt des volkswirtschaftlichen Kaufkraftvolumens stabil halten und einen konstanten Geld-Waren-Kreislauf garantieren.

Beide Maßnahmen (a & b) sollten Angebot und Nachfrage auf dem Markt im Gleichgewicht halten und den „tendenziellen Fall der Profitrate“ verlangsamen. Die Macht des Finanzkapitals sollte hiermit über die Zeit gerettet werden.

In dieser Phase des Spätimperialismus ging es nicht mehr allein um die Umverteilung der Vermögen von unten nach oben, sondern es ging im Wesentlichen um eine Rechtfertigung der Doktrin des Handels durch Knappheit.

Historisch wurde diese Knappheit durch eine Serie von Wirtschafts- und Sozialreformen zu einem sehr komplizierten Wirtschaftsgefüge verbunden. Hier sei-

en nur wenige wegweisende und später in anderen Ländern kopierte, Maßnahmen herausgegriffen und aufgezählt:

1. Die 1925 eingeführte geplante Obsoleszenz (eingebauter Verschleiß) [20]. Dies ist eine Vernichtung der industriellen Produkte durch Kurzlebigkeit. Durch den verkürzten Lebenszyklus sollte die Nachfrage nach industriellen Gütern vergrößert werden. Diese Maßnahme fällt unter die Verknappung von Waren (a). Die Idee der eingebauten Obsoleszenz geht auf die Theoretiker Bernard London (The New Prosperity) und Brook Stevens (Verführung zum Konsum und zur Schnelligkeit) zurück.

Aus der Analyse zur 5-Stunden-Woche geht hervor, dass 1991 ca. 20% des Erwerbstätigenpotentials mit Arbeiten zur Obsoleszenz beschäftigt war. [21]

2. Der New Deal, der in den Jahren 1933 bis 1938 unter US-Präsident Franklin Delano Roosevelt als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise durchgesetzt wurde.

Zum New Deal gehörten eine Serie von Wirtschafts- und Sozialreformen, die den größten Umbruch in der Wirtschafts-, Sozial- und Politikgeschichte der Vereinigten Staaten darstellte und die stark vom Ökonomen John Maynard Keynes beeinflusst wurden (s. Tabelle 1). Keynes fasste vor allem die antizyklischen Staatsinvestitionen mit einer Vergrößerung der umlaufenden Geldmenge ins Auge. Eine weitere Forderung war, dass die Löhne der Arbeiter proportional mit der steigenden Produktivität anwachsen sollten. Der New Deal verhinderte den heute vergessenen Versuch von Senator Hugo Black (Anm.: Er vereinigte viele Industrielle und Gewerkschaften hinter sich), die 30-Stunden-Woche einzuführen.

Einige Maßnahmen des New Deals wurden uns als Errungenschaften der Wohlfahrt oder der Arbeiterbewegung verkauft.

3. Die Einführung unsinniger Tätigkeiten. Seit dem New Deal folgte die Finanzelite Keynes Postulat vom proportionalen Anstieg von Produktivität und Löhnen. Hierdurch wären die Ar-

beiter durch die Lohngewinne in der Lage gewesen, sich durch Lohnverzicht von den langen Arbeitszeiten freizukaufen und die Arbeitszeit zu reduzieren. Seit 1967 wurde Keynes Postulat verlassen. Ohne proportional steigende Löhne zur ansteigenden Produktivität kam es nie zu der von Keynes 1928 postulierten 15-Stunden-Woche [22]. Statt dessen schuf die Finanzelite im Kapitalismus Bullshit Jobs (David Graeber [23]), mit denen sie einen erheblichen Teil des Potentials der Erwerbstätigen in den Industrienationen von der produktiven Arbeit ausschlossen und mit sinnlosen Arbeiten beschäftigten. Ich beschränke mich jedoch hier entgegen Graebers Definition auf die Bullshit Jobs, die selbst im Kapitalismus sinnlos sind.

Wenn wir die Abbildungen 4 und 5 betrachten, so sehen wir in der Abbildung 5, dass ab 1962 der proportionale Anstieg von Löhnen und Produktivität aufgegeben wurde und dass ab etwa 1972 die Löhne in ihrem Kaufkraftvolumen eingefroren wurden.

Betrachten wir die Abbildung 4, so sehen wir, dass die Jobs im primären und sekundären Sektor (Landwirtschaft, Fischerei, Produktion) sanken und die Jobs im tertiären Sektor (Dienstleistungen) anstiegen. In der Landwirtschaft, Fischerei

und Produktion sank die Beschäftigungsrate um 20% und im Dienstleistungsbereich stieg sie um 20%.

Die Abbildungen 4 und 5 zeigen, dass das Geldvolumen, das durch die Rationalisierungen in der Landwirtschaft, Fischerei und Produktion frei wurde, zur Finanzierung der Jobs im Dienstleistungsbereich verwendet wurde.

Doch wie konnte dies bei so vielen unabhängig voneinander operierenden Unternehmen einheitlich umgesetzt werden?

Bei der Finanzierung spielt der tendenzielle Fall der Profitrate (nach Marx [24]) eine entscheidende Rolle. Der tendenzielle Fall der Profitrate bezeichnet hier einen Zyklus von Anstieg und Verlust eines Mehrwertes, mit einer allgemeinen Tendenz der Senkung des Mehrwertes am produzierten Einzelstück.

Ein relativer Mehrwert [25] entsteht den Produzenten z.B. durch Rationalisierungen oder Lohnsenkungen als Zusatzgewinn. Die Produzenten verschaffen sich hiermit einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren Konkurrenten. In der Regel fließen die Zusatzgewinne dann in eine Kriegskasse für zukünftige Kämpfe um Marktanteile.

Dieser Wettbewerbsvorteil verliert sich aber, sobald die anderen Produzenten mit Rationalisierungen oder Lohnsenkungen nachziehen. Der relative Mehrwert geht

Maßnahmen	(a)	(b)	Keynes
Reduzierung der landwirtschaftlichen Produktion, Geldmittel aus dem Agricultural Adjustment Act (AAA) vom 12. Mai 1933	X	X	
Rechtliche Grundlagen für Gewerkschaften	X	X	
Kinderarbeit wurde verboten	X		
Einführung von Renten	X	X	
Arbeitslosenversicherung wurde eingeführt	X	X	
Mindestpreise für Agrarprodukte	X		X
Einführung von Mindestlöhnen	X		X
Freiwilliger Arbeitsdienst			X
Gebäude, Straßen- und Brückenbau			X
Bau von 20 Staudämmen			X
Steuersystem mit niedrigen Sätzen für Arme und hohen für Reiche			X

Tabelle 1: Wirtschafts- und Sozialreformen des New Deal

verloren, sobald die Produzenten anfangen, sich im Kampf um Marktanteile gegenseitig im Preis zu unterbieten.

Der Wettbewerb um Marktanteile ist ein Verdrängungskampf, der auf die Erbeutung fremder Marktanteile zielt. Er kann sich soweit steigern, dass die Produzenten anfangen, sich gegenseitig so stark zu unterbieten, dass sie ihre Produkte sogar unter ihren Herstellungskosten anbieten. Die Verluste der Hersteller werden dann jeweils aus der Kriegskasse des Unternehmens bezahlt. Dies geht hin bis zum Konkurs bestimmter Anbieter, wobei deren Markt dann von den verbleibenden Produzenten übernommen wird.

Durch diesen Kampf um Marktanteile geht der relative Mehrwert aller Produzenten verloren. Wegen seines regelmäßigen Verlustes im Marktzyklus wird dieser Mehrwert daher als relativ bezeichnet.

Da nach dem Verdrängungskampf die Preise pro hergestelltem Einzelstück auf einem niedrigeren Niveau liegen, sinkt die Profitrate am Einzelstück. Das Unternehmen kann den Rückgang des Gesamtprofits jedoch i.d.R. durch eine Zunahme des Produktionsumfanges ausgleichen, da es nun den dazugewonnenen Markt bedienen kann. D.h., der Gewinn am Einzelstück sinkt und der Produzent macht nun seinen Gewinn mit der Zunahme des Produktionsumfanges, also durch Masse. Aus diesem Grund sprechen wir vom tendenziellen Fall der Profitrate.

Der Gesetzgeber eines Staates ist in der Lage, durch neue Verwaltungsvorschriften zusätzliche Verwaltungsarbeiten von den Unternehmen einzufordern. Dies trifft alle Unternehmen in einem Wirtschaftsraum in gleicher Weise. In Folge dieser neuen Verordnungen müssen sowohl im Staat als auch in Unternehmen zusätzliche Abteilungen aufgebaut werden, die diese Arbeiten leisten.

Beispiele hierfür sind die Erweiterung des Steuerrechts in der BRD im Jahre 1968 oder das Qualitätsmanagement und die Zertifizierung von Betrieben. Dabei führten weder Qualitätsmanagement noch Zertifizierung zu einer Verbesserung der Qualität oder der Verlängerung der Lebensdauer unserer industriellen Produkte. Dies obwohl der Mangel an Qualität als eingebaute Obsoleszenz vielfach nachgewiesen wurde. Es zeigt die Absurdi-

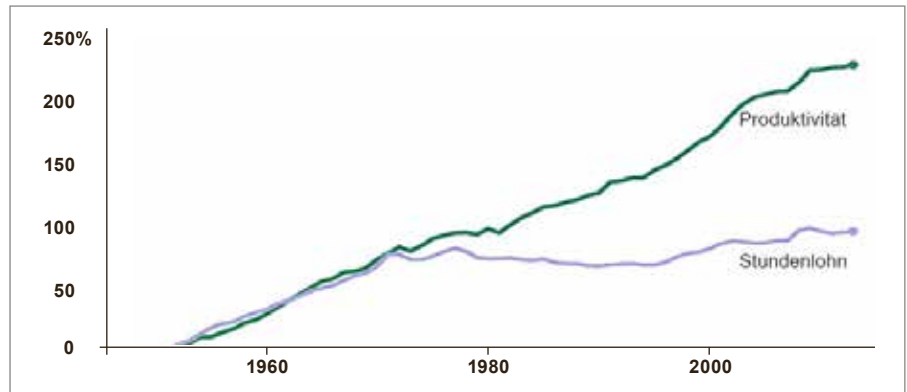


Abbildung 5: Vergleich der Produktivität mit dem Stundenlohn. Quelle: EPI analysis of Bureau of Economic Analysis and Bureau of Labor Statistics data.

tät des gesamten Systems. Mit dem Instrument neuer Verwaltungsvorschriften war die Finanzelite über den Staat in der Lage, den Wettbewerb um Marktanteile zu zügeln.

Die Unternehmen waren nun gezwungen, den von ihnen selbst erwirtschafteten relativen Mehrwert anzuzapfen, um diesen zur Finanzierung der vom Staat geforderten Verwaltungsaufgaben in ihren Unternehmen einzusetzen.

Steigende Steuern machten gleichfalls eine Aufblähung der Bürokratie im Staat möglich, denn auch dort mussten Abteilungen geschaffen werden, um den zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu bedienen. So wurden die Bullshit Jobs im Kapitalismus finanziert.

Diese neuen Bullshit Jobs im Dienstleistungssektor wurden schleichend und unsichtbar mit dem von den Unternehmen erwirtschafteten relativen Mehrwert finanziert. Dadurch wurden dem „tendenziellen Fall der Profitrate“ Fesseln angelegt und der Mehrwert pro Einzelstück blieb über längere Zeitabschnitte stabil und senkte sich langsamer. Dies trug erheblich zu einer Aufrechterhaltung der imperialistischen Macht- und Eigentumsbedingungen bei. 2010 waren ca. 20% aller Beschäftigungen Bullshit Jobs. Diese Maßnahmen können der Kategorie (a & b) zugeordnet werden.

4. Hartz IV und die unterschiedlichsten Namen und Definitionen für Arbeitslosigkeit. Am 1. Januar 2005 wurde in Deutschland Hartz IV eingeführt [26]. Mit Harz IV wurde die Arbeitslosigkeit nach dem SGB II kleingerechnet.

Doch wie hat die Schröder-Regierung dies gemacht?

Die wichtigste Referenz, die wir über all die Jahre entdecken, ist Jeremy Rifkin [27]. Rifkin ist wohl einer der bedeutendsten US-Ökonomen und Vorsitzender des Think Tanks Foundation on Economic Trends (FOET), der die verschiedensten US- und EU-Regierungen beriet und deren Rat sich auch die Schröder- und Merkel-Regierung einholte [28].

1995 prognostizierte Rifkin in seinem Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ einen erheblichen Rückgang der nachgefragten Arbeit [29]. Durch die Halbautomatisierung würden so viele Arbeitsplätze wegrationalisiert, dass, wenn wir dies auf eine Wochenarbeitszeit umrechnen, nur noch 8 Stunden pro Woche erhalten blieben [30].

Rifkin sagte 1995 die Einführung des Zwei-Stufen-Systems voraus und beschrieb, wie sich in der US-Wirtschaft eine Umwandlung von Vollzeitstellen in Teilzeitstellen vollzog, um die Menschen mit Teilzeitstellen in einem Beschäftigungsverhältnis zu halten [31].

Wir wissen nicht, welche Ratschläge Rifkin der Schröder-Regierung gab, aber wir sehen, dass mit der Hartz IV Gesetzgebung (Hartz IV = ALG2) die Umwandlung von Vollzeitstellen in Teilzeitstellen für Deutschland unterstützt wurde. Denn mit der Einführung der Hartz IV Gesetze wurde es unmöglich, sich aus einer Teilzeitbeschäftigung (ab 15 Stunden in der Woche) arbeitslos zu melden, um mit Unterstützung des Jobcenters eine Vollzeit-

stelle zu suchen. Der Grund hierfür ist, dass diese Menschen nach dem SGB II nicht als arbeitslos gelten.

Vor Hartz IV galt eine Teilzeitstelle in vielen Fällen als eine Überbrückung, die nach dem Verlust des Arbeitsplatzes eingegangen wurde, um sich auch mit Hilfe des Arbeitsamtes eine neue Vollzeitstelle suchen zu können. Diese ist nun weggefallen und auch die Unterstützung der heutigen Arbeitsagenturen für diese Teilzeitbeschäftigten als Arbeitslose fehlt vollständig. Dies gilt heute sogar dann, wenn Teilzeitbeschäftigte ihren Lebensunterhalt mit ihrem Einkommen nicht aufbringen können und somit ihr Einkommen mit ALG2 aufstocken müssen.

So werden seit der Einführung von Hartz IV ALG2-Empfänger, die in Schulungsmaßnahmen geschickt werden oder ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis von mindestens 15 Stunden pro Woche eingehen oder einen 1-Euro-Job annehmen oder sich einer gewerblichen Stellenvermittlung anvertrauen oder mindestens 58 Jahre alt sind und seit 12 Monaten kein Stellenangebot erhielten oder vorübergehend erkrankten oder [...], nicht mehr als arbeitslos gezählt.

Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit taugen damit nichts, um eine tatsächliche Auskunft über die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu erhalten. Es ist offensichtlich, dass sie im Sinne der herrschenden Parteien so weit herunter gerechnet wurden, dass sie eine Beleidigung für die Intelligenz eines jeden klar denkenden Menschen sind.

Wenn wir die tatsächliche Arbeitslosigkeit in der vor Schröder geltenden Berechnungsweise erhalten wollen, müssen wir also andere Quellen nutzen und die Teilzeitstellen auf Vollzeitstellen umrechnen. In der Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 071 vom 4. März 2020 wird die jüngste und höchste Zahl für die Teilzeitbeschäftigung genannt [32]. Gemäß dieser Pressemitteilung verteilen sich die Stellen auf 11,7 Millionen Teilzeit- und 30,1 Millionen Vollzeitbeschäftigte. Demnach arbeiten Teilzeitbeschäftigte durchschnittlich 20 Stunden pro Woche.

Wir sehen, dass in der Epoche des Spätimperialismus der größte Teil der geleisteten Arbeit in der Scheinwirtschaft

versiegt oder zur Untätigkeit im Sinne von Unproduktivität führt. Hierzu zählen wir die Obsoleszenz (ca. 20%), die Bullshit Jobs (ca. 20%) und die Arbeitslosigkeit (ca. 17,8%).

In der Scheinwirtschaft versiegt ein erheblicher Teil der volkswirtschaftlichen Arbeit darin,

- dass die auf Kurzlebigkeit produzierten Güter immer neu hergestellt werden müssen, oder
- dass ein Großteil der Arbeitskräfte durch Bullshit Jobs, Arbeitslosigkeit oder Teilzeitjobs (50% möglicher produktiver Tätigkeiten werden verhindert) als Potential für die güterwirtschaftlich sinnvolle Produktion neutralisiert werden. D.h. das Angebot an Arbeitskräften für die Produktion von Gütern wird reduziert, womit die Preise für Arbeit stabil gehalten und eine Verknappung von Gütern dauerhaft garantiert werden kann. Zudem erhalten sie ein Einkommen, durch welches das volkswirtschaftliche Kaufkraftvolumen aufrecht erhalten wird und die Nachfrage nicht einbricht.

Durch die aufgezählten Maßnahmen bleibt es in den Industrienationen bei einer potentiellen Überproduktion und das Finanzkapital wird nicht mehr durch ein Überangebot von Waren bedroht. Dieser Scheinwirtschaft unseres heutigen Wirtschaftsgefüges in den imperialistischen

Mutterländern gebe ich die Bezeichnung: KaputtMach-Wirtschaft (s. Abbildung 6, Verteilung der Arbeit in den westlichen Industriestaaten im Spätimperialismus).

Dies ist das kapitalistische Restbild des Neoliberalismus, eine Rechtfertigungs-ideologie, die das Finanzkapital den Menschen des Westens als Scheinrealität versetzt, in der auch Arbeitskämpfe oder politische Auseinandersetzungen über das Finanzkapital und seine Medien inszeniert werden.

Durch die KaputtMach-Wirtschaft, die nur der Finanzelite zur Rechtfertigung ihres Wirtschaftssystems dient, können wir nicht von 5 Stunden Arbeit pro Woche leben, denn ein Großteil der Arbeit versiegt in der KaputtMach-Wirtschaft. Schließlich muss aus der Güterwirtschaft so viel Geld generiert werden, dass neben den Gewinnen der Finanzelite all die Menschen bezahlt werden können, die in der Finanzwirtschaft, den Banken, den Versicherungen, den staatlichen Institutionen und der KaputtMach-Wirtschaft arbeiten. Gerade deshalb bleibt dem güterwirtschaftlich tätigen Arbeiter nach 40 Stunden Arbeit pro Woche vom güterwirtschaftlichen Gegenwert seiner Tätigkeit nur so wenig Geld, dass es zum Leben mit etwas Luxus reicht. Insgesamt werden alle über die Geldgenerierung und die Ausübung von Arbeiten, die nur dem Finanzsystem und seiner militärischen

Bei einer Umwandlung von 11,7 Mio Teilzeitjobs in Vollzeitstellen erhalten wir $(11 \cdot 666 \cdot 000 / 2 =) 5 \cdot 833 \cdot 000$ Vollzeitstellen und $5 \cdot 833 \cdot 000$ Arbeitslose.	5.833.000
Erwerbslose im Alter zwischen 15 und 74 gemäß dem „Statistischen Jahrbuch Deutschland und Internationales 2019“, Abt. 13.1.2., Seite 359 [33]:	+1.456.000
Die Obdachlosen gehören auch zu den Arbeitslosen. Gemäß BAG Wohnungslosenhilfe e.V. sind die Zahlen der Obdachlosen [34] in den letzten Jahren zurückgegangen. Schätzung 2020:	+417.000
Absolute Zahl der teilzeitbereinigten Arbeitslosen 2020:	7.706.000

Tabelle 2: Beziehen wir dies auf das Potential der Erwerbspersonen von 43,4 Mio. [35], so erhalten wir in Deutschland eine Arbeitslosenrate von 17,8%: $(7.706.000 : 43.400.000) \cdot 100 = 17,8\%$. Mit diesen Zahlen ist etwa jeder fünfte in Deutschland arbeitslos. Zusammenfassend können wir diese Maßnahmen für die Zahlung von Arbeitslosengeld, welches unter den unterschiedlichsten Namen und Definitionen ausgezahlt wird, als eine Maßnahme der Kategorie (a & b) identifizieren.

Quellen:

- [1] Rainer Gömmel: Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Merkantilismus 1620–1800.
 [2] Gerhard Kolb: Ökonomische Ideengeschichte.
 [3] Richard Tilly: Geschichte der Wirtschaftspolitik.
 [4] Osterhammel 1995
 [5] Hans Köchler: Demokratie und neue Weltordnung: ideologischer Anspruch und machtpolitische Realität eines ordnungspolitischen Diskurses. AG Wissenschaft und Politik, 1992
 [6] Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. In: Gesammelte Werke 5, Dietz Verlag Berlin 1975
 [7] Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. In: Gesammelte Werke 5, Dietz Verlag Berlin 1975
 [8] Rosa Luxemburg: Antikritik. Die Akkumulation des Kapitals oder was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. 1916 verfasst, 1921 posthum erschienen. In: R.L. Gesammelte Werke. Band 5, Dietz Verlag, Berlin (Ost) 1990
 [9] Louis D. Johnston, Professor of Economics at College of Saint Benedict | Saint John's University, 22.02.2012
 1840–1900: Robert E. Gallman and Thomas J. Weiss. "The Service Industries in the Nineteenth Century." In Production and Productivity in the Service Industries, ed. Victor R. Fuchs, 287–352. New York: Columbia University Press (for NBER), 1969.
 1900–1940: John W. Kendrick, Productivity Trends in the United States. Princeton: Princeton University Press (for NBER), 1961.
 1950–2010: Bureau of Economic Analysis, National Income and Product Accounts. <<https://www.minnpost.com/macro-micro-minnesota/2012/02/history-lessons-understanding-decline-manufacturing/>>
 [10] <<https://www.youtube.com/watch?v=1UOIjhLnF08&t=12s>> Entnommen am 22.03.2022

Absicherung dienen, um 35 Stunden pro Woche betrogen. Denn würde die güterwirtschaftlich notwendige Arbeit auf alle verteilt, bliebe nur eine 5-Stunden-Woche übrig.

Schlussfolgerungen für die Industrialisierung 4.0, den Lockdown und den Great Reset

Die Industrialisierung 4.0, der Einsatz der künstlichen Intelligenz und ihr Einsatz in der industriellen Fertigung, in der staatlichen Verwaltung und im Dienstleistungssektor (Banken, Handel und Versicherungen) sorgt für weitere Rationalisierung von Arbeitsprozessen und für eine weitere Verdichtung des Kapitals. Immer mehr Menschen werden aus dem Arbeitsprozess freigesetzt und eine Entlassungswelle folgt der nächsten.

Dies lässt auch den Anteil der güterwirtschaftlich tätigen Arbeiter weiter zusammenschrumpfen. Der im Niedergang befindliche Spätimperialismus kann das alte System in seinen Mutterländern und den USA mit den alten Methoden immer schlechter finanzieren.

Mögliches Szenario für die zukünftige Entwicklung

Die internationale Konkurrenz mit China bewirkte, dass es den Industrienationen auf den internationalen Weltwirtschaftskongressen immer mehr um ein Feilschen um Produktionskontingente ging. Dies erinnerte an die Zeiten der Planwirtschaft des Ostblocks und zeigt, dass das Finanzkapital des Westens wieder vom entstehenden Überangebot an Waren bedroht wird.

Die fortschreitende Industrialisierung Chinas, welches mit zunehmend mehr Waren auf den Weltmarkt drängt, gibt hier den Ausschlag. Denn durch ein Überangebot an Waren stehen wir vor einem existentiellen Krisenzyklus des Kapitalismus [36]. Ein weltweiter Unterbietungswettbewerb wäre die Folge. Damit droht ein Handelskrieg und ein Preisverfall aller Waren. Die Sättigung der Märkte setzt das Finanzkapital des Westens mit dem Gespenst des „tendenziellen Falls der Profitrate“ in Angst und Schrecken. Alle hiergegen in den Mutterländern des Imperialismus errichteten Dämme drohen durch eine Konkurrenz von außen zu brechen.

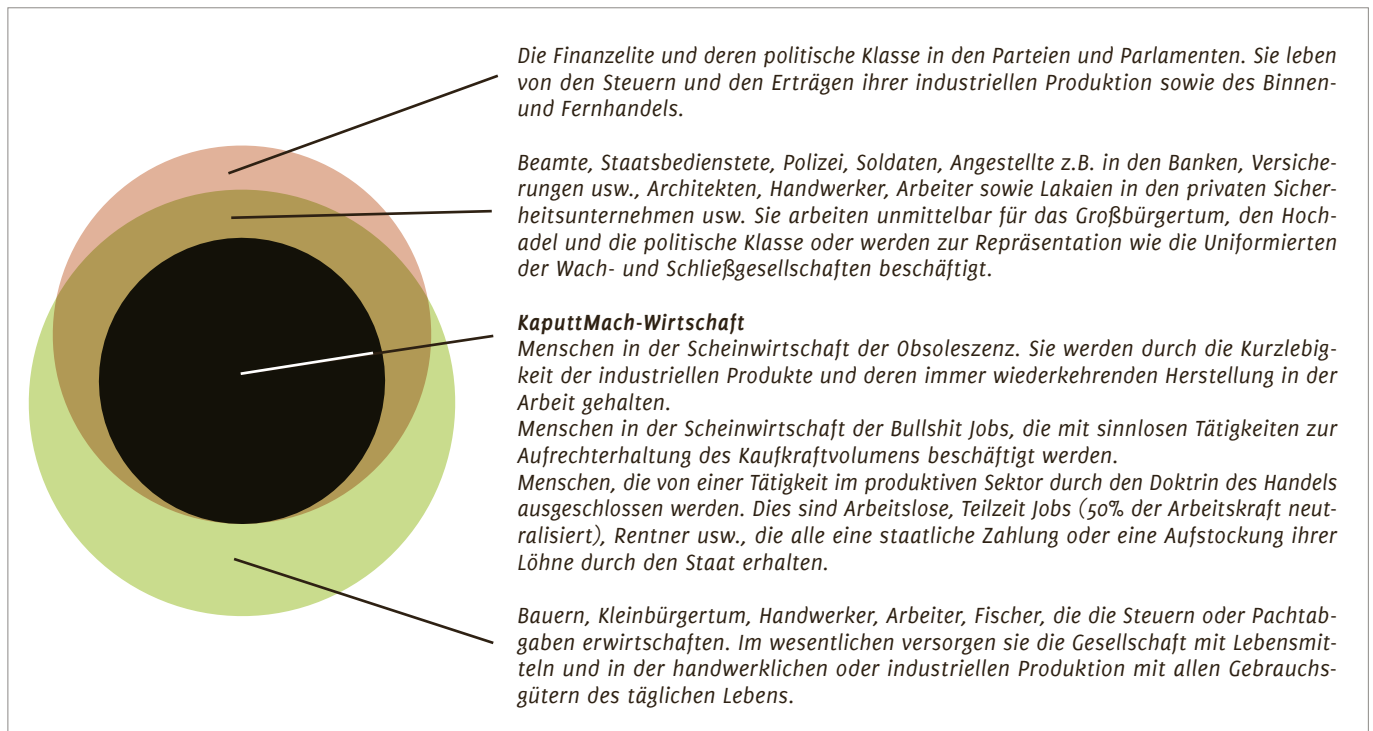


Abbildung 6: Verteilung der Arbeit in den westlichen Industriestaaten im Spätimperialismus

Mit der herangewachsenen Konkurrenz Chinas ist es schlicht und ergreifend so, dass aus dem schrumpfenden Potenzial an güterwirtschaftlich tätigen Menschen nicht mehr genügend Geld generiert werden kann, um den Spätimperialismus des Westens zu finanzieren. Dies gilt für die Mutterländer des Imperialismus ebenso wie für die USA.

Um auf dem Weltmarkt gegen China weiterhin konkurrenzfähig bleiben zu können, müssen die Kosten für die Produktion gesenkt werden. In Folge dessen werden die Kosten zur Aufrechterhaltung des spätimperialistischen Systems heruntergefahren. Dies geht am besten, indem der Konsum der Bevölkerung eingeschränkt und das Kaufkraftvolumen des Geldes durch eine Inflation gesenkt wird. In Folge dessen müsste aus den güterwirtschaftlichen Tätigkeiten auch nicht mehr so viel Kaufkraft generiert werden.

Hiermit würde China einen Großteil seiner Absatzmärkte verlieren, weil die Kaufkraft der privaten Haushalte in den imperialistischen Mutterstaaten erheblich sinken würde. Zudem wäre es möglich, dass die Nationalstaaten versuchen, durch die Abwertung ihrer nationalen Zahlungsmittel die nationalen Produkte auf dem Weltmarkt billiger anzubieten (Währungskrieg). Ob sich durch billige Produkte der Güterfluss vom Westen nach China umkehren würde ist sehr unwahrscheinlich, da vermutlich auch China seine heimischen Produktionsstätten durch hohe Einfuhrzölle schützen würde.

Da sich ein Unterbietungswettbewerb und ein Währungskrieg nicht dauerhaft auf dem Weltmarkt ohne Schaden für die Weltwirtschaft praktizieren lässt, wären alle Industrienationen gezwungen, sich zunehmend auf eine regionale Selbstversorgung umzustellen.

Wer würde in den Mutterländern des Spätimperialismus am meisten von der Senkung des Konsums betroffen sein? Die Menschen, die zur Kategorie der KaputtMach-Wirtschaft gehören, leisten keinen Anteil an der Produktion, müssen aber von den Geldern, die aus den güterwirtschaftlichen Tätigkeiten generiert werden, mitfinanziert werden. Es ist möglich, dass dieser Bevölkerungsanteil

in seinem Konsum soweit zurückgefahren wird, dass es gerade noch so zum Leben reicht. Dies kann bis zu 60% des Potenzials an Arbeitskräften betreffen, die heute schon zur KaputtMach-Wirtschaft gehören und für die Produktion ohne Bedeutung sind, und ist abhängig vom Ausmaß der hierdurch eintretenden sozialen Unruhen. Die restlichen 40% würden weiter leben wie bisher, weil sie vom Finanzkapital noch gebraucht werden.

Gestützt wird diese Darstellung von den Aussagen, die schon 1995 500 führende Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler aus allen Kontinenten im Fairmont-Hotel in San Francisco (Kalifornien, USA) tätigten, die ähnliche Zustände für die Industrienationen für das 21. Jahrhundert voraussagten und im Buch Die Globalisierungsfalle veröffentlicht wurden. [37]

Denkbar ist auch eine massive Militarisierung der Gesellschaft, so dass ein Großteil der Arbeitskräfte der KaputtMach-Wirtschaft ins Militär verschoben wird. Ein erster Schritt in diese Richtung könnten die seit einiger Zeit von den USA geforderten Aufrüstungsmaßnahmen an die Mitgliedsstaaten der NATO und die vom Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigten Sondervermögen für die Bundeswehr über 100 Milliarden Euro sein. [38] Demnach wäre es denkbar, dass in Deutschland bald jeder zweite Erwachsene (also das Potential an Arbeitskräften, welches sich derzeit in der KaputtMach-Wirtschaft befindet) in einer Militäruniform steckt.

Bei den vorbereitenden Maßnahmen eines Handelskrieges mit China wäre es für das Finanzkapital des Westens sehr wichtig, dass ihre Doktrinen des Handels und des Kapitalismus keinen Schaden nehmen. Die Übersättigung der Weltmärkte und die hierdurch notwendige Senkung der Produktionskosten sollen als vorbereitende Maßnahmen für einen Handelskrieg mit China nicht wahrgenommen werden. Dies wäre für das Finanzkapital notwendig, um die Menschen des Westens mit der Doktrin des Handels und des Kapitalismus gegen die Diktatur des Staatsmonopolkapitalismus Chinas einzustellen, welcher wohl weiter irreführend als Kommunismus bezeichnet würde, um die tatsächlichen Inhalte des Kommunismus

Quellen:

- [11] Jörg-Christian Nissen, Zukunft Europa: Kompass für ein wirtschaftlich nachhaltiges Europa, 2017
- [12] Edwin O. Fischer, Finanzwirtschaft für Fortgeschrittene, 2002
- [13] Martin Bösch, Finanzwirtschaft: Investition, Finanzierung, Finanzmärkte und Steuerung, 1990
- [14] Matthias Lehmann, Finanzwirtschaft: Eine marktorientierte Einführung für Ökonomen und Juristen, 2003
- [15] Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie zur jüngsten Entwicklung des Kapitalismus. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.; 1910
- [16] Handelsregister – Registre de commerce – Registro di commercio: Genf – Genève – Ginevra. In: Schweizerisches Handelsamtsblatt – Feuille officielle suisse du commerce. Nr. 30. Bern 7. Februar 1925, S. 216
- [17] Phoebus SA., Compagnie Industrielle pour le Développement de l'Éclairage (Genève), Statuten und Geschäftsordnung, 1926, Genf
- [18] <<https://de.wikipedia.org/wiki/Phoebuskarstell>> Entnommen am 22.03.2022
- [19] <http://www.5-stunden-woche.de/static/de/vortrag_5hw-V2/vortrag_5hw.html> (Absatz 13)
- [20] Jürgen Reuß, Cosima Dannoritzer: Kaufen für die Müllhalde: Das Prinzip der Geplanten Obsoleszenz; 1. März 2013; ISBN 978-3936086669
- [21] Darwin Dante: 5 Stunden sind genug / Die 5-Stunden-Woche / Prinzipien einer Herrschaftsfreien Gesellschaft; Manneck Mainhatten Verlag; Nov. 1993; ISBN 3-9803508-1-9
- [22] John Maynard Keynes: "Economic Possibilities for our Grandchildren (1930)," in Essays in Persuasion (New York: Harcourt Brace, 1932), 358-373
- [23] David Graeber: Bullshit Jobs: Vom wahren Sinn der Arbeit; Klett-Cotta; Stuttgart 2019; ISBN 978-3-608-98108-7; 18 Juni 2020
- [24] Karl Marx: Das Kapital; Band 3, Abschnitt 3
- [25] Karl Marx: Das Kapital; Band 3, Abschnitt 3
- [26] <https://de.wikipedia.org/wiki/Hartz-Konzept#Hartz_IV> Entnommen am 22.03.2022
- [27] <<http://www.5-stunden-woche.de/static/de/5hw/rifkin.html>> Entnommen am 22.03.2022
- [28] <https://de.wikipedia.org/wiki/Jeremy_Rifkin> Entnommen am 22.03.2022
- [29] Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft; Fischer-Taschenbuch-Verlag; Frankfurt 1997; ISBN 3-596-13606-7
- [30] <<http://www.5-stunden-woche.de/static/de/5hw/rifkin.html>> Entnommen am 22.03.2022
- [31] <Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt 1997, ISBN 3-596-13606-7; S.153>
- [32] <https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/03/PD20_071_133.html> Entnommen am 22.03.2022
- [33] Statistisches Jahrbuch Deutschland und Internationales 2019; Abt. 13.1.2.; Seite 359
- [34] <https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/medial/Doc/PRM/PRESSEMAPPE_BAG_W_Schaetzung.pdf#page=5> Entnommen am 22.03.2022
- [35] Statistisches Jahrbuch Deutschland und Internationales 2019; Abt. 13.1.2.; Seite 360
- [36] Karl Marx: Das Kapital, Band 3
- [37] H.P. Martin und Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle; rororo Verlag; 1998; ISBN 3-499-60450-7
- [38] <<https://www.n-tv.de/politik/Wofuer-werden-die-100-Milliarden-Euro-ausgegeben-article23161637.html>> Entnommen am 22.03.2022
- [39] Darwin Dante: 5 Stunden sind genug / Die 5-Stunden-Woche / Prinzipien einer Herrschaftsfreien Gesellschaft; Manneck Mainhatten Verlag; Nov. 1993; ISBN 3-9803508-1-9

zu verschleiern. Der Kapitalismus könnte also weiterhin für den Westen die Rolle einer Rechtfertigungsideologie einnehmen.

Eine Pandemie, deretwegen die Wirtschaft in einen Lockdown gezwungen und damit gegen die Wand gefahren wird, dient einer Verschleierung der wahren Ursachen, die im Krisenrhythmus des Kapitalismus zu suchen sind.

Gewinner wären auch hier die Finanzeliten. Sie würden z.B. die Kulkursmasse des Mittelstandes aufkaufen und einkassieren. Dies sind vermutlich die Gründe, warum die Wirtschaft wegen einer Krankheitswelle mit der Gefährlichkeit einer mittelschweren Grippe durch einen Lockdown zurückgefahren wird. Der „Schrecken der Pandemie“ sollte hier nur die Akzeptanz für das Herunterfahren der Wirtschaft schaffen.

Der Krieg in der Ukraine war vom Finanzkapital des Westens nur ein missglückter Griff nach Russlands Rohstoffen, die sich jetzt China holen wird, wobei China in Russland seinen Markt für in-

dustrielle Produkte ausbauen wird. Chinas Brücke zur Beherrschung von Europa könnte ein Bündnis mit Russland werden.

Mit dem Great Reset von Klaus Schwab sieht es so aus, als wolle das Finanzkapital des Westens der Bevölkerung ihren Besitz mit dem Mittel einer Wirtschaftskrise rauben und alle Demokratien in eine Art von feudalistischen Kapitalismus überführen.

„Die Menschen werden nichts mehr besitzen, aber trotzdem glücklich sein“... und die Finanzelite als Retter ihres Lebens empfangen.

Autor: Darwin Dante

Von Hause aus Dipl.-Ing. der Elektrotechnik/Nachrichtentechnik. Spezialgebiete sind Logik, Digitaltechnik und Steuerungs- und Leitetchnik. Durch seinen Marsch über den zweiten Bildungsweg und seine berufliche Laufbahn ist Dante Spezialist in technischen Anwendungen für die Rationalisierung und Automatisierung. Schon 1991 veröffentlichte er in seinem Buch Die 5-Stunden-Woche eine Berechnung über die mögliche Arbeitszeit im 21-ten Jahrhundert. 2014 war er einer der Gründungsväter von Die Basisdemokraten e.V. und federführend bei der Entwicklung eines basisdemokratischen Konzepts beteiligt, welches unseres Wissens das einzige seiner Art ist.




Dieser Text wurde erstveröffentlicht auf Free21.org am 14.05.2022 unter der URL <https://free21.org/der-zweck-der-arbeit-im-historischen-und-volkswirtschaftlichen-kontext/>. Lizenz: Darwin Dante, Free21, CC BY-NC-ND 4.0



Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Björn Gschwendtner, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die nebenstehenden Hinweise (Seite 51 dieser Ausgabe) habe ich gelesen und verstanden.

Kontoinhaber		Abweichende Lieferanschrift:		
Vorname, Nachname:		Vorname, Nachname:		
Straße, Nr.:		Straße, Nr.:		
PLZ, Ort:		PLZ, Ort:		
E-mail:				
IBAN				
BIC		Kontoführendes Institut:		
Datum, Unterschrift des Kontoinhabers		Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE67 ZZZ 000 02 38 73 88 Mandatsreferenz-Nr. (wird von Free21 ausgefüllt)		

Abschicken an: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt

Mit Ihrer Hilfe erreichen wir mehr Menschen.



Sie sind unser Vertrieb!

Seit 7 Jahren gibt es das Free21-Magazin in gedruckter Form und seitdem spielen wir mit dem Gedanken, Free21 in den Zeitschriftenhandel zu bekommen um die Reichweite zu erhöhen. Und seit 7 Jahren kommen wir leider immer wieder zu dem Schluss, dass wir hierbei vor unauflösbaren Schwierigkeiten stehen:

Der gesamte Pressehandel läuft über sog. Grossisten, an denen kein Weg vorbei geht. Diese dienen als Zwischenhändler für die Zeitschriftenläden. Im Prinzip reichen sie nur etwas weiter und greifen dabei Geld ab. Dadurch wird die Zeitschrift für den Leser teurer.

Zusätzlich hat man einen Ausschuss von bis zu 80 Prozent. Erscheint die nächste Ausgabe einer Zeitschrift, werden die alten Ausgaben aus den Regalen genommen und zur Entsorgung an die Grossisten zurückgeschickt. Geld und Papier landen dann im Müll.

Wir bleiben also dabei: Den Vertrieb machen unsere Abonnenten. Geben Sie die überzähligen Hefte des 10er-Packs einfach an Freunde, Bekannte oder andere Interessierte weiter. Damit helfen Sie uns, den Nachteil, den wir gegenüber großen Verlagshäusern haben, zu kompensieren.

Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause



Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,- EUR, innerhalb der EU-Länder 15,- EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.



free21abo.de

Zum Abo: Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Wi-

derruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post).

Kündigung: Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an info@free21abo.de, online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) erfolgen.

Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt (Gläubiger-ID: DE67ZZZ00002387388) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Inner-

halb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.

Widerrufsbelehrung: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf www.free-21abo.de oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewährt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

Abonnement-Bestellschein

Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen (solange der Vorrat reicht).



10% der Bevölkerung
in Deutschland
wurden in den letzten fünf
Legislaturperioden vom
Bundestag repräsentiert.

Die oberen 10%.

LUST, DAS ZU ÄNDERN?
MACH DICH ZUM ABGEORDNETEN!



DEMOCRACY

www.democracy-deutschland.de

DEMOCRACY Deutschland e.V. ist ein gemeinnütziger, unabhängiger, überparteilicher und nichtkommerzieller Verein, der sich für Demokratie als politische Selbstbestimmung einsetzt.



Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann unterstütze uns mit Deinem Recherche-Talent! Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an research@free21.org



Wir freuen uns über Layouter/-innen mit Adobe Indesign ab Vers. CS4 und gestalterischem Geschick. Unsere Vision ist ein ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen. Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestalten kann, können wir gemeinsam einiges bewegen!

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an layout@free21.org



Free21 wird international! Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an translate@free21.org

Unterstütze **Free21**: drucken – lesen – teilen – spenden: www.free21.org